

# **Masterarbeit**

## **Protest – Die Autopoiesis eines gesellschaftlichen Funktionssystems und seine strukturellen Kopplungen. Eine Adaption des systemtheoretischen Ansatzes in der Protest- und Bewegungsforschung**

Verfasser:

Reona Thaler, Bakk.phil

Matrikelnummer: 01105480

Angestrebter akademischer Grad:

Master of Arts (M.A.)

Innsbruck, April 2023

Studienkennzahl lt. Studienblatt: UC 066 905

Studienrichtung lt. Studienblatt: Soziologie: Soziale und politische Theorie

Betreuer: assoz. Prof. Dr. Frank Welz

## **Eidesstattliche Erklärung**

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Veröffentlichungen entnommen sind, habe ich als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit hat in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegen.

Innsbruck, am 15.04.2023

---

Reona Thaler

## Zusammenfassung

Der Fokus sämtlicher theoretischer Ansätze in der Protestforschung liegt auf dem Bewegungsbegriff. Diese haben sich stets darum bemüht, soziale Bewegungen bzw. Protestbewegungen als einheitliche Gebilde zu verstehen. Auch der systemtheoretische Ansatz hat bisher versucht, Protestbewegungen als soziale Systeme zu charakterisieren. Die vorliegende Arbeit möchte in erster Linie der Frage nachgehen, ob Luhmanns Systemtheorie dazu geeignet ist, das gesellschaftliche Phänomen des Protests adäquat zu erfassen. Das hier vorgestellte Konzept möchte die systemtheoretische Perspektive dahingehend adaptieren, dass soziale Bewegungen nicht mehr als Systeme, sondern vielmehr als das Resultat verschiedener Systemoperationen und ihrer wechselseitigen Beziehungen betrachtet werden. Mithilfe der Begriffe ‚Autopoiesis‘ und ‚strukturelle Kopplung‘ wird es möglich, die Kommunikationsform ‚Protest‘ (und nicht die Protestbewegung) als ein gesellschaftliches Funktionssystem neben Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Recht, Massenmedien, Erziehung, Religion etc. zu beschreiben. Das Ziel dieser Arbeit ist es, die strukturellen Kopplungen des Funktionssystems ‚Protest‘ mit unterschiedlichen Systemtypen (Interaktionen, Organisationen, gesellschaftliche Funktionssysteme) aufzuzeigen und somit eine erweiterte Perspektive zu bisherigen systemtheoretischen Konzepten anzubieten. Dadurch soll erstens die reduktionistische Anwendung des Protestbegriffs auf soziale Bewegungen vermieden und zweitens das Analysepotenzial des systemtheoretischen Ansatzes in der Protestforschung gesteigert werden.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>2. Protest- und Bewegungsforschung.....</b>	<b>7</b>
2.1 Soziale Bewegungen.....	9
2.2 Theoretische Ansätze der Protest- und Bewegungsforschung .....	16
<b>3. Luhmanns Systemtheorie und der Protest.....</b>	<b>24</b>
3.1 Die Besonderheit der Systemtheorie und ihrer Grundbegriffe.....	25
3.1.1 System/Umwelt .....	28
3.1.2 Kommunikation.....	33
3.1.3 Medien.....	35
3.1.4 Autopoiesis und strukturelle Kopplung.....	38
3.1.5 Systemtypen.....	41
3.2 Systemtheoretischer Ansatz – Protestbewegung als soziales System.....	44
<b>4. Das Protestsystem und seine strukturellen Kopplungen .....</b>	<b>49</b>
4.1 Protest und Interaktion .....	53
4.2 Protest und Organisation .....	55
4.3 Protest und andere Funktionssysteme .....	58
<b>5. Fazit und Ausblick.....</b>	<b>62</b>
<b>6. Literaturverzeichnis .....</b>	<b>70</b>

## 1. Einleitung

Die Krisen der letzten Jahre haben zur Herausbildung verschiedener Protestbewegungen geführt. Die ‚Gelbwesten‘-Bewegung in Frankreich, ‚PEGIDA‘ in Deutschland oder über nationale Grenzen hinausgehende Bewegungen wie ‚Mee-Too‘, ‚Black Lives Matter‘, ‚Fridays For Future‘, ‚Die Letzte Generation‘ oder die Corona-Demonstrationen sind nur einige prägende Beispiele für das gesellschaftliche Phänomen des Protests. Es handelt sich also um einen in mannigfaltiger Weise in Erscheinung tretenden sozialen Sachverhalt, welcher einer eingehenden soziologischen Analyse bedarf. Das Bemerkenswerte und Neue an den gegenwärtigen Protesten ist, dass beispielsweise der kommunikative Aufruf einer Einzelperson (‚Me-Too‘) oder die Verbreitung der Videoaufnahme eines Einzelereignisses (‚Black Lives Matter‘) zum Anlass genommen werden kann, um noch nicht gelöste gesellschaftliche Probleme anzusprechen und sichtbar zu machen. Dies geschieht heute in immer größerem Ausmaß über das Verbreitungsmedium Internet, allen voran über die Kanäle sozialer Medien wie Twitter, Facebook, YouTube, Instagram etc.

‚Soziale Ungleichheit‘, ‚Klassenkampf‘ oder ‚Konflikt‘ sind Schlagworte, die häufig im Zusammenhang mit Protest verwendet werden. Innerhalb der soziologischen Disziplin hat vor allem die Soziologie der Ungleichheit – als deren Vordenker sicherlich auch Karl Marx und Friedrich Engels (2012) mit ihrer Klassenkampf-Rhetorik gelten – einen gewichtigen Platz eingenommen. So haben sich einige Soziologen darum bemüht, eine Gesellschaftstheorie zu entwickeln, welche die soziale Ungleichheit bzw. den antagonistischen Klassenkampf als den zentralen Gesichtspunkt der gegebenen sozialen Verhältnisse betrachtet. Diese firmieren meist unter dem Label ‚Marxismus‘. Das Gesamtwerk aller ‚kritischen‘ Theoretiker – angefangen bei Max Horkheimer und Theodor W. Adorno (2003) bis hin zu Jürgen Habermas (2019) sowie Axel Honneth (2006) – kann genauso diesem theoretischen Strang hinzugezählt werden wie die Theorie von Pierre Bourdieu (2012), für den der von Marx übernommene und in vier Teile zergliederte Kapitalbegriff (ökonomisches, kulturelles, soziales und symbolisches Kapital) zentral für seine gesellschaftstheoretische Argumentation war. Die Soziologie ist seit ihren Anfängen im 19. Jahrhundert ein Versuch, gesellschaftliche Vorgänge und Phänomene zu interpretieren, zu erklären und zu beschreiben. Im Laufe des vergangenen Jahrhunderts haben sich innerhalb des Faches Forschungsbereiche entwickelt, die sich mit spezifischen Teilphänomenen des Sozialen befassen, die umgangssprachlich auch ‚Bindestrich-Soziologien‘ genannt werden. So entstanden im Zuge dieses Prozesses die Arbeits- und Industriesoziologie, die Konsumsoziologie, die Kriminalsoziologie, die Mediensoziologie, die politische

Soziologie, die Stadtsoziologie oder die Zeitsoziologie, um nur einige Beispiele zu nennen. Zudem hat sich in den letzten Jahrzehnten eine Soziologie des Protests bzw. die Protest- und Bewegungsforschung innerhalb der Disziplin herausgebildet. Es muss jedoch konstatiert werden, dass das Protestphänomen noch auf einem schwachen theoretischen Fundament steht. Die Bandbreite der theoretischen Erklärungsversuche reicht von der Betonung der ‚Irrationalität‘ oder der ‚Rationalität‘ der protestierenden Masse, über die Betrachtung der ‚Unzufriedenheit‘ als Auslöser von Protesten bis hin zur Entdeckung der ‚kollektiven Identität‘ als verbindendes Element sozialer Bewegungen. Außerdem gibt es theoretische Überlegungen, die gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge sowie politische Gelegenheitsstrukturen in den Fokus ihrer Interpretationen rücken oder konstruktivistische Begriffe wie etwa ‚Frames‘ als Analyseinstrument heranziehen. Wenngleich es sich beim Protest um einen vieldiskutierten Forschungsgegenstand innerhalb der Soziologie handelt, sieht es bisher danach aus, als würde sich – ähnlich wie in anderen Teilbereichen dieser Disziplin – kein theoretischer Ansatz gegenüber den anderen profilieren. Es gibt maximal dahingehende Überlegungen, verschiedene Theorieansätze miteinander zu kombinieren.

Wir befinden uns in einer Zeit, in der quantifizierbare Daten nicht nur innerhalb der Sozialwissenschaften an Bedeutung gewinnen. Auch Wirtschaftsunternehmen oder staatliche Verwaltungseinrichtungen sind auf die Auswertung und Interpretation von Daten angewiesen, um etwa Informationen über Konsumverhalten oder demografische Entwicklungen von Volkswirtschaften zu erhalten und für ihre Zwecke einsetzen zu können. In der Soziologie stellen quantitative Forschungsmethoden ein beliebtes Instrumentarium für die Analyse sozialer Phänomene dar. Auch in der Protest- und Bewegungsforschung stehen statistische Befunde an der Tagesordnung, wobei oftmals ihre theoretische Einbettung ausbleibt. Obwohl die ‚qualitative‘ Sozialforschung immer mehr an Bedeutung gewinnt, wird ihr nicht zuletzt vonseiten der Befürworter quantitativer Methoden oftmals aufgrund fehlender Systematisierung die Wissenschaftlichkeit abgesprochen sowie Willkür in ihren Interpretationen der erhobenen Daten unterstellt. In der Debatte um die hegemoniale Stellung eines dieser Methodologien wird häufig übersehen, dass viele empirische Forschungsarbeiten jeweils nur sehr kleine Teilbereiche des Gesellschaftlichen abdecken. Entweder werden aus den Forschungsergebnissen Schlüsse auf jeweils abgegrenzte Gesellschaftsbereiche gezogen oder es werden umgekehrt Theorien für empirisch erfassbare Phänomene herangezogen, welche von vornherein nur für die Erklärung spezifischer Teilbereiche des Sozialen formuliert wurden. Dabei handelt es sich meist um mikrosoziologische Arbeiten oder um Theorien mittlerer Reichweite.

Die groß angelegten Gesellschaftstheorien, wie sie etwa von Karl Marx (2014), Norbert Elias (2017), Pierre Bourdieu (2018) oder Niklas Luhmann (1998) entwickelt wurden (um nur einige wenige zu nennen), scheinen mittlerweile aus der Mode gekommen zu sein. Sie werden meist schon zu den Klassikern der soziologischen Disziplin gezählt, die ihre Relevanz im Hinblick auf aktuelle Forschungsbemühungen verloren zu haben scheinen. Die Gesellschaftstheorie stellt jedoch einen fundamentalen und daher unverzichtbaren Bestandteil der soziologischen Disziplin dar. Es sollten daher wieder vermehrt Anstrengungen unternommen werden, soziale Phänomene – wie beispielsweise den Protest – einer gesellschaftstheoretischen Einbettung zuzuführen. Eine dieser gesellschaftstheoretischen Bemühungen stammt vom deutschen Soziologen Niklas Luhmann, der behauptet, mit seiner Systemtheorie eine sogenannte ‚Universaltheorie‘ entwickelt zu haben. Dies darf nicht auf missverständliche Weise derart interpretiert werden, dass seine Theorie als die einzig richtige zu betrachten ist. Vielmehr wollte Luhmann damit zum Ausdruck bringen, dass seine Theorie mitsamt dem eigens dafür entwickelten Begriffsinstrumentarium auf jegliches soziale Phänomen anwendbar ist.

Dieser These folgend, möchte ich in der vorliegenden Arbeit vor allem der Frage nachgehen, ob die von Luhmann formulierte Systemtheorie dazu geeignet ist, das gesellschaftliche Phänomen des Protests adäquat zu erfassen. Luhmann selbst hat sich mit diesem Forschungsgegenstand nur am Rande beschäftigt. Es gibt nur eine Aufsatzsammlung mit dem Titel ‚Protest‘ unter der Herausgeberschaft von Kai-Uwe Hellmann (1996a) sowie ein Kapitel in seinem gesellschaftstheoretischen Werk ‚Die Gesellschaft der Gesellschaft‘ (1998), die sich explizit diesem Thema widmen. Dabei vermisst man jedoch die Akribie und Präzision, die Luhmanns Analysen über andere gesellschaftliche Phänomene und Teilbereiche auszeichnet. In Anlehnung an Luhmann gab es einige Versuche, das Thema ‚Protest‘ bzw. ‚Protestbewegungen‘ mit systemtheoretischen Begriffen zu behandeln, die jedoch allesamt nicht wirklich zu überzeugen vermochten und in der wissenschaftlichen Debatte dieses Forschungsbereichs – wenn überhaupt – nur eine Nebenrolle spielen. Warum sollte man also eine Theorie für die Beschreibung des Protestphänomens heranziehen, die im soziologischen Diskurs keine Anschlussfähigkeit erreichen konnte? Obwohl die Antwort auf diese Frage erst im Verlauf dieser Arbeit deutlich werden wird, möchte ich an dieser Stelle auf meine Skepsis hinsichtlich bisheriger theoretischer Bemühungen in der Protest- und Bewegungsforschung hinweisen: Alle theoretischen Ansätze – inklusive des systemtheoretischen Zugangs – haben sich zu sehr auf den Begriff ‚Protestbewegung‘ fokussiert und daher ihren Blick eingengt. Sämtliche systemtheoretischen Arbeiten zu diesem Thema haben versucht, Protestbewegungen als ein System zu beschreiben. Obwohl auch in der vorliegenden Arbeit mit

systemtheoretischen Begriffen argumentiert wird, wird nicht davon ausgegangen, dass es sich bei Protestbewegungen um ein System handelt. Diese Herangehensweise ist in der Tat neu in der systemtheoretischen Betrachtung des Protestphänomens. Es stellt sich folglich die Frage, was eine Protestbewegung aus systemtheoretischer Perspektive sein soll, wenn sie kein System ist. Mithilfe der Begriffe ‚Autopoiesis‘ und ‚strukturelle Kopplung‘ wird es möglich sein, den Protest bzw. die Widerspruchskommunikation (und nicht die Protestbewegung) als ein gesellschaftliches Funktionssystem zu beschreiben. Protestbewegungen werden demnach als konstruierte Zuschreibungspunkte in der Kommunikation betrachtet, aber zu den genaueren Erläuterungen kommen wir weiter unten. Der Mehrwert der vorliegenden Arbeit soll darin liegen, eine alternative Perspektive zu bisherigen systemtheoretischen Bemühungen aber auch zu anderen theoretischen Ansätzen in der Protest- und Bewegungsforschung anzubieten. Dadurch, dass das Protestphänomen nicht mit Protestbewegungen gleichgesetzt bzw. auf diese reduziert wird, soll eine erweiterte Perspektive ermöglicht sowie das Analysepotenzial des systemtheoretischen Ansatzes gesteigert werden.

Der Systemtheorie von Luhmann wird seit jeher vorgeworfen, lediglich eine Beschreibung der Gesellschaft anzubieten, ohne zu erklären, wie es denn dazu gekommen ist, und daher kritiklos den gegebenen Zustand zu akzeptieren, ohne Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Dieser Bezeichnung – die allen voran vonseiten der Vertreter der ‚Kritischen Theorie‘ formuliert wurde – entgegnet Luhmann, dass nur die adäquate und hinreichend genaue Beschreibung der modernen Gesellschaft zum Verständnis derselben führen kann. Luhmann geht auch nicht davon aus, dass die Wissenschaft – oder das wissenschaftliche Subsystem ‚Soziologie‘ – intentional für Veränderungen in anderen Bereichen der Gesellschaft (oder gar der Gesamtgesellschaft) mithilfe von empirischen Befunden oder Theorien sorgen kann. Das System ‚Wissenschaft‘ findet demnach hauptsächlich für die Wissenschaft statt, was jedoch nicht bedeuten soll, dass sie keine Beziehungen zu anderen ‚Teilsystemen‘ der Gesellschaft hat, sondern nur, dass diese nicht von dort aus steuerbar sind. Auch beim politischen System handelt es sich keineswegs um eine zentrale Instanz der Gesellschaft, welche für die Steuerung und Gestaltung derselben sorgen würde. Genauso wie andere Funktionssysteme der Gesellschaft wie die Wirtschaft, das Recht, die Wissenschaft, die Massenmedien, die Medizin, die Religion, die Kunst oder die Erziehung, handelt es sich auch beim politischen Bereich um ein selbstreferenzielles und -erhaltendes Teilsystem, das keinen direkten Kontakt zu seiner Umwelt hat. Dies bedeutet, dass Operationen des politischen Systems immer nur das eigene, also wiederum das politische System betreffen können. Bei Anwendung dieses theoretischen Konzeptes wird es denkunmöglich, dass das politische System beispielsweise in das

wirtschaftliche System eingreifen könnte, was jedoch im Alltagsverständnis oder in alternativen theoretischen Überlegungen durchaus geläufig ist. Diese Theorieentscheidung, die erstmals in Luhmanns Werk ‚Soziale Systeme‘ (1991) vorgestellt wurde und auch als seine ‚autopoietische Wende‘ bekannt ist, ist bis heute dem Vorwurf der Tautologie ausgesetzt. Luhmann selbst hat tautologische sowie paradoxe Formulierungen in seiner Systemtheorie nie gelehrt, sondern vielmehr Argumente dafür vorgebracht, dass seine konstruktivistische Herangehensweise Tautologien und Paradoxien notwendigerweise hervorruft, ohne aber auf theoretische Tiefenschärfe verzichten zu müssen. Mit dem Autopoiesis-Konzept, welches Luhmann von den chilenischen Biologen Humberto Maturana und Francisco Varela (1980; 1991) übernahm und für die soziologische Disziplin fruchtbar machte, sind auch keine einfachen Kausalerklärungen für soziale Phänomene mehr möglich. Ein System kann in seiner Umwelt operativ nichts bewirken, obwohl es häufig so aussehen kann, als würden Operationen eines Systems die Ursache für die Veränderung eines anderen Systems darstellen. Luhmann löst dieses Problem mit dem Begriff des ‚Beobachters‘, was nichts anderes bedeutet, als dass ein System ein anderes wahrnehmen, jedoch nur mit systemeigenen Operationen auf dieses Wahrnehmen bzw. Beobachten reagieren kann. Somit bleibt auch hier die Autopoiesis-These gewahrt.

Für die vorliegende Arbeit stellt sich die Frage, wie dieses Autopoiesis-Konzept auf die These übertragbar ist, dass es sich beim Protest um ein eigenes gesellschaftliches Funktionssystem handelt, das neben Systemen wie Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Recht, Massenmedien, Religion etc. besteht. Wie Luhmann selbst erwähnt, ist seine Auflistung von Funktionssystemen nicht als vollständig und daher als offen für Erweiterungen zu erachten. Das Ziel dieser Arbeit ist es, eine solche vorzunehmen, indem mit dem Luhmann’schen Begriffsinstrumentarium das System ‚Protest‘ beschrieben wird. Außerdem soll mit dem Begriff der ‚strukturellen Kopplung‘ deutlich gemacht werden, inwiefern sich soziale Systeme gegenseitig bedingen und in Wechselbeziehungen zueinander stehen, ohne dabei von direkten, intentionalen Wirkungszusammenhängen auszugehen. Die Systemtheorie geht davon aus, dass es drei verschiedene Typen sozialer Systeme gibt, nämlich die Interaktion, die Organisation und die Gesellschaft. Die Gesellschaft ist jener Systemtyp, der sich in die bereits erwähnten Funktionssysteme ausdifferenziert. Strukturelle Kopplungen können zwischen Funktionssystemen bestehen, aber auch zwischen einem Funktionssystem und den Systemtypen ‚Organisation‘ oder ‚Interaktion‘. Dies bedeutet also, dass soziale Handlungssituationen beobachtet werden können, in denen verschiedene soziale Systeme gleichzeitig und getrennt voneinander operieren, ohne in das jeweils andere System eingreifen zu können. Das Kernstück dieser Arbeit wird es sein, die verschiedenen strukturellen

Kopplungen des gesellschaftlichen Teilsystems ‚Protest‘ herauszuarbeiten und den systemtheoretischen Ansatz in der Protestforschung dahingehend zu adaptieren, dass der Protestbegriff nicht nur in Bezug auf soziale Bewegungen angewendet wird, sondern der Blickwinkel dadurch erweitert wird, indem der Protest mit unterschiedlichen Systemen bzw. Systemtypen in Beziehung gesetzt wird.

Nach diesen einleitenden Worten möchte ich kurz den Aufbau der vorliegenden Arbeit skizzieren. In Kapitel 2 beschäftige ich mich zunächst mit der Protest- und Bewegungsforschung sowie mit ihrem Fokus auf den Begriff ‚sozialer Bewegungen‘ (2.1). Weiters werden die in der Soziologie meistdiskutierten theoretischen Ansätze in der Protest- und Bewegungsforschung cursorisch vorgestellt und einer kritischen Betrachtung unterzogen (2.2). In Kapitel 3 wird die Luhmann’sche Systemtheorie und ihre Eignung im Hinblick auf die Analyse des Protestphänomens diskutiert. Dafür werden zunächst einige Grundbegriffe der Luhmann’schen Systemtheorie erläutert, die für das Verständnis der nachfolgenden Kapitel unabdingbar sind (3.1). Den Abschluss des Kapitels bildet die Diskussion der heterogenen Konzepte des systemtheoretischen Ansatzes, deren Gemeinsamkeit einzig darin besteht, dass sie Protestbewegungen als Systeme betrachten (3.2). In Kapitel 4 wird eine Adaption des systemtheoretischen Ansatzes unternommen, indem vorgeschlagen wird, die Kommunikationsform ‚Protest‘ und nicht die Protestbewegung als soziales System zu betrachten. In einem weiteren Schritt wird mithilfe des Begriffs der ‚strukturellen Kopplung‘ erläutert, inwiefern der Protest als gesellschaftliches Funktionssystem nicht-kausale Beziehungen zu anderen Systemtypen wie ‚Interaktion‘ (4.1) oder ‚Organisation‘ (4.2), aber auch zu anderen gesellschaftlichen Funktionssystemen (4.3) aufweist. So soll verdeutlicht werden, dass der Protest beispielsweise auch in politischen Parteien, in Wirtschaftsunternehmen, in sozialen Medien und in Interaktionen zum Vorschein kommen kann. Zum Abschluss dieser Arbeit wird ein Fazit über den Argumentationsaufbau gezogen sowie das gesteigerte empirische Analysepotenzial dieses adaptierten systemtheoretischen Konzepts für die künftige Protest- und Bewegungsforschung hervorgehoben (5).

## 2. Protest- und Bewegungsforschung

Beschäftigt man sich mit dem mittlerweile umfangreichen Literaturbestand in der Protest- und Bewegungsforschung, wird eines ganz klar deutlich: Wie der Name dieses Forschungszweigs erahnen lässt, werden der Protest- und der Bewegungsbegriff stets miteinander in Beziehung gesetzt. So ist es auch nicht überraschend, dass nicht nur im umgangssprachlichen Gebrauch, sondern auch in der wissenschaftlichen Debatte die Begriffe ‚Protestbewegung‘ und ‚soziale Bewegung‘ synonym verwendet werden. Somit werden gesellschaftliche Phänomene aus dem Blickfeld gedrängt, welche genauso als Bewegungen bezeichnet werden können, wie beispielsweise religiöse Bewegungen oder Subkulturen wie der Punk oder der Hip-Hop (Tratschin 2016: 30). Es handelt sich also um eine unabgeschlossene Definition der Begriffe Protestbewegungen bzw. soziale Bewegungen. Protestbewegungen können problemlos dem allgemeineren Begriff sozialer Bewegungen zugerechnet werden, jedoch gestaltet sich die Sache umgekehrt etwas schwieriger.

Historisch betrachtet entstand die Protest- und Bewegungsforschung – bei großzügiger Auslegung – bereits in den Anfängen der soziologischen Disziplin. Karl Marx und Friedrich Engels, Gustave Le Bon sowie Lorenz von Stein werden dabei als Vordenker für die weitere Entwicklung dieses spezifischen Forschungszweigs genannt (Rucht 2014: 65). Die Theorie von Marx und Engels erachtet bekanntlich den Kampf zweier antagonistischer Klassen – nämlich jenen zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie – als den Antrieb alles Sozialen. Dabei wird mit den lohnabhängigen Proletariern das revolutionäre Subjekt ausgemacht, welches gegen jene, die über die Produktionsmittel und das Kapital verfügen, aufbegehrt (Hellmann 1998: 20-21). Diese Perspektive zeigt also bereits, dass der Protestbegriff auch in einem historisch-analytischen Zusammenhang verwendet und mitnichten auf Phänomene wie Demonstrationen, Hausbesetzungen, betriebliche Streiks und dergleichen reduziert werden kann. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts dominierte sodann der massenpsychologische Zugang von Gustave Le Bon, wenn es um Analysen von Massenphänomenen wie etwa soziale Bewegungen ging (Rucht 2014: 65). Diese wurden als kollektive Verhaltensmuster betrachtet, die sich vor allem durch Irrationalität auszeichnen. Soziale Bewegungen wurden aus dieser Perspektive nicht als ein zielgerichtetes – also rationales – Handeln interpretiert, sondern vielmehr als eine Ansammlung von durch Ängste und andere Affekte motivierten Individuen (Hellmann 1999: 94). Eine Theorie, welche sich bezüglich dieser Thematik einer ähnlichen Erklärung bedient hat, ist jene, welche Mitte des 20. Jahrhunderts eine dominierende Rolle innerhalb der Soziologie einnahm, nämlich der Strukturfunktionalismus nach Talcott Parsons.

Auch hier wurden Protestbewegungen nicht als zielorientierte Kollektive betrachtet, sondern als eine ungeordnete Ansammlung an Modernisierungsverlierern (Kern 2008: 52-53). Der vor allem in der US-amerikanischen Bewegungsforschung des vergangenen Jahrhunderts betriebene ‚Collective Behaviour‘-Ansatz betont zumeist das irrationale Verhalten von Kollektiven, wobei auch starke marxistische Züge zu erkennen sind, da sozialstrukturelle Spannungen zwischen sozialen Klassen in die theoretischen Überlegungen miteinfließen. Eine alternative Betrachtungsweise bildet der ‚Relative Deprivation‘-Ansatz, welcher – wie der Name schon suggeriert – die Emotion der Unzufriedenheit als Ursache von Protestbewegungen in den Mittelpunkt stellt. In der europäischen Protest- und Bewegungsforschung waren zunächst marxistische Arbeiten dominant, welche die Motivation für Protest und die Entstehungsvoraussetzungen von sozialen Bewegungen in gesellschaftsstrukturellen Faktoren sahen (Hellmann 1999: 95-97). War die sozialstrukturelle Zusammensetzung sowie die Protestmotivation früherer Protestbewegungen wie die Arbeiter-, Frauen- oder Bürgerrechtsbewegung noch einfacher ausfindig zu machen, so gestaltete sich dies mit dem Aufkommen völlig neuartiger Protestbewegungen wie etwa die Studentenbewegung der ‚68-er Generation‘, die Friedensbewegung oder die Ökologiebewegung ganz anders. Diese sogenannten ‚Neuen sozialen Bewegungen‘ definieren sich im Gegensatz zu den homogenen ‚alten‘ Protestbewegungen über Themen. Dies hat dazu geführt, dass eine Heterogenität in der Protestlandschaft entstanden ist, die mit den althergebrachten theoretischen Mitteln nicht mehr begreifbar wurde. So kann durchaus festgestellt werden, dass sich die Protest- und Bewegungsforschung erst im Zuge dieses Wandels in den 1960er-Jahren zu einem systematischen Forschungszweig innerhalb der Sozialwissenschaften entwickelt hat. Da es sich dabei im Vergleich zu anderen Forschungsbereichen der soziologischen Disziplin um ein Projekt jüngeren Datums handelt, stehen bisher mehrere theoretische Ansätze eher lose nebeneinander, ohne dass sich einer dieser wirklich durchsetzen konnte (Kern 2008: 9).

Obwohl die vorliegende Arbeit von der reduktionistischen Anwendung des Protestbegriffs auf soziale Bewegungen Abstand nehmen möchte, gilt es im Folgenden näher auf den Bewegungsbegriff einzugehen, da dieser eine dominante Rolle in der gegenwärtigen Protest- und Bewegungsforschung spielt. Außerdem werden die unterschiedlichen theoretischen Ansätze überblicksartig vorgestellt.

## 2.1 Soziale Bewegungen

Denkt man an den Begriff ‚soziale Bewegungen‘ bzw. ‚Protestbewegungen‘ und ihre verschiedenen Ausdrucksformen, so kommen viele Beispiele in Betracht. In jüngster Zeit sorgen Klimaaktivisten der Bewegung ‚Die Letzte Generation‘ für Aufsehen, da sie für ihre Anliegen und Forderungen nicht nur auf althergebrachte Mittel wie Demonstrationen oder Kundgebungen setzen, sondern auf Formen wie Vandalismus oder Straßenblockaden zurückgreifen, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen. Andere aktuelle Bewegungen wie ‚Fridays For Future‘, die gegen die Klimapolitik der institutionellen Entscheidungsträger protestieren, operieren im Vergleich dazu mit dem Aufbau einer charismatischen Repräsentantin wie Greta Thunberg und regelmäßigen Demonstrationen inklusive Schulstreik und internationalen Ablegern. Die ‚Gelbwesten‘-Bewegung in Frankreich griff hinsichtlich ihrer Sichtbarmachung auf – wie der Name schon erahnen lässt – gelbe Warnwesten zurück, deren Proteste sich unter anderem gegen die unzureichende Sozialpolitik des Landes wandte. Anhand dieser Beispiele wird bereits deutlich, dass es unterschiedliche Artikulationsweisen von Protest gibt.

Dass Protestkommunikation aber alles andere als beliebig und willkürlich verläuft, zeigen die verschiedenen standardisierten Formate sozialer Bewegungen. So handelt es sich etwa bei Demonstrationen, Sitzstreiks oder Petitionen um häufig angewandte Formen von Protest. Diese unterschiedlichen Formate dienen in erster Linie dazu, den Protest überhaupt als solchen wahrnehmen zu können (Tratschin 2016: 40). Neben Protestbewegungen, die ein bestimmtes Muster in der sozialstrukturellen sowie demografischen Zusammensetzung aufweisen, gibt es auch solche, die wesentlich heterogener strukturiert sind. Auch bei den ‚Corona-Protesten‘, die sich gegen die tiefgreifenden Maßnahmen seitens der Regierung während der Zeit der ‚Covid-19-Pandemie‘ richteten, konnte nicht eindeutig angegeben werden, welche sozialen Milieus oder ideologischen Gruppierungen die Protestteilnehmer repräsentierten. Obwohl sich im Laufe der letzten Jahrzehnte die Protestthemen dahingehend verändert haben, dass nicht mehr die soziale Ungleichheit bzw. Ungleichbehandlung im Mittelpunkt steht, wie es in den früheren Arbeiter-, Frauen- und Bürgerrechtsbewegungen üblich war, so sieht man anhand von Beispielen wie den sozialen Bewegungen ‚Me-Too‘ oder ‚Black Lives Matter‘, dass diese Anliegen immer noch in den öffentlichen Diskurs eingebracht werden können. Aber auch hier hat sich die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Bewegungsteilnehmer dahingehend verändert, dass von homogener Masse, Klasse oder einer gemeinsamen Milieuherkunft keine Rede mehr sein kann. Dies bedeutet, dass die theoretische Behandlung des Protestphänomens

die Tatsache berücksichtigen muss, dass vor allem Protestmotive einem radikalen Wandel unterliegen, da sie nicht mehr unter dem Gesichtspunkt sozialer Ungleichheit erfolgen, sondern identitätspolitischer Natur sind. Allein aus diesem Grund gestaltet sich die Definition des Begriffs ‚soziale Bewegung‘ bzw. ‚Protestbewegung‘ nicht gerade als einfach. Auch die jeweilige theoretische Ausrichtung innerhalb der Protest- und Bewegungsforschung ist maßgeblich dafür verantwortlich, welche Aspekte die jeweilige Definition des Bewegungsbegriffs beinhaltet und welche nicht.

Die marxistisch orientierte Forschung hebt die sozialstrukturellen Spannungen hervor, die als Ursache von Protestbewegungen ausfindig gemacht werden und diese als einen Kampf zwischen zwei entgegengesetzten Gruppierungen der Gesellschaft interpretieren. Meist wird dabei auch auf die Klassensemantik zurückgegriffen, um den Protestierenden eine Subjekthaftigkeit zuzuschreiben. So erscheint es mitunter plausibel, wenn etwa die Modernisierungstheorie den Begriff der ‚Modernisierungsverlierer‘ einführt, welche die Rolle der unzufriedenen Protestierenden einnehmen sowie die als ungerecht empfundenen gesellschaftlichen Verhältnisse gegenüber den Profiteuren der Modernisierung und den gesellschaftlichen Entscheidungsträgern anprangern (Kern 2008: 52-53). Während Marx sich in seinen konflikttheoretischen Überlegungen an der vertikalen Differenzierung der Gesellschaft – der sozialen Ungleichheit – orientiert, spielt für Max Weber die horizontale Differenzierung eine größere Rolle. Er sieht die sozialen Konfliktlinien bei den unterschiedlichen Wertorientierungen von Individuen und gesellschaftlichen Gruppen (Bonacker 2008: 20). Dies entspricht eher jenen theoretischen Ansätzen in der Protest- und Bewegungsforschung, die eine Analyse interner Prozesse von sozialen Bewegungen bevorzugen. Hierzu zählen sowohl der ‚Framing‘-, als auch der ‚Collective Identity‘ und der ‚Ressourcenmobilisierungs‘-Ansatz, welche jeweils unterschiedlichen sozialtheoretischen Vorannahmen entstammen. Die Definition des Bewegungsbegriffs ist daher auch sehr stark von der jeweiligen theoretischen Annahme abhängig, wie das Soziale überhaupt strukturiert ist. Die Frage, die sich hierbei stellt, ist jene, ob soziale Bewegungen sowie die gesamte Gesellschaft aus Individuen, Akteuren bzw. Akteursgruppen, aus Handlungen, Praktiken oder Kommunikationen bestehen. Die Suche nach der Elementareinheit des Sozialen ist wohl (wenn nicht eine vergebliche) eine, die zumindest nicht in allzu naher Zukunft beendet sein dürfte.

Es herrscht nicht nur Uneinigkeit über die Definition des Bewegungsbegriffs und die theoretische Behandlung dieses Themas, sondern auch darüber, ob es sich bei sozialen Bewegungen um ein spezifisches Phänomen der Moderne handelt oder nicht. Es gibt einerseits

die These, dass erst die Moderne Möglichkeiten für den Menschen bereitstellte, die soziale Ordnung selbst zu gestalten (Rucht 1994a: 77-78). Die Selbstermächtigung hätte demzufolge dazu geführt, dass Protestbewegungen als Motor des gesellschaftlichen Wandels für die Einrichtung moderner Institutionen wie beispielsweise den Rechts- und Sozialstaat oder die Wahlberechtigung und andere Bürgerrechte gesorgt haben. Die gegenwärtige Funktion von Protestbewegungen würde nicht mehr darin liegen, große gesellschaftliche Umbrüche auszulösen, sondern sich dauerhaft in der politischen Sphäre der Gesellschaft zu verankern (Rucht 1999: 19). Dieser Betrachtungsweise kann jedoch entgegengehalten werden, dass auch eine großzügigere Interpretation von Protestbewegungen möglich wäre. So können beispielsweise Sklavenaufstände in der Antike genauso als eine Form des Protests interpretiert werden. In der historischen Betrachtung von Protest gibt es außerdem die Möglichkeit, die Moderne in drei aufeinanderfolgende Protestzeitalter einzuteilen. Dieser Kategorisierung zufolge zeichneten sich die frühesten Protestbewegungen der Moderne durch ihren emanzipatorischen Charakter aus, was sich vor allem daran zeigte, dass sich Menschen gegen absolutistische Herrschaftsordnungen zur Wehr setzten, wie es beispielsweise in der französischen Revolution der Fall war. Das mittlere Protestzeitalter begann in der Phase der Industrialisierung, was zur Herausbildung von Arbeiterbewegungen führte, welche die Demokratisierung vorantrieben und dafür verantwortlich waren, dass etwa soziale Sicherungssysteme eingerichtet wurden. Das dritte und letzte Protestzeitalter nahm in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts seinen Anfang, in der Protestbewegungen entstanden, welche unter dem Label ‚Neue soziale Bewegungen‘ firmieren. Hierbei handelt es sich beispielsweise um die Frauen-, Friedens- oder Ökologiebewegung, welche keine utopisch anmutenden Gesellschaftsumwälzungen mehr im Sinn haben, sondern realistische Verbesserungen in einzelnen spezifischen Gesellschaftsbereichen fordern (Kern 2008: 12-13).

Es gibt auch Interpretationsvorschläge, diese neuartigen Bewegungen als ein Ergebnis der fordistischen Wirtschaftsweise zu betrachten. Neue Forderungen waren beispielsweise die individuelle Selbstverwirklichung, Chancengleichheit, der Rückgang autoritärer Strukturen oder die Reduktion zunehmender Umweltverschmutzung. Die Funktion der Protestbewegungen bestand darin, politische Entscheidungen zu beeinflussen und Reformen einzuleiten (Rucht 1994a: 135) Von Relevanz für die gegenwärtige Protest- und Bewegungsforschung ist auch die zunehmende Bedeutung globaler Zusammenhänge für die Entstehung sozialer Bewegungen, wobei „[...] issues emerge which transcend national frontiers: the internationalization of markets, nuclear fallout, the greenhouse effect, the destruction of the ozone layer, famine, poverty, international migration on a world-wide scale, women’s and minorities’ rights.“ (Della

Porta/Kriesi 2009: 21) Bei der historischen Rekonstruktion der Entwicklung von sozialen Bewegungen, wird eines augenscheinlich: Die Protestinhalte werden detaillierter und kleinteiliger. Die Zeit, in der utopisch anmutende, die Gesellschaft auf radikale Weise verändernde Forderungen gestellt werden, scheint vorbei zu sein. Stattdessen besteht in der Gegenwart wie niemals zuvor die Möglichkeit, verschiedenste gesellschaftliche Probleme in den öffentlichen Diskurs einzubringen. Soziale Bewegungen können sich etwa auf frauenpolitische, ökologische, ökonomische oder antirassistische Agenden fokussieren und ihre Forderungen an die jeweiligen Entscheidungsträger stellen. Daher wird es für jeden einzelnen immer schwieriger, mehreren Bewegungen zugleich anzugehören und sich aktiv daran zu beteiligen (Rucht 1999: 22-23).

Dies bedeutet, dass häufig eine Auswahl getroffen werden muss, ob man Teilnehmer wird oder Beobachter bleibt. Im Gegensatz zu sozialen Bewegungen in der Vergangenheit, die allein aufgrund der Tatsache als Kollektiv zusammengehalten werden konnten, dass sich ihre Teilnehmer angesichts ihrer gemeinsamen Klassen- oder Milieuherkunft sozusagen naturgemäß auf gemeinsame Werte, Ziele und Symbole beziehen konnten, müssen neue soziale Bewegungen einen erheblich größeren Aufwand für die Produktion und Aufrechterhaltung eines kollektiven Bewusstseins betreiben. Bei den neuen sozialen Bewegungen handelt es sich also um keine Schicksalsgemeinschaften, sondern man sucht sich gewissermaßen ein Kollektiv aus, von dem man ein Teil wird. Daher ist der Aktivismus seitens der Bewegungsteilnehmer nicht ausschließlich auf den Durchsetzungswillen von politischen oder anderen Zielen zurückzuführen, sondern auch darauf, eine individuelle Identität zu erschaffen (Kern 2008: 59-60). Protestieren gilt demnach als Lifestyle. Daher ist es aus soziologischer Sicht wichtig zu verstehen, wie diese immer mehr auf einzelne Themen fokussierten Bewegungen im öffentlichen Diskurs bestehen können. Dafür braucht es ein begriffliches Instrumentarium, mit dem die Herausbildung von gesellschaftlichem Protest in adäquater Weise beschrieben werden kann.

Der Fokus in der Protest- und Bewegungsforschung liegt – wie bereits erwähnt – auf dem Bewegungsbegriff, was auf den ersten Blick nicht wirklich verwunderlich ist. In diesem Sinne wird es möglich, soziale Bewegungen beispielweise als eine auf Konflikt programmierte, lose organisierte und sich über eine gewisse Zeit erhaltende Akteurskonstellation zu beschreiben, welche kollektive Ziele formulieren, um institutionelle Entscheidungsträger beeinflussen zu können (Beyer/Schnabel 2017: 16). Ein weiterer Definitionsvorschlag ist es, sich – in Anlehnung an Marx – eine soziale Bewegung als ein organisiertes Kollektivverhalten einer

sozialen Klasse vorzustellen, welche einer gegnerischen Klasse kämpferisch gegenübersteht (Touraine 1981: 77). Oder man versteht unter einer Protestbewegung vielmehr einen von einer kollektiven Identität getragenen Handlungszusammenhang von Organisationen sowie Netzwerken, die den sozialen Wandel entweder auslösen, aufhalten oder rückabwickeln wollen (Rucht 1994b: 338-339, 1994a: 76-77). Wichtig ist aber auch ein Verständnis darüber zu gewinnen, wie so etwas wie Solidarität oder von einer Gemeinschaft geteilte Zielvorstellungen und Bedeutungen hergestellt werden, wie diese Bestandteile zusammengehalten werden können und daraus ein Kollektiv gebildet und erhalten werden kann (Melucci 1999: 114-115).

Weiters kann für die Beschreibung der Entstehungsbedingungen von Protestbewegungen das Arena-Modell der Öffentlichkeit herangezogen werden. Der Protest entsteht hierbei dadurch, dass sich Teile eines theoretisch grenzenlos vorhandenen Publikums mobilisieren lassen, die sich öffentlich nicht repräsentiert fühlen. Durch den Protest wird es möglich, die Protestthemen im öffentlichen Diskurs zu platzieren und dadurch Aufmerksamkeit zu generieren (Neidhardt 1994: 32-33). Der Öffentlichkeitsbegriff sowie der Begriff ‚sozialer Bewegungen‘ können in einen engen theoretischen Zusammenhang gebracht werden, indem zunächst eine Unterscheidung zwischen öffentlicher Meinung und Publikumsmeinung vorgenommen wird. Bei der öffentlichen Meinung handelt es sich um die Meinung der durch das Publikum wahrnehmbaren Öffentlichkeitsakteure. Demgegenüber steht die Publikumsmeinung, wobei es nach diesem Modell zur Entstehung von Protestbewegungen führt, wenn öffentliche Meinung und Publikumsmeinung große Differenzen aufweisen. Die Aufgabe der Protestbewegung liegt darin, die öffentliche Meinung und die Publikumsmeinung dahingehend zu beeinflussen, dass letztlich eine politische Entscheidung in ihrem Interesse erfolgt (Neidhardt 1994: 7-8). Proteste gelten dabei als funktionales Äquivalent zu Wortmeldungen wie etwa Pressekonferenzen von öffentlich etablierten Akteuren. Im Großen und Ganzen geht es also um den Zugang zu jenen Sprecherarenen, welche mit dem System der aufmerksamkeitsgenerierenden Massenmedien gekoppelt sind (Neidhardt 1994: 33).

Diese Definition scheint aus heutiger Sicht dahingehend überholt, dass das Aufkommen des Internets eine Machtverschiebung zugunsten der Protestierenden zur Folge hatte. Protestbewegungen sind nicht mehr auf die Eigenlogiken der klassisch-massenmedialen Wahrnehmung wie Rundfunk oder Presse angewiesen, sondern können sich vielmehr über soziale Medien wie Twitter, Facebook, YouTube oder Instagram selbst inszenieren und im besten Lichte darstellen. Der Publikumsbegriff spielt insbesondere bei der Analyse des Mobilisierungspotenzials von Bewegungen eine entscheidende Rolle. Protestbewegungen sind

auf die öffentliche Wahrnehmung eines dispersen Publikums angewiesen, um überhaupt die Möglichkeit zu haben, Zustimmung aus Teilen dieses Publikums zu erhalten. Jedoch reicht die Aufmerksamkeitsgenerierung allein nicht aus, um noch unentschlossene bzw. uninteressierte Publikumsteile für die Bewegung zu gewinnen (Rucht 2014: 62). Viele Protestbewegungen operieren daher mit bestimmten Narrativen, mit Aktionismus oder der Darstellung von ikonenhaften Bildern, um die Wahrscheinlichkeit der Zustimmung vonseiten des Publikums zu erhöhen. Dies geschieht meist mithilfe von Bewegungsorganisationen, welchen die Aufgabe obliegt, das Protestthema in der öffentlichen Wahrnehmung aufrechtzuerhalten bzw. zu steigern, indem etwa Demonstrationen, Kundgebungen und andere Aktionen organisiert werden. Mit Fortdauer einer sozialen Bewegung besteht jedoch die Möglichkeit, dass sich eine Bewegungsorganisation beispielsweise in eine Partei umwandelt, um sich vermehrt in die politischen Entscheidungsprozesse zu integrieren.

Was ist aber der Unterschied zwischen Protestbewegungen und alternativen Kollektiven wie Parteien, Interessengruppen oder Religionsgemeinschaften, die ebenso Themen oder Forderungen im öffentlichen Diskurs platzieren können? Eine mögliche Antwort darauf wäre, dass es sich bei Protestbewegungen um „[...] (1) informal networks, based (2) on shared beliefs and solidarity, which mobilize about (3) conflictual issues, through (4) the frequent use of various forms of protest.“ (Della Porta/Diani 1999: 16) Das Ziel von Protestbewegungen ist es, die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrem Interesse zu verändern. Diese unterschiedlichen Ziele werden an Akteure gesellschaftlicher Teilbereiche wie Politik oder Wirtschaft adressiert, denen die Entscheidungsmacht darüber zugesprochen wird, diese vonseiten der Protestbewegung geforderte Veränderung mit Gesetzen oder unternehmerischen Handlungen herbeizuführen. Jedoch ist an dieser Stelle die Frage zu stellen, ob die These, dass ein direkter kausaler Zusammenhang zwischen den Forderungen seitens der Protestbewegungen und der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse besteht, empirisch stichhaltig ist. Sämtliche nicht-systemtheoretischen Ansätze in der Protest- und Bewegungsforschung gehen letzten Endes von Fremdreferenzen und Kausalitäten aus (Tratschin 2016: 21). Dies bedeutet, dass stets nach kausalen Zusammenhängen zwischen Protestbewegung und bewegungsexternen Faktoren gesucht wird, seien es sozialstrukturelle Faktoren, die menschliche Psyche, politische Gelegenheitsstrukturen oder Organisationen. Es wird in erster Linie nach erklärenden Variablen für die Entstehung von sozialen Bewegungen Ausschau gehalten. Anders verhält es sich beim systemtheoretischen Zugang Luhmann'scher Prägung. Hier wird entgegen dem Mainstream der soziologischen Theoriebildung, der nach dem Kausalprinzip argumentiert, die Begriffe Selbstreferenz und Selbstproduktion

(Autopoiesis) eingeführt. Dies bedeutet nicht, dass kausale Wirkungszusammenhänge generell ausgeschlossen werden, sondern vielmehr, dass kein soziales Phänomen auf eine bestimmte, benennbare Ursache zurückgeführt werden kann.

Akteure, Individuen oder Handlungen gibt es in Luhmanns Systemtheorie bloß als Zuschreibungen, jedoch nicht als operative Elemente, da er die Kommunikation als basale Einheit des Gesellschaftlichen definiert. Diese Herangehensweise hat natürlich auch für viel Kritik und kontroverse Auseinandersetzungen im wissenschaftlichen Diskurs gesorgt. Somit kann auch eine soziale Bewegung nur als ein Kommunikationszusammenhang betrachtet werden, welcher einer Eigenlogik folgend permanent Anschlusskommunikationen produzieren und reproduzieren muss, damit das System ‚Protestbewegung‘ weiterbestehen kann. Zur näheren Ausführung des systemtheoretischen Ansatzes kommen wir weiter unten. Jedoch nimmt die kommunikationstheoretische, sozusagen ‚antihumanistische‘ Perspektive Luhmanns insofern eine Sonderrolle innerhalb der Protest- und Bewegungsforschung ein, als alle anderen theoretischen Ansätze bzw. Definitionsvorschläge für den Bewegungsbegriff von der Annahme ausgehen, dass es Menschen sind, die soziale Bewegungen bilden. Ob man dabei von einzelnen Akteuren oder Individuen, Milieus, Klassen oder identitätspolitisch motivierten Gruppierungen ausgeht, es handelt sich stets um humankategoriale Zuordnungen.

Für Luhmann (1996b) und andere systemtheoretische Zugänge (Ahlemeyer 1995; Hellmann 1996; Japp 1986a; Kühl 2014; Nassehi 2020; Tratschin 2016; Virgl 2011) sind soziale Bewegungen in erster Linie Kommunikationssysteme. Luhmann versucht soziale Bewegungen mit seinem kommunikationstheoretisch fundierten Systembegriff zu fassen. Soziale Bewegungen zeichnen sich demnach in erster Linie durch Protestkommunikation aus und unterscheiden sich lediglich über die verschiedenen Themensetzungen voneinander. Auch deshalb präferiert dieser den konkreteren Begriff der ‚Protestbewegung‘ gegenüber dem allgemeineren Begriff der sozialen Bewegung. Aufgrund dieser Theorieentscheidung werden Bewegungen wie etwa religiöse Kollektive, aber auch terroristische Vereinigungen aus dem Forschungsbereich ausgeschlossen. Da jedoch mit dem Begriff ‚Protest‘ ein charakteristisches Merkmal für den Gegenstandsbereich der Protest- und Bewegungsforschung formuliert wurde, erscheint die synonyme Verwendung der Begriffe ‚Protestbewegung‘ und ‚soziale Bewegung‘ als akzeptabel, zumal dies in der wissenschaftlichen Literatur geläufig ist (Tratschin 2016: 37).

Bevor ich mich eingehender mit jenen systemtheoretischen Begriffen Luhmanns beschäftige, die für das Verständnis der vorliegenden Arbeit von Relevanz sind, möchte ich im Folgenden

die meistdiskutierten theoretischen Ansätze in der aktuellen Protest- und Bewegungsforschung vorstellen.

## **2.2 Theoretische Ansätze der Protest- und Bewegungsforschung**

Im Laufe des letzten Jahrhunderts haben sich im sozialwissenschaftlichen Zweig der Protest- und Bewegungsforschung einige theoretische Ansätze herausgebildet, welche eher lose nebeneinander existieren. Obwohl die Grenzen zwischen diesen Ansätzen als fluide und offen zu betrachten sind und es mittlerweile auch Arbeiten in diesem Themenbereich gibt, die die verschiedenen Theorien miteinander zu kombinieren versuchen, stellt dies eher die Ausnahme als die Regel dar. Dies ist hauptsächlich der Tatsache geschuldet, dass die jeweiligen Theorieansätze verschiedenen theoretischen Strömungen entspringen. Außerdem liegt der Analysefokus häufig auf unterschiedlichen Ebenen. Dies ist in der soziologischen Theoriebildung zwar keine erwähnenswerte Besonderheit, jedoch ist es doch ein erheblicher Unterschied, ob soziale Bewegungen auf der Mikro-, Meso- oder Makroebene untersucht werden. Die verschiedenen theoretischen Schwerpunkte führen also dazu, dass sich die theoretischen Ansätze in der Regel einander ausschließen. Über die Leistungsfähigkeit einzelner theoretischer Ansätze wird in der Protest- und Bewegungsforschung kontrovers diskutiert (Tratschin 2016: 17).

Außerdem bleiben sämtliche theoretischen Vorschläge hinsichtlich ihrer grundlagentheoretischen Voraussetzungen ziemlich vage, wobei auch eine eindringliche Beschäftigung mit alternativen Theoriemodellen meist nicht erfolgt. Aber es wird auch darüber debattiert, wie empirische Befunde mit den vorhandenen Theorieangeboten in Beziehung gesetzt werden können. Häufig werden von einer dürftigen empirischen Basis aus sozialtheoretische Verallgemeinerungen vorgenommen (Rucht 1994a: 74). Jenen Theorieansätzen, die sich mit sozialstrukturellen oder gesellschaftlichen Zentralkonflikten beschäftigen – also mit makrosoziologischen Kategorien arbeiten – wird ein erschwerter Zugang für empirische Forschungsbemühungen vorgeworfen (Kirchhof 2014: 141). Liegt der Fokus eher auf der Mesoebene, bei der Bewegungsorganisationen oder staatliche Institutionen untersucht werden, so wird kritisiert, dass es sich hierbei um eine verkürzte Betrachtungsweise des Phänomens sozialer Bewegungen handelt. Die Mikroebene eignet sich logischerweise am besten für empirische Analysen von Interaktionen innerhalb von sozialen Bewegungen, jedoch

wird hier der Vorwurf eines psychologischen bzw. interaktionszentrierten Reduktionismus laut (Tratschin 2016: 17).

Wie bereits erwähnt sind erste Überlegungen zum Thema ‚Protestbewegungen‘ auf Karl Marx und Gustave Le Bon zurückzuführen. Diese beiden Denker lösten demnach die ersten beiden Strömungen innerhalb der Protest- und Bewegungsforschung aus. Der massenpsychologische Zugang von Le Bon hob dabei die Irrationalität hervor, welche große Kollektive wie soziale Bewegungen auszeichnet (Kern 2008: 9-10). An diesem Gedanken orientierte sich zunächst die Bewegungsforschung in den USA, indem der sogenannte ‚Collective Behaviour‘-Ansatz soziale Bewegungen als – wie der Name bereits sagt – ein kollektives, aber kein zielorientiertes Verhaltensmuster interpretierte. Hinsichtlich der Frage, wie eine soziale Bewegung überhaupt ausgelöst wird, griff dieser theoretische Ansatz jedoch auf Marx zurück, indem sozialstrukturelle Spannungen und der antagonistische Grundkonflikt des Sozialen als Ursachen genannt wurden. Um ein alternatives theoretisches Konzept handelt es sich beim ‚Relative Deprivation‘-Ansatz. Im Vergleich zur marxistisch bzw. gesellschaftstheoretisch orientierten Erklärungsweise sieht diese Perspektive die latente, individuelle Unzufriedenheit als den Auslöser von kollektiv ausgetragenem Protest. Herrscht eine erhebliche Abweichung von individuellem Anspruch und der realen sozialen Verhältnisse vor, folgt auf die latente Unzufriedenheit ab einem gewissen Punkt der manifeste Protest. Im Gegensatz zum ‚Collective Behaviour‘-Ansatz wird den so entstandenen sozialen Bewegungen ein rationales, also zielorientiertes Verhalten zugesprochen. (Hellmann 1999: 95-97).

Mit dem Aufkommen ‚neuer sozialen Bewegungen‘, welche sich sowohl qualitativ als auch quantitativ stark von früheren Protestbewegungen unterschieden, kam es ab der Mitte des 20. Jahrhunderts zur Herausbildung verschiedener theoretischer Ansätze, welche auf die neuen Umstände dieses sozialen Phänomens reagierten. Bezugnehmend auf Hellmann (1999) sind dies der ‚Structural Strains‘-Ansatz, der ‚Collective Identity‘-Ansatz, der ‚Framing‘-Ansatz, der ‚Resource Mobilization‘-Ansatz sowie der ‚Political Opportunity Structures‘-Ansatz. Außerdem gibt es noch den ‚systemtheoretischen‘ Ansatz, welcher jedoch in der Protest- und Bewegungsforschung bisher eine untergeordnete Rolle spielte. Diese können wiederum allesamt unterschiedlichen klassischen sozial- sowie erkenntnistheoretischen Positionen wie etwa dem Marxismus, der Rational-Choice-Theorie, dem Behaviorismus oder dem Konstruktivismus zugeordnet werden. Obwohl es auch alternative Aufzählungen gibt, möchte ich im Folgenden holzschnittartig auf die angeführten theoretischen Ansätze eingehen, welche aufgrund der Häufigkeit ihrer Erwähnung im Literaturbestand als die dominierenden in der

aktuellen Protest- und Bewegungsforschung betrachtet werden können. Da der Fokus dieser Arbeit auf der Adaption des systemtheoretischen Ansatzes liegt, erfolgt die kursorische Darstellung des systemtheoretischen Ansatzes erst am Ende von Kapitel 3.

#### a) Structural-Strains-Ansatz

Dieser Ansatz versucht, soziale Bewegungen als Folge von sozialstrukturellen Spannungen zu interpretieren. Diese Perspektive ist ursprünglich auf die Marx'sche Theorie zurückzuführen, welche davon ausgeht, dass sich zwei antagonistische Subjekte in der Gesellschaft gegenüberstehen, nämlich das Proletariat und die Bourgeoisie. Der gesamtgesellschaftliche Grundkonflikt zwischen der Lohnarbeit und dem Kapital soll die Klasse der Arbeiter aufgrund ihrer benachteiligten Stellung bezüglich der Produktionsverhältnisse dazu veranlassen, eine Revolution herbeizuführen, auf die eine klassenlose Gesellschaft als historisch letzte Gesellschaftsform folgen soll. Die neu entstandenen Bewegungsformen im Laufe des 20. Jahrhunderts veranlasste jedoch den ‚Structural-Strains‘-Ansatz dazu, eine Adaption der Marx'schen Überlegungen dahingehend vorzunehmen, dass die Modernisierung und die daraus resultierenden Strukturprobleme sowie neue Konfliktlinien als ausschlaggebend für die Entstehung von sozialen Bewegungen betrachtet werden (Kirchhof 2014: 129).

Ähnlich wie der ‚Relative Deprivation‘-Ansatz argumentiert, führt der Kontrast von gestiegenen sozialen Erwartungen und Ansprüchen einer neuen, akademisch ausgebildeten Generation sowie der realen sozialstrukturellen Verhältnisse und die daraus resultierende Unzufriedenheit dazu, dass sie etwa die individuelle Selbstverwirklichung über Protest einfordern. Bei der Theoriebildung spielen Aspekte wie der gesellschaftliche Wertewandel, neu entstandene Problemfelder sowie die sich verändernde sozialstrukturelle Mobilisierungsbasis der Protestierenden eine entscheidende Rolle (Kirchhof 2014: 130-131). Zum einen handelt es sich bei diesem Ansatz um die Analyse dessen, inwiefern die Sozialstruktur als Verursacher von Protestbewegungen betrachtet werden kann und zum anderen um den kausalen Zusammenhang zwischen dem in der Sozialstruktur verorteten Mobilisierungspotenzial und den tatsächlich entstandenen sozialen Bewegungen. Es wird also die These vertreten, dass Protestbewegungen mit einer sozialstrukturellen Mobilisierungsbasis verbunden sind, von der sie weitere Aktivisten rekrutieren können (Hellmann 1999: 98-99).

Wie bereits angemerkt weist der ‚Structural-Strains‘-Ansatz aufgrund seiner analytischen Fokussierung auf die Makroebene des Sozialen Defizite hinsichtlich seiner Anschlussfähigkeit

an die empirische Forschung auf. Theoretische Konzeptionen wie der ‚Framing‘-, der ‚Resource Mobilization‘- oder der ‚Collective Identity‘-Ansatz erleichtern insofern den empirischen Zugang, als sie in erster Linie an operativen Prozessen von Bewegungen interessiert sind (Kirchhof 2014: 141). Strukturelle Erklärungen von sozialen Bewegungen und ihre empirische Plausibilität sind jedoch unzureichend. Für Fragen nach den Entstehungszusammenhängen sowie der Variation hinsichtlich der Formen und Akteure von sozialen Bewegungen ist der ‚Structural-Strains‘-Ansatz auf die Ergänzung durch zusätzliche theoretische Konzepte angewiesen (Brand 1998: 50).

#### b) Collective Identity-Ansatz

Dieser Ansatz beschäftigt sich insbesondere mit der Herstellung einer kollektiven Identität von sozialen Bewegungen. Es geht um die Frage, wie es möglich ist, aus einer unorganisierten und heterogenen Masse ein einheitliches Kollektiv zu formen, das auf ein bestimmtes Ziel ausgerichtet ist. Dafür ist es aus Sicht der sozialen Bewegung notwendig, über Kommunikation eine eigene Identität zu konstruieren, welche auf eine Weise formuliert sein muss, dass der Eindruck von Gemeinsamkeit entsteht. Nur so kann die interne Unordnung zumindest vorübergehend unter Kontrolle gebracht werden, womit die Selbststeuerungsfähigkeit von Bewegungen gewahrt bleibt (Hellmann 1999: 99). Die Konstruktion von Identität impliziert daher „[...] both a positive definition of those participating in a certain group, and a negative definition of those who are not only excluded but actively opposed. It also includes a relationship with those who find themselves in a neutral position, as far as the conflict is concerned.“ (Della Porta/Diani 1999: 87)

Da dies bedeutet, dass sich eine bestimmte soziale Bewegung über die Herstellung einer kollektiven Identität von einer nicht dazugehörigen sozialen Umwelt differenzieren muss, steht auch die Frage im Fokus dieses Ansatzes, wie Gemeinsamkeiten und Unterschiede kommunikativ erzeugt werden. Dabei können drei Dimensionen unterschieden werden, nämlich eine soziale, eine sachliche sowie eine zeitliche. In der sozialen Dimension geht es um Kriterien, die darüber entscheiden, wer zu einer sozialen Bewegung gehört und wer nicht, wobei sich das Kollektiv dabei vor allem von seinen Widersachern abgrenzt. In der sachlichen Dimension steht die thematische Einheitlichkeit der sozialen Bewegung im Mittelpunkt, also die Formulierung von gemeinsamen Interessen und Zielen, welche sich von anderen Solidargemeinschaften unterscheiden. In der zeitlichen Dimension geht es schließlich darum, wie der historische Werdungsprozess im kollektiven Gedächtnis einer sozialen Bewegung

verankert wird (Kern 2008: 120-121). Bei der Produktion einer kollektiven Identität handelt es sich also um einen interaktiven Prozess verschiedener, jedoch gemeinsam handelnder Akteure. Die dabei entstehenden Deutungsmuster ermöglichen es den an der Bewegung teilnehmenden Akteuren, sowohl ihre Umwelt als auch Kosten und Nutzen ihrer Handlungen abschätzen zu können (Melucci 1999: 117).

Eine weitere Variante dieses Ansatzes besteht darin, zwei Analyseebenen der Identitätskonstruktion voneinander zu unterscheiden, nämlich die ‚kollektive‘ und die ‚individuelle‘ Identität. Die Untersuchung der kollektiven Identität erfolgt in der Identifizierung von Überzeugungen, Werten oder Symbolen, die innerhalb einer Gemeinschaft geteilt werden. Mit dem Begriff der individuellen Identität wird herausgearbeitet, inwiefern sich der einzelne Akteur mit der Gruppe identifiziert, wobei subjektive Überzeugungen oder das Pflichtbewusstsein gegenüber dem Kollektiv relevant sind. Obwohl beide Ebenen eng miteinander verwoben sind, ist es wichtig, die kollektive und individuelle Identität voneinander zu trennen (Klandermans 1997: 49). Es kann jedoch kritisch hinterfragt werden, ob die kollektive Identität nun eine Anfangsbedingung für die Mobilisierungsfähigkeit von Bewegungen ist, oder ob es sich nicht vielmehr um das erklärte Ziel einer Bewegung handelt, eine solche herzustellen. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass der Ansatz der kollektiven Identität insgesamt begriffliche und theoretische Unschärfen aufweist (Mittag/Stadtland 2014: 37).

### c) Framing-Ansatz

Auch dieser Ansatz legt sein Hauptaugenmerk auf die Konstruktionsleistungen sozialer Bewegungen. Dies wird als eine erforderliche Alternative zu Theorien betrachtet, welche Phänomene wie Protestbewegungen als ein notwendiges Resultat von gesamtgesellschaftlichen Spannungen, erweiterten politischen Partizipationsmöglichkeiten oder der Herausbildung neuer Ressourcen interpretieren. Der Framing-Ansatz fokussiert sich zudem vermehrt auf bis dahin vernachlässigte alltägliche Handlungen von Protestteilnehmern (McAdam 1994: 393-394). Übersetzt handelt es sich bei ‚Frames‘ um sogenannte Deutungsrahmen, in welchem gesellschaftliche Probleme und ihre Ursachen in einen kausalen Zusammenhang gebracht werden, um auf dieser Basis Forderungen zu artikulieren und Proteste zu entfachen. Jede erfolgreiche soziale Bewegung verfügt demnach über einen charakteristischen Frame, welcher für die dauerhafte Aufrechterhaltung des sozialen Kollektivs sorgen soll (Neidhardt/Rucht 1993: 308).

Der Framing-Ansatz geht der Frage nach, welche bewegungsspezifischen Protestinhalte das Mobilisierungspotenzial steigern oder verringern können und welche Optionen verfügbar sind, um den Effekt eines Deutungsmusters zu verbessern (Kern 2008: 141-142). Außerdem ermöglicht es diese Perspektive „[...] to capture the process of the attribution of meaning, which lies behind the explosion of any conflict. In fact, symbolic production enables us to attribute to events and behaviours, of individuals or groups, a meaning which facilitates the activation of mobilization.“ (Della Porta/Diani 1999: 69) Im Sinne der Theorie des symbolischen Interaktionismus wird auch die Bedeutung der Konstruktion sozialer Problembehandlung hervorgehoben. Dies bedeutet, dass mithilfe eines Frames überhaupt bestimm- und benennbar wird, wer oder was das jeweilig identifizierte gesellschaftliche Problem verursacht hat. So wird es mit diesem Ansatz beispielsweise möglich, Zusammenhänge zwischen bestimmten Ideologien und sozialen Bewegungen ersichtlich zu machen (Rucht 1994b: 343-344).

Die Konstruktion eines Frames bzw. öffentlichkeitswirksame Darstellung bestimmter Themen dienen auch als Legitimationsgrundlage für Protestaktivitäten. Es gibt den Vorschlag innerhalb dieses theoretischen Ansatzes, einen Deutungsrahmen in drei ‚Spezialframes‘ einzuteilen, welche nur in Kombination miteinander funktionieren. Beim ‚diagnostic frame‘ handelt es sich um das Angebot einer überzeugenden Definition gesellschaftlicher Probleme. Der ‚prognostic frame‘ beinhaltet Lösungsvorschläge für die identifizierten Probleme, um das Protesthandeln überhaupt legitimieren zu können. Schließlich soll der ‚motivational frame‘ für die Mobilisierung von Protestteilnehmern sorgen (Hellmann 1999: 100). Von einem sogenannten ‚Masterframe‘ ist die Rede, wenn gesellschaftliche Kollektive oder Organisationen mit eigentlich unterschiedlichen Interessen und Zielvorstellungen zum gemeinsamen Protesthandeln animiert werden (Kern 2008: 149-150).

#### d) Resource Mobilization-Ansatz

Der Ressourcenmobilisierungs-Ansatz bildete sich in starkem Kontrast zu massenpsychologisch orientierten Ansätzen heraus. Dabei wird insbesondere die Rationalität sozialer Bewegungen hervorgehoben, d.h. die Bedeutung von rational agierenden sowie ressourcenbeschaffenden Bewegungsorganisationen werden in den Mittelpunkt der Untersuchungen gestellt (Rucht 2014: 66). Dieser Ansatz entwickelte sich außerdem als Antwort auf den ehemals erfolgreichen ‚Relative Deprivation‘-Ansatz, welcher sich auf den Aspekt der Unzufriedenheit als Verursacher von sozialen Bewegungen fokussierte. Es wurde kritisch hinterfragt, ob tatsächlich die Modernisierung und der damit einhergehende soziale

Wandel für die Erwartungsenttäuschungen gesellschaftlicher Akteure und folglich für die Entstehung von Protestbewegungen gesorgt haben. Die Emotion der Unzufriedenheit mag zwar eine nicht zu unterschätzende Bedingung für das Entstehen von sozialen Bewegungen sein, jedoch wird diesem Gesichtspunkt aus Sicht des Ressourcenmobilisierungs-Ansatzes zu viel Gewicht beigemessen (Beyer/Schnabel 2017: 67-68).

Dieser Ansatz interpretiert die Herausbildung und Aufrechterhaltung einer sozialen Bewegung als das Ergebnis eines organisierten Prozesses, welcher entsprechende Ressourcen benötigt. Die meisten Konzepte innerhalb des Ressourcenmobilisierung-Ansatzes lassen sich auf die Rational-Choice-Theorie zurückführen (Welskopp 2014: 241). Somit werden Ressourcen als Möglichkeiten der Einflussnahme auf gesellschaftliche Akteure betrachtet, welche dazu gebracht werden sollen, entweder eine bestimmte Handlung auszuführen oder zu unterlassen. Für die Auslösung des angestrebten Verhaltens werden Ressourcen wie Geld, Macht, Wissen, Rhetorik, soziale Vernetzung oder Charisma eingesetzt (Kern 2008: 123). Da die Theorie der Ressourcenmobilisierung weniger die gesellschaftlichen Strukturbedingungen der Protestentstehung als vielmehr die rationale Koordinierung und Mobilisierung sozialer Bewegungen in den Blick nimmt, ist sie eng mit der Organisationssoziologie verwoben. Da es sich bei Organisationen um abgegrenzte und somit analysegeeignete soziale Gebilde handelt, können auch bewegungsinterne Steuerungsprozesse und Dynamiken besser beobachtet werden. Die Untersuchung des Verhältnisses zwischen sozialer Bewegung und seiner Umwelt wird in diesem Ansatz jedoch meist außer Acht gelassen (Hellmann 1999: 103).

Problematisch ist auch die Gleichsetzung sozialer Bewegungen mit ihren Bewegungsorganisationen. Das Charakteristische an sozialen Bewegungen wird erst ersichtlich, wenn eine klare Unterscheidung zwischen institutionellen sowie nichtinstitutionellen sozialen Kollektiven vollzogen wird. Auch Zielformulierungen und Forderungen für gesellschaftliche Veränderungen sind kein Distinktionsmerkmal sozialer Bewegungen, da auch andere kollektive Gebilde wie Gewerkschaften oder politische Parteien dasselbe anstreben. Auch diesbezüglich fehlt eine klare Abgrenzung bzw. Definition dessen, was eine soziale Bewegung im Vergleich zu ähnlich agierenden sozialen Akteuren ausmacht (Ahlemeyer 1989: 178).

#### e) Political Opportunity Structures-Ansatz

Der theoretische Ansatz politischer Gelegenheitsstrukturen hat sich als kritische Reaktion auf die Schwächen des Ressourcenmobilisierungsansatzes herausgebildet. Dabei wird der Fokus auf die Umweltverhältnisse von sozialen Bewegungen gelegt, wobei die Analyse von bewegungsexternen Faktoren eine zentrale Stellung einnimmt. Außerdem führt die vage Definition des Begriffs ‚politische Gelegenheitsstrukturen‘ dazu, dass eine schier unbegrenzte Anzahl an kausalen Einflussfaktoren für die Entstehung von sozialen Bewegungen in Frage kommen können. Dennoch hat sich dieser Ansatz aufgrund seiner Orientierung an der Bewegungsumwelt insbesondere für die Erklärung von Abweichungen hinsichtlich des Mobilisierungspotenzials gleichartiger Protestbewegungen bewährt (Rucht 1994b: 344-345). Die grundlegende These dieses Ansatzes lautet, dass vor allem die politische Umwelt für die Mobilisierungsfähigkeit und die Wirkungsentfaltung sozialer Bewegungen verantwortlich ist. Allerdings muss aufgrund dessen die Untersuchung bewegungsinterner Abläufe und Entscheidungsprozesse sowie der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Protestteilnehmer vernachlässigt werden (Kössler 2014: 113-114).

Beispiele für politische Gelegenheitsstrukturen wären formale Einflussmöglichkeiten in den politischen Entscheidungsprozess oder das Vorhandensein möglicher politischer Koalitionspartner (Kitschelt 1999: 146-147). Da der ‚Political Opportunity Structures‘-Ansatz die Bedingungen des politischen Systems als ausschlaggebend für den Mobilisierungserfolg von Protestbewegungen erachtet, eignet sich dieser vor allem für den internationalen Vergleich (Hellmann 1999: 104). Auch bei diesem Ansatz wird davon ausgegangen, dass Unzufriedenheit eine notwendige Voraussetzung für die Entstehung von Protest darstellt. Anders als im ‚Structural Strains‘-Ansatz wird nicht nach den sozialstrukturellen Ursachen von Deprivation gefragt, sondern nach strukturellen Voraussetzungen für die Umwandlung latenter Unzufriedenheit in manifeste Protesthandlungen (Bonacker/Schmitt 2004: 202).

### 3. Luhmanns Systemtheorie und der Protest

Zusätzlich zu den im vorangegangenen Kapitel präsentierten theoretischen Ansätzen gibt es die systemtheoretische Perspektive auf das Phänomen sozialer Bewegungen. An dieser Stelle muss jedoch angemerkt werden, dass der systemtheoretische Ansatz im Vergleich zu den bereits behandelten eine eher untergeordnete Rolle in der Protest- und Bewegungsforschung spielt. Dies kann unter anderem darauf zurückgeführt werden, dass sich Niklas Luhmann, welcher die von Talcott Parsons begründete soziologische Systemtheorie weiterentwickelt hat, nur am Rande seines Schaffens mit sozialen Bewegungen beschäftigt hat. Somit hat er keine fundierte theoretische Grundlage für die Protest- und Bewegungsforschung vorgelegt, obwohl ein Buch mit dem Titel ‚Protest‘ (1996a) unter der Herausgeberschaft Kai-Uwe Hellmann veröffentlicht wurde. Dabei handelt es sich jedoch lediglich um eine Aufsatzsammlung Luhmanns sowie transkribierte Interviews zwischen Hellmann und Luhmann zum Thema sozialer Bewegungen. Außerdem widmet sich Luhmann in seinem gesellschaftstheoretischen Hauptwerk ‚Die Gesellschaft der Gesellschaft‘ (1998) zumindest in einem Kapitel diesem sozialen Phänomen.

Es gibt eine Reihe an Arbeiten, welche den systemtheoretischen Ansatz für die Protest- und Bewegungsforschung fruchtbar zu machen versuchten. Es muss jedoch festgestellt werden, dass sowohl hinsichtlich der Anzahl an Arbeiten zu diesem Thema als auch in Bezug auf ihre systematische Ausarbeitung im Vergleich zu anderen Forschungsbereichen der Systemtheorie noch erhebliches Entwicklungspotenzial vorliegt. Inwiefern unterscheidet sich der systemtheoretische Ansatz von den alternativen Theorievorschlägen in der Protest- und Bewegungsforschung? Der größte Unterschied kann wohl daran festgemacht werden, dass die Systemtheorie von Selbstreferenz und sinnhaften, systeminternen Beziehungen ausgeht, während die anderen theoretischen Ansätze die Fremdreferenz und vor allem die kausalen Wirkungszusammenhänge in den Fokus ihrer Analysen stellen (Tratschin 2016: 16-21).

In solchen Ansätzen wird – wie bereits erwähnt – danach Ausschau gehalten, welche sozialstrukturellen Bedingungen, welche Diskrepanzen zwischen individuellen Erwartungen und den realen Verhältnissen, welche mobilisierbaren Ressourcen oder welche politischen Gelegenheitsstrukturen für die Entstehung von bzw. Erhaltung von sozialen Bewegungen kausal zugerechnet werden können. Dabei werden auch mögliche alternative Erklärungsfaktoren ausgeschlossen, indem auf reduktionistische Weise etwa *ein* gesellschaftlicher Grundkonflikt, *eine* Emotion wie Unzufriedenheit, *eine* Bewegungsorganisation oder *ein* gesellschaftlicher Teilbereich wie die Politik als Auslöser von sozialen Bewegungen identifiziert wird. Demgegenüber gehen systemtheoretisch orientierte

Überlegungen stets davon aus, dass sich Systeme aufgrund sinnhafter Kommunikationszusammenhänge selbstreferenziell konstituieren. Dies soll aber nicht heißen, dass der Umwelt von Systemen gar keine Bedeutung zukommt, da in der differenztheoretischen Konzeption der Systemtheorie Luhmanns die Unterscheidung von System und Umwelt eine fundamentale Bedingung für die Entstehung und Aufrechterhaltung von Systemen darstellt. Dies bedeutet also gleichzeitig, dass ohne die System-Umwelt-Differenz kein System bestehen kann.

Für den Argumentationsaufbau werden in diesem Kapitel zunächst die für das Verständnis dieser Arbeit erforderlichen Grundbegriffe der Luhmann'schen Systemtheorie ausführlich erörtert. Im Anschluss daran wird der Frage nachgegangen, ob und inwiefern sich bisherige systemtheoretische Zugänge für die Analyse von Protestbewegungen eignen, bevor in Kapitel 4 eine Neukonzeption dieses Ansatzes vorgeschlagen wird.

### **3.1 Die Besonderheit der Systemtheorie und ihrer Grundbegriffe**

Luhmanns Systemtheorie wird innerhalb der soziologischen Disziplin der erkenntnistheoretischen Position des Konstruktivismus zugerechnet, und dies nicht ohne Grund. Wie die Bezeichnung schon andeutet, geht diese Herangehensweise davon aus, dass ein Erkenntnisgegenstand selbst eine Konstruktion darstellt. So sind Begriffe sowie darauf aufbauende Theorien nichts weiter als Konstruktionen durch die Wissenschaft. Dies soll jedoch nicht bedeuten, dass die Wissenschaft davon ausgeht, dass es die reale Wirklichkeit nicht gäbe. Die Wissenschaft muss jedoch mithilfe von Begriffen und Theorien eine solche konstruieren, um überhaupt als Wissenschaft weiterbestehen zu können. Auch das Problem, wie die Wissenschaft sich selbst reflektiert, muss auf konstruktivistische Weise gelöst werden (Luhmann 2009d: 52-53). Auch der von Luhmann formulierte Universalitätsanspruch der Systemtheorie bedeutet aus konstruktivistischer Sicht nur, dass sie zwar die Fähigkeit besitzen sollte, zu sämtlichen sozialen Phänomenen Aussagen tätigen zu können, jedoch nur eines von verschiedenen Theorieangeboten darstellt. Somit wird vor allem die Bedeutung der Kritik innerhalb der Wissenschaft hervorgehoben (Luhmann 2009a: 143).

Luhmann selbst bezeichnet die Systemtheorie als einen deskriptiven Forschungsansatz, welcher gesellschaftliche Vorgänge nur beschreiben kann, anstatt normative Postulate aufzustellen oder die Gesellschaft anhand eines Bezugsgesichtspunkts bzw. eines Grundkonflikts zu erklären versucht. Daher kritisiert er auch die in der Soziologie verbreitete Verwendung eines

normativen Gesellschaftsbegriffs. Bei der Annahme, dass die Gesellschaft auf geteilten Werten und Normen begründet ist, werden sowohl der theoretisch notwendige als auch der empirisch feststellbare Konsens idealisiert. Daher kann es sich beim Normkonsens nicht um das gesellschaftliche Fundament handeln (Luhmann 2009a: 184-185, 2009b: 12-13). Die Systemtheorie schließt also von vornherein aus, normative Aussagen über gesellschaftliche Zusammenhänge treffen zu können, was im soziologischen Diskurs zu teils heftiger Kritik führte. Ein weit verbreiteter Vorwurf lautet außerdem, dass Luhmanns Theorie unzählige Tautologien sowie Paradoxien aufweise. Für Luhmann handelt es sich dabei aber um zwei charakteristische Reflexionsmodi in der soziologischen Disziplin. Entweder wird die These vertreten, dass die Gesellschaft ist, was sie ist, oder eben das, was sie (noch) nicht ist. Nur aufgrund einer tautologischen oder paradoxen Prämisse ist die Soziologie überhaupt fähig, Gesellschaftstheorien zu formulieren. Um anschlussfähige Aussagen über das Soziale tätigen zu können, darf sie jedoch nicht bemerken, dass ihre gesellschaftliche Selbstbeschreibung entweder die Form der Tautologie oder die der Paradoxie aufweisen muss. Im ersten Modus werden eher konservative, im zweiten Modus eher progressive Selbstbeschreibungen angefertigt, die in weiterer Folge zu Ideologien werden können (Luhmann 1996c: 83-85).

Luhmann selbst unterscheidet zwei Varianten theoretischer Anstrengungen. Einerseits gibt es die theoretische Betrachtungsweise, die eine bestimmte soziale Ordnung als die ideale voraussetzt und deren Störungen in den Mittelpunkt der Theoriebildung stellt. Dabei wird es als Problem erachtet, wenn diese Ordnung nicht erreicht wird. Die Frage lautet nicht, wie dieses behauptete Ideal hergestellt werden kann, sondern es wird danach Ausschau gehalten, inwiefern die realen Verhältnisse von diesem abweichen. Andererseits gibt es die theoretische Position – wie jene von Luhmann – welche das Normale oder Alltägliche als unwahrscheinlich erachtet und daher nach den Bedingungen fragt, wie es möglich ist, dass dies trotzdem in einer bemerkenswerten Regelmäßigkeit zu Stande kommt. Die Rekonstruktion beobachtbarer sozialer Phänomene muss vom Unwahrscheinlichen her erfolgen (Luhmann 2009c: 13-15). Klassische Gesellschaftsdiagnosen sind nicht in der Lage, die gesellschaftliche Komplexität einzufangen, da sie darauf fokussiert sind, entweder die fehlende Einsicht bzw. die nicht identifizierbare Gemeinschaft zu beanstanden oder Vorschläge für einen angemessenen Gesellschaftsumbau zu unterbreiten. Bei der Gesellschaft handelt es sich vielmehr um etwas, was sich permanent ereignet, wobei die Systeme immer nur in der Gegenwart operieren können. Daher ist die Gesellschaft als instabiler zu erachten als sie üblicherweise angenommen wird (Nassehi 2015: 156-157). Luhmann hat also völlig andere Vorstellungen im Vergleich zu anderen gesellschaftstheoretischen Angeboten, bei denen er vor allem drei hinderliche

Prämissen ausfindig macht. Die erste Bedingung ist die Ansicht, dass sich die Gesellschaft aus Menschen oder aus den Beziehungen zwischen diesen zusammensetzen würde. Die zweite Prämisse ist die territoriale Differenzierung von Gesellschaften mithilfe etwa des Staats-, Sprach- oder Kulturbegriffs. Und die dritte Voraussetzung liegt in der erkenntnistheoretischen Subjekt-Objekt-Differenzierung. Luhmann plädiert dafür, die Gesellschaftstheorie selbstreflexiv in die Gesellschaftstheorie zu integrieren (Luhmann 2019a: 35).

Neben vielen anderen Vertretern der soziologischen Disziplin hat auch Talcott Parsons, der Begründer der soziologischen Systemtheorie, die soziale Ordnung anhand normativer Gesichtspunkte zu erklären versucht. Er begründet seine systemtheoretische Gesellschaftsanalyse auf geteilten symbolischen Werten, was ein weiteres Beispiel zur üblichen normativen Orientierung klassischer Sozialtheorien darstellt (Luhmann 1998: 316). Dennoch hat Parsons die bis dahin einzige systematisch ausgearbeitete soziologische Theorie formuliert. Jedoch sieht Parsons mit seiner auf dem Handlungsbegriff begründeten Systemtheorie auch nicht, dass die Definition einer Handlung bereits eine Handlung darstellt. Die Perspektive von Parsons kommt in seiner Theorie also nicht noch einmal vor (Luhmann 1998: 21) Es handelt sich dabei wieder um den bereits erwähnten blinden Fleck der gängigen soziologischen Theorien, indem eine künstliche Beobachterposition eingenommen wird, die außerhalb der Gesellschaft liegt. Im Vergleich zum systemtheoretischen Ansatz von Talcott Parsons setzt Luhmann auch keine vorgegebene Struktur voraus, welche nur aufrechterhalten werden kann, wenn bestimmte Funktionsleistungen erfüllt werden. Bei Parsons' Systemtheorie handelt es sich um einen strukturfunktionalistischen Zugang, wobei der Funktionsbegriff auf eine systeminterne Komponente reduziert wird, als ein Verhältnis der Teile zu einem Ganzen. Bei Luhmanns funktional-struktureller Systemtheorie fehlt diese umfassende Systemstruktur als Referenzgröße für Funktionen (Luhmann 2009a: 144-145).

Eine Struktur bzw. ein System bildet sich bei Luhmann aufgrund einer Funktion aus, wohingegen sich die Funktionen in der Konzeption von Parsons aufgrund einer übergeordneten Gesamtstruktur ausbilden. Luhmanns Ansatz kann insofern als dynamischer bezeichnet werden, als die Reproduktion eines Systems stets operativ erfolgt sowie keine Festlegung auf eine begrenzte Anzahl von Funktionssystemen vorgenommen wird. In der Systemtheorie Luhmanns können sich immer wieder neue Systeme herausbilden, aber auch wieder verschwinden. Die früheren Definitionen des Systembegriffs – auch jene von Parsons – gründen also auf dem Gedanken, dass es Beziehungen zwischen dem Ganzen und seinen Teilen gibt. Luhmann möchte jedoch mit der Umstellung auf die System-Umwelt-Unterscheidung das

Verhältnis des Systems zu seiner Umwelt als grundlegend für die Konstitution und Identität eines Systems betrachten (Luhmann 2018: 70-71). Differenzierung bedeutet in diesem Sinne eben nicht die Teilung des Ganzen in Teilsysteme, sondern die Konstruktion differenzierter Umwelten durch die Systeme selbst. So ist es möglich, dass sich Teilsysteme von anders strukturierten Umwelten unterscheiden und eine eigene Identität konstruieren können. Für die Systemerhaltung müssen die Teilsysteme zwar zur Lösung der Probleme des Gesamtsystems beitragen, gleichzeitig aber als eine mögliche Umwelt anderer Teilsysteme fungieren können. Daher ist die Kompatibilität der Teilsysteme mit dem Gesamtsystem eine notwendige Voraussetzung für die Reproduzierbarkeit des Systems (Luhmann 2018: 683).

Welche Konsequenzen ergeben sich nun aus der Kritik Luhmanns an den klassischen Analysemethoden für seine eigenen gesellschaftstheoretischen Überlegungen? Woraus soll die Gesellschaft sonst bestehen, wenn nicht aus Menschen, Subjekten, Akteuren, Individuen, Handlungen oder Praktiken? Wieso ist die territoriale Differenzierung des Sozialen, was in den verschiedensten sozialwissenschaftlichen Disziplinen angewandt wird, hinderlich für gesellschaftstheoretische Beschreibungen? Und wodurch soll die erkenntnistheoretische Subjekt-Objekt-Unterscheidung abgelöst werden? An dieser Stelle sei erwähnt, dass eine Besonderheit der Systemtheorie Luhmanns im Vergleich zu anderen soziologischen Theorien darin besteht, dass die Kommunikation als der grundlegende Operationsmodus der Gesellschaft definiert wird. Demzufolge können soziale Systeme nur durch Kommunikation konstituiert und aufrechterhalten werden. Dies wird weiter unten ausführlicher behandelt.

Im Folgenden werde ich auf jene Begriffe, welche für die Konstruktion einer systemtheoretischen Beschreibung des Sozialen relevant sind, näher eingehen.

### **3.1.1 System/Umwelt**

Hinsichtlich der Ontologie von Systemen betont Luhmann in konstruktivistischer Manier, dass bestimmte Merkmale von Forschungsgegenständen die Verwendung des Systembegriffs rechtfertigen. Demnach handelt es sich stets um Systeme, wenn aufgrund des Fehlens bestimmter Merkmale die Bezeichnung eines Gegenstandes als System zweifelhaft werden würde (Luhmann 1991: 15-16). An der klassischen soziologischen Herangehensweise kritisiert Luhmann, dass sie prinzipiell eine Subjekt-Objekt-Differenz vornimmt. Dabei wird die Tatsache außer Acht gelassen, dass die Setzung bzw. Benennung von Subjekten und Objekten des Sozialen nur als Konstruktion seitens der Wissenschaft überhaupt in die Welt kommt

(Luhmann 1998: 17-18). Das bedeutet also, dass die soziologische Disziplin bzw. die Wissenschaft im Allgemeinen so tun muss, als ob sie die Identifizierung eines Erkenntnisgegenstands im Sinne eines Objektes von einer Außenperspektive aus vollziehen könnte. Dies macht es theoriologisch unmöglich, dass die soziologische Disziplin als Teil des Wissenschaftsbereichs sich selbst beobachten bzw. reflexive Aussagen tätigen kann. Diese am naturwissenschaftlichen Zugang orientierte Perspektive hat es demnach stets mit einem blinden Fleck zu tun, den sie nicht berücksichtigen kann. Mit einer konstruktivistischen Herangehensweise, wie sie Luhmann bevorzugt, wird es auf selbstreflexive Weise möglich, etwa die Formulierung einer Gesellschaftstheorie als eine Disziplin neben anderen im wissenschaftlichen Subsystem ‚Soziologie‘ zu betrachten (Luhmann 2009a: 193).

Worin unterscheidet sich jedoch Luhmanns konstruktivistischer Systembegriff von jenen des Erkenntnisobjekts bzw. -objekts? Die fundamentale Veränderung hinsichtlich der soziologischen Beobachtung gesellschaftlicher Phänomene seitens Luhmann liegt darin, zunächst einmal von einer differenztheoretischen Unterscheidung von System und Umwelt auszugehen. Dabei wird stets betont, dass der Fokus der Analyse nicht auf die Betrachtung des Systems, sondern auf die Beziehung zwischen dem jeweiligen System und seiner Umwelt gelegt werden soll. Dies bedeutet, dass ein soziales System nur in Wechselwirkung mit einer von ihm unterschiedenen Umwelt überhaupt existieren kann. Die jeweilige Systemumwelt ist demnach auch ausschlaggebend für die Operationsweise des Systems. Alle gesellschaftlich beobachtbaren Phänomene orientieren sich letztlich am Operationsmodus eines sozialen Systems und fungieren gleichzeitig als Umwelt anderer Systeme (Luhmann 1991: 242-243). Mit der System-Umwelt-Differenz soll außerdem die alteuropäische Unterscheidung von Transzendenz und Empirie überwunden werden (Luhmann 2009d: 34). Auch die Orientierung der philosophischen sowie sozialwissenschaftlichen Theoriebildung am Vernunftbegriff kritisiert Luhmann als realitätsfern und plädiert für die Suche nach alternativen Erklärungen der Funktionsweise des Gesellschaftlichen (Luhmann 1996c: 82-83).

Der Objekt- sowie der Vernunftbegriff sollen also der Vergangenheit soziologischer Analysen angehören und von der System-Umwelt-Unterscheidung abgelöst werden. Luhmann bezieht sich dabei explizit auf den Formbegriff des Mathematikers George Spencer Brown in seinem Hauptwerk ‚Laws of Form‘ (1971). Formen sind demnach mitnichten als objekthafte Figuren oder dergleichen zu verstehen, sondern schlicht als eine Markierung bzw. Setzung einer Differenz. Dies bedeutet, dass es sich hierbei um eine binäre Gliederung handelt, wobei die Form jeweils nur aus einer Innen- und einer Außenseite besteht. Um die Unterscheidung

durchzuführen, muss also stets eine Seite dieser Form bezeichnet werden, um anschlussfähige Operationen auslösen zu können. Gleichzeitig ist mit dem binär strukturierten Formbegriff sichergestellt, dass die eine Seite ohne die andere gar nicht existieren könnte (Luhmann 1998: 60-61). Dieses Formkalkül von Spencer Brown überträgt Luhmann auf seine System-Umwelt-Unterscheidung, wobei das System die Innenseite und die Systemumwelt die Außenseite einer Form darstellen soll. Beide Seiten sind aber notwendig, um die Unterscheidung durchführen zu können. Beim System handelt es sich auch nicht um die relevantere Seite der Form, da nur die Reziprozität zwischen System und Umwelt zu einer Systembildung führen kann. Noch komplizierter wird dieses Formprinzip, wenn die Grenze zwischen System und Umwelt als Einheit der Form interpretiert werden soll, demzufolge das System selbst als die Unterscheidung ebendieses Systems von seiner Umwelt definiert wird (Luhmann 2019a: 36-37). Luhmann führt zur Beschreibung dessen den Begriff der ‚Beobachtung‘ ein, was nichts anderes besagt als die Anwendung einer Unterscheidung durch das System (Luhmann 1991: 63).

Die systemintern permanent reproduzierte Identifikation von System und Umwelt nennt er den ‚Beobachter erster Ordnung‘. Die Bedingung für den ‚Beobachter zweiter Ordnung‘ ist es, dass sich das System selbst beim Beobachten beobachtet. Dies bedeutet, dass das System selbst erkennen muss, dass es sich bei der Unterscheidung von Selbstreferenz und Fremdreferenz wiederum um eine Unterscheidung handelt und es daher eigener Operationen bedarf. Diese Einsicht führt dazu, die Welt als Konstruktion zu betrachten, da ohne Unterscheidungen nichts zu erkennen wäre (Luhmann 2019a: 47-48). Luhmann selbst verwendet für die Definition der System-Umwelt-Einheit den Begriff der ‚Welt‘. Die Unterscheidung der drei Momente ‚Welt‘, ‚System‘ und ‚Umwelt‘ erfolgt mit dem Begriff der ‚Komplexität‘. Die Relation zwischen einem System zur Welt kann als eine Selektionsleistung des Systems aus der grenzenlosen Weltkomplexität interpretiert werden. Dabei ist die Selektions- bzw. Operationsweise für die Ausdifferenzierung unterschiedlicher Systeme verantwortlich. Der Umweltbegriff soll verdeutlichen, dass jedes System eine systemspezifische Umwelt hat und daher nicht mit jeder Umwelt kombinierbar ist. Logischerweise besitzen demnach sowohl die Welt (als die Einheit von System und Umwelt) als auch die Umwelt eines Systems stets eine höhere Komplexität als ein System (Luhmann 2009a: 181).

Die Beziehung zwischen einem System und seiner Umwelt wird folglich als eine Unterscheidung hinsichtlich der Komplexität betrachtet. Aus dieser Perspektive wird es möglich, Systeme unter dem Gesichtspunkt zu beobachten, für welche spezifischen

gesellschaftlichen Probleme sie eine Lösung darstellen sollen. Es handelt sich hierbei um die sogenannte ‚funktionalistische‘ Analyse­methode, da sie von der Annahme ausgeht, dass Systeme gesellschaftliche Funktionen erfüllen. Operationen, welche sich innerhalb eines Systems abspielen, können wiederum als Selektionen spezifischer Informationen betrachtet werden. Die systeminternen Strukturen und Prozesse sind dafür da, stets für die Bereitstellung alternativer Selektionsmöglichkeiten zu sorgen, um auf die sich ständig verändernden Umwelt­ereignisse adäquat reagieren zu können. Mit dem Begriff ‚funktionale Äquivalente‘ wird verdeutlicht, dass stets verschiedene Lösungsalternativen in Bezug auf ein zu lösendes Problem möglich sind (Luhmann 2018: 79-80).

Im Gegensatz zu anderen theoretischen Ansätzen wird nicht gefragt, welche bestimmten ursächlichen Aspekte ausschlaggebend für eine bestimmte Wirkung sind, sondern es wird möglich, stets mehrere Möglichkeiten in Betracht zu ziehen, welche zu einem sozialen Phänomen führen können. Im sozialwissenschaftlichen Bereich können kausale Zusammenhänge, wie sie in der naturwissenschaftlichen Forschung formuliert werden, nicht wirklich auf­findig gemacht werden. Daher möchte Luhmann mit seinem funktionalistischen Zugang diese klassische Sichtweise dadurch ersetzen, indem man nach Problemen fragt, die ein System lösen muss, um seinen Fortbestand zu gewährleisten (Luhmann 2009a: 41). Da das System selbst eine geringere Komplexität aufweist als seine Umwelt, erfolgt eine Selektion einer für das System relevanten Umwelt, indem diese auf ein systemkompatibles Komplexitätsniveau gebracht wird (Luhmann 2009b: 34). Aufgrund der im Verhältnis zur Umwelt reduzierten Systemkomplexität kann es logischerweise nur ein begrenztes Spektrum an operativen Anschlussmöglichkeiten innerhalb eines Systems geben. Die Entscheidung darüber, was überhaupt als systemimmanent bzw. systemfremd gelten soll, wird durch das System selbst ausgeführt. Somit entsteht die bereits erwähnte Systemgrenze, indem eine Innenseite von einer Außenseite unterschieden wird (Luhmann 2018: 68-69).

Systeminterne Strukturen und Prozesse, welche für den soziologischen Beobachter wahrnehmbar sind, können nur über deren Beziehung zu einer systemexternen Umwelt sowie hinsichtlich ihrer Problemlösungskompetenz begreifbar gemacht werden. Dies bedeutet zugleich, dass das jeweilige Umweltverhältnis über die basalen Elemente innerhalb eines Systems und deren Beziehungen zueinander entscheidet (Luhmann 2009b: 243) Bei der System-Umwelt-Unterscheidung handelt es sich um einen repetitiven Vorgang systemspezifischer Operationen. Diese Unterscheidung kann sich auch innerhalb von Systemen reproduzieren, indem das unterschiedene Gesamtsystem wiederum als interne Umwelt eines

neu entstandenen Subsystems betrachtet wird. Dies geschieht – wie bei der ‚herkömmlichen‘ System-Umwelt-Unterscheidung – als Komplexitätsreduktion im Verhältnis zur Systemumwelt. Da jedes Verhältnis zwischen Subsystem und seiner jeweiligen Umwelt aus einer spezifischen Perspektive erfolgt, kann bei der Systemunterscheidung paradoxerweise sowohl von Komplexitätsreduktion (der Subsysteme selbst) als auch von Komplexitätssteigerung (des Gesamtsystems) gesprochen werden (Luhmann 1991: 37-38). Das heißt also, dass die Weltkomplexität durch die Komplexitätsreduktion in Form der jeweiligen Systemoperationen überhaupt erst ausgebildet wird. Bei der Komplexitätsreduktion handelt es sich um einen Vorgang, bei dem ein System aus einem kontingenten Spektrum möglicher Anschlüsse Selektionen vornehmen muss (Luhmann 1991: 47).

Die systemtheoretische Analysemethode muss demzufolge die Umwelt von Systemen mitberücksichtigen, wenn sie ihren Konstitutionsvorgang und ihre Aufrechterhaltung verstehen möchte (Luhmann 2009a: 50). Der für die Systemtheorie von Luhmann charakteristische Begriff der ‚Selbstreferenz‘ besagt, dass sämtliche Systemoperationen nur mithilfe ihrer selektierten Elemente möglich sind. Dabei orientiert sich das System an seiner System-Umwelt-Unterscheidung und produziert gleichzeitig systemspezifische Informationen (Luhmann 1991: 25). Die Selbstreferenz verhindert zudem, dass keine systemintern ausgeführte Operation nochmals außerhalb der Systemgrenzen vorkommen kann. Diese Theorieentscheidung führt folglich dazu, dass Operationen eines bestimmten Systems niemals direkt mit seiner Umwelt in Verbindung gebracht werden können (Luhmann 2009d: 36-37). Da die Systemtheorie die Selbstreferenzialität von Systemen für ihre Konstitution und Fortbestand hervorhebt, kann der Kausalitätsbegriff nur sehr vorsichtig angewandt werden. Kausalitäten werden in der Systemtheorie zwar nicht negiert, jedoch ist sie darauf bedacht, den in der Soziologie häufig begangenen Reduktionismus in Form der Bestimmung einer benennbaren Ursache für ein gesellschaftliches Phänomen zu vermeiden. Beispiele dafür wären die sozialen Produktionsverhältnisse, psychologische Begriffe wie der Kampftrieb, klimatische Faktoren oder biologische Selektionsprozesse. Im Vergleich zu den simplifizierenden Erklärungsbegriffen weist der systemtheoretische Zugang ein viel größeres Potenzial für komplexe soziale Zusammenhänge auf. So können soziale Einheiten wie etwa Familien, Vereine, Kirchen oder Staaten als komplexe Systeme betrachtet werden, welche für ihren Fortbestand gesellschaftliche Probleme lösen müssen (Luhmann 2009a: 88-89).

Luhmann unterscheidet vier Systeme, die keine übergeordnete Systemeinheit aufweisen, nämlich Maschinen, lebende Systeme bzw. Organismen, psychische Systeme und soziale

Systeme. Somit unterscheidet sich diese Einteilung von soziologischen Theorien, bei welchen der Mensch als einheitliche Kategorie behandelt wird. Bei Menschen handelt es sich also nicht um Systeme. (Luhmann 1991: 67-68). In klassischen soziologischen Überlegungen wurde die Gesellschaft als eine umfassende Totalität interpretiert oder es wurde versucht, sie anhand einzelner Teilbereiche wie etwa der Politik oder der Wirtschaft zu definieren. Im Vergleich dazu betrachtet die Systemtheorie die Gesellschaft als ein System neben anderen (Luhmann 2009a: 180-181). Also handelt es sich bei der Gesellschaft um einen spezifischen Systemtyp, der innerhalb sozialer Systeme angesiedelt und deren Operationsmodus die Kommunikation ist. Zentral für die funktionalistische Perspektive der Systemtheorie Luhmanns ist daher die Frage, für welches gesellschaftliche Problem ein bestimmtes soziales System eine Lösung darstellt.

### **3.1.2 Kommunikation**

Luhmann definiert die Kommunikation als die elementare Einheit bzw. als die Operationsweise, mit der sich die Gesellschaft permanent als System erhält und seinen Fortbestand sichert. Bei der Umstellung vom Subjekt- oder Handlungsbegriff auf den Systembegriff, welcher wiederum auf Kommunikation begründet ist, handelt es sich um eine bis dahin völlig innovative Idee in der soziologischen Theoriebildung. Denn nur mit dem Kommunikationsbegriff wird das soziale System als mit einer spezifischen Funktionsweise ausgestatteten sowie operativ geschlossenen Struktur überhaupt vorstellbar. Und nur auf diese Weise wird es möglich, die Gesellschaft als ein selbstreferenzielles und selbstproduzierendes System zu begreifen (Luhmann 2019a: 38). Die Gesellschaft ist demzufolge als ein kommunikativ geschlossenes System aufzufassen, wobei nur die Operationsweise der Kommunikation an weitere Kommunikationen anschließen kann. Die Reproduktion des Systems ‚Gesellschaft‘ beruht also auf der permanenten Abfolge von kommunikativen Ereignissen. Die dabei beobachtbare Dynamik ist auf die in der jeweiligen Gegenwart aktualisierten, kommunikativ geäußerten Unterscheidungen und Bezeichnungen zurückzuführen. Die Gesellschaft kann als Kommunikationssystem nur in sich selbst kommunizieren, es kann also keine Kommunikation in der Umwelt dieses Systems stattfinden. Das Systemmerkmal ist das operative Prozessieren von Kommunikationen (Luhmann 1998: 95-96).

Luhmann betrachtet jedoch die Kommunikation als ein höchst unwahrscheinliches Ereignis und fragt sich daher, wie sie zustande kommt. In funktionalistischer Manier wird Kommunikation nicht als ein Phänomen, sondern als ein Problem aufgefasst. Dabei nennt er drei Probleme,

welche die Kommunikation lösen muss, damit sie sich ereignen kann. Beim ersten Problem handelt es sich um die Unwahrscheinlichkeit, dass kommunizierte Inhalte überhaupt als sinnvoll verstanden werden können. Das zweite Problem ist die Unwahrscheinlichkeit des Erreichens von Empfängern kommunikativer Äußerungen aufgrund raumzeitlicher Hindernisse. Das dritte Problem betrifft den Erfolg der Kommunikation. Denn auch im Falle dessen, dass eine Kommunikation verstanden wird, ist noch nicht gesichert, dass der Empfänger einem selektiven Kommunikationsinhalt zustimmt (Luhmann 2009c: 30-31). Im Unterschied zu anderen kommunikationstheoretischen Ansätzen oder zum umgangssprachlichen Verständnis des Kommunikationsbegriffs, bei denen lediglich von einer Informationsübertragung von Ego zu Alter ausgegangen wird, entwickelt Luhmann eine Alternative zum einfachen Sender-Empfänger-Modell. Er definiert eine Kommunikationseinheit als einen dreiteiligen Operationsprozess, welcher aus den Komponenten ‚Information‘, ‚Mitteilung‘ sowie ‚Verstehen‘ besteht. Es kann sich daher erst um Kommunikation handeln, wenn diese drei Aspekte erfüllt sind. Der Aspekt des Verstehens spielt dabei die entscheidende Rolle für die Annahme oder Ablehnung des angebotenen Sinns der Kommunikation. Bei jedem kommunikativen Ereignis muss es notwendiger Weise zur Entscheidung kommen, ob der Weg der Zustimmung oder der Weg der Ablehnung eingeschlagen wird (Luhmann 2019a: 39-40).

Mit Luhmanns differenztheoretischem Ansatz können soziale Systeme von psychischen Systemen als deren Umwelt unterschieden werden, welche nicht auf Basis von Kommunikationen, sondern mit Gedanken operieren. Dies bedeutet zugleich, dass soziale Systeme keinen direkten Einfluss auf psychische Systeme haben können und umgekehrt. Aufgrund dieser Herangehensweise werden außerdem das ‚psychische‘ und das ‚soziale‘ Verstehen voneinander unterschieden. Das psychische Verstehen wird dabei im Bewusstseins- bzw. im psychischen System verortet, welches sich in der Umwelt sozialer Systeme befindet. Beim sozialen Verstehen handelt es sich um das kommunikativ geäußerte Verstehen, welches nur im sozialen System stattfinden kann. Jedoch dürfen sowohl das psychische als auch das soziale Verstehen nicht bloß als die Wahrnehmung der Differenz zwischen Information und Mitteilung betrachtet werden, was Luhmann als das ‚operative Differenz-Verstehen‘ bezeichnet, sondern muss theoretisch mit dem Universalmedium ‚Sinn‘ (die detaillierte Beschreibung folgt weiter unten) verknüpft werden. Die Annahme dieses kommunikationstheoretischen Konzepts ist folgende: Wenn die Bedeutung des Inhalts einer mitgeteilten Information vom psychischen System verstanden wird, führt dies zu einer Zustandsveränderung desselben. Für Luhmann handelt es sich beim Sinn-Verstehen zunächst

um einen psychischen Vorgang. Theoriearchitektonisch bleibt diese Konzeption vage, da ja davon ausgegangen wird, dass sowohl psychische als auch soziale Systeme selbstreferenziell und selbstherstellend operieren. Die systemtheoretische Argumentation scheint an dieser Stelle an ihre Grenzen zu stoßen, da das Problem entsteht, dass sie über die Beschreibung sozialer Systeme, also Kommunikationen, hinausgehen möchte, wofür sie jedoch nicht konzipiert ist. Dieses Problem löst Luhmann, indem er die Komponente des Verstehens nicht nur auf psychische, sondern auch auf soziale Systeme bezieht. Hierbei unterscheidet Luhmann wiederum das bereits erwähnte ‚operative Differenz-Verstehen‘ vom sozialen ‚Sinn-Verstehen‘. Demzufolge manifestiert sich das sozial-operative Differenz-Verstehen einfach in Form einer Anschlusskommunikation, also dem Fortsetzen der sozialen Operation ‚Kommunikation‘. Das soziale Sinn-Verstehen zeigt sich daran, ob ein Kommunikationsangebot im Medium ‚Sinn‘ inhaltlich angenommen oder abgelehnt wird. Es handelt sich um ein binäres Reaktionsschema auf ein Sinnangebot mit einem ‚Ja‘ oder einem ‚Nein‘. Dabei geht es auch stets darum, ob der weitere Kommunikationsverlauf eben auf Basis von Konsens oder Dissens erfolgt. Das soziale Sinnverstehen manifestiert sich also nicht nur in der inhaltlichen Zustimmung, sondern auch in der Ablehnung einer mitgeteilten Sinnofferte. Dies drückt sich beispielsweise in Form von Konflikten, Meinungsverschiedenheiten, Streitgesprächen und kritischen Stellungnahmen aus (Thye 2013: 39-50).

Luhmann teilt den Sinnbegriff in drei Dimensionen ein, nämlich in die sachliche, die soziale und die zeitliche. Die Sachdimension konstituiert sich über die Unterscheidung von Kommunikationsthemen, die Sozialdimension über die Perspektivendifferenzierung von Ego und Alter und die Zeitdimension über die Vorher-Nachher-Unterscheidung (Luhmann 1991: 114-119). Die Entstehung und Aufrechterhaltung sämtlicher Kommunikationssysteme können nur mithilfe einer weiteren Unterscheidung, und zwar jener von Medium und Form, erfolgen. Diese Form der Differenzierung soll den für die Systemtheorie fragwürdigen kausaltheorietischen Begriff der ‚Übertragung‘ ersetzen und geht außerdem davon aus, dass nicht jedes Element der Kommunikation mit jedem beliebigen in Beziehung gesetzt werden kann (Luhmann 1998: 195-196).

### **3.1.3 Medien**

Luhmann zufolge sind psychische und soziale Systeme koevolutiv entstanden, wobei jede der Systemarten als notwendige Umwelt der jeweils anderen fungiert. Die Konstitution psychischer Systeme erfolgt dabei auf Basis selbstreferenzieller Operationen von Bewusstsein bzw.

Gedanken und jene sozialer Systeme aufgrund selbstreferenzieller Operationen von Kommunikation. Gemeinsam ist den beiden Systemarten, dass ihre Operationen auf das im Zuge der Evolution entstandene Medium ‚Sinn‘ angewiesen sind (Luhmann 1991: 92). Für psychische und soziale Systeme gibt es nur die Möglichkeit, ihre selbstreferenziellen Operationen und damit ihre Komplexitätsverarbeitung auf der Grundlage von ‚Sinn‘ durchzuführen. Somit ist auch die Umwelt sowohl psychischer als auch sozialer Systeme nur in Form von sinnhaften Bezügen gegeben, wobei die Systemgrenzen gleichzeitig als Sinn Grenzen zu betrachten sind (Luhmann 1991: 95). Aus diesem Grund wird ‚Sinn‘ als Universalmedium definiert. ‚Sinn‘ ist jedoch insofern als ein Medium aufzufassen, als es ihn lediglich als Sinn der ihn beanspruchenden Operationen gibt und auch nur in dem Moment, indem er durch die Operationen benutzt wird. Demzufolge ergibt sich der Sinn erst im Zuge der Systemoperationen, welche auf ihn zurückgreifen. Es gibt daher keinen Sinn außerhalb von tatsächlich ablaufenden Bewusstseins- oder Kommunikationsprozessen, etwa in Form eines transzendentalen Konstrukts. Funktionalistisch betrachtet dient das Universalmedium ‚Sinn‘ der Einschränkung von Anschlussmöglichkeiten psychischer und sozialer Systemprozesse (Luhmann 1998: 44). Sinn bedeutet Luhmann zufolge nichts anderes als die permanente Aktualisierung von Möglichkeiten. Das heißt, dass der konstitutive Gesichtspunkt dieses Mediums die Unterscheidung von Aktualität und Potenzialität ist. Jede Aktualisierung enthält jedoch stets Verweisungen auf andere anschließbare Möglichkeiten und somit kann auch jedem Ereignis potenziell Sinn zugesprochen werden (Luhmann 1991: 100-101).

Die ‚Sprache‘ bestimmt Luhmann als das wichtigste Medium, welches Kommunikation – als Einheit von ‚Information‘, ‚Mitteilung‘ und ‚Verstehen‘ – von einer unwahrscheinlichen zu einer wahrscheinlichen Operation macht. Durch den Einsatz von ‚Verbreitungsmedien‘ wie die Schrift – als raumzeitlich ausdehnbare sowie visuell wahrnehmbare Version der Lautsprache – bleibt Kommunikation nicht auf der Ebene von Interaktionen unter Anwesenden beschränkt und erhöht so ihre Erreichbarkeit. Technische Träger wie der Schriftdruck, der Rundfunk oder das Internet können die Erreichbarkeit sprachlich vermittelter Kommunikationsinhalte akustisch und optisch noch weiter erhöhen. Sogenannte ‚Erfolgsmedien‘ dienen dazu, dass eine Kommunikationsofferte angenommen und nicht abgelehnt wird. Diese werden auch als ‚symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien‘ bezeichnet, welche evolutiv entstanden sind, um die Anschlussfähigkeit von Kommunikation zu erhöhen sowie deren Fortbestand zu sichern. Beispiele für solche Erfolgsmedien sind Wahrheit, Liebe, Geld oder Macht, welche aber nur in spezifischen Funktionssystemen oder Interaktionen eingesetzt werden können. (Thye 2013: 57-58). Verbreitungsmedien sowie Erfolgsmedien dienen also dazu, die

Wahrscheinlichkeit einer positiven Anschlusskommunikation zu erhöhen, da jegliche Kommunikation auch stets abgelehnt werden kann. Luhmann plädiert dafür, für die Beschreibung der sozio-kulturellen Evolution auf den System- sowie Kommunikationsbegriff zurückzugreifen. In Anlehnung an die biologische Evolutionstheorie basiert der Evolutionsprozess auf den Mechanismen Variation, Selektion und Stabilisierung. Die Variationsfähigkeit von Kommunikation ist dadurch garantiert, dass das Medium ‚Sprache‘ die Möglichkeit bietet, eine Kommunikationsofferte abzulehnen. Da der Mechanismus evolutionärer Selektion der kommunikative Erfolg ist, bilden sich zu diesem Zweck symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien bzw. Erfolgsmedien heraus, welche Regeln dafür bereitstellen. Der Mechanismus der Stabilisierung von Kommunikation wird durch die Systembildung gewährleistet (Luhmann 2009b: 249-250).

Die Kontingenz ist demnach der Ausgangspunkt jeglicher kommunikativ ausführbaren Operation. Auf jede Kommunikationsofferte seitens des Senders kann vonseiten des Empfängers positiv (in Form einer Anschlusskommunikation) oder negativ (in Form der Ablehnung weiterer Kommunikation) reagiert werden. Die positive Selektion bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass dem Kommunikationsinhalt auch zugestimmt wird, sondern lediglich, dass auf die Kommunikationsofferte eine Anschlusskommunikation folgt. Demzufolge lassen sich auch inhaltlich ablehnende Anschlusskommunikationen unter positiver Selektion subsumieren (Thye 2013: 49-51). Da die systeminterne Komplexität mit jeder Selektion zunimmt, wird eine Stabilisierung bzw. die Begrenzung des Selektionsspektrums eines Systems notwendig, wobei den Kommunikationsmedien eine entscheidende Rolle zukommt (Thye 2013: 22). Auch die symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien werden auf funktionalistische Weise beschrieben, nämlich indem sie als Lösung des Problems der Unwahrscheinlichkeit von Kommunikation betrachtet werden. Aufgrund der Ja/Nein-Struktur der Sprache besteht ihre Funktion darin, die Annahme einer Kommunikationsofferte vor allem in jenen Situationen erwartbar zu machen, in denen die Ablehnung wahrscheinlich ist. Die Erfindung der Schrift war der Auslöser dieser Erfolgsmedien, da schriftliche Kommunikation die Wahrscheinlichkeit ihrer Ablehnung erheblich erhöht. Die binär strukturierte Codierung der Sprache bietet sowohl im Falle der Annahme als auch im Falle der Ablehnung eines kommunikativ vermittelten Sinnvorschlages Anschlussmöglichkeiten. Die Wahrscheinlichkeit ihrer Wiederholung ist jedoch bei zustimmenden Anschlusskommunikationen ungleich höher (Luhmann 1998: 316-317).

Die drei ‚Kommunikationsmedien‘ erfüllen also verschiedene Funktionen. Das Medium der Sprache dient dazu, dass die von Senderseite mitgeteilte Information von Empfängerseite verstanden wird, d.h. eine Kommunikation stattfindet. Die Verbreitungsmedien in Form der Schrift und technischer Kommunikationsträger sind dazu in der Lage, Kommunikation speicherbar zu machen sowie die Erreichbarkeit von Kommunikation zu erhöhen. Und die ‚symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien‘ bzw. ‚Erfolgsmedien‘ verringern die Gefahr der Ablehnung einer Kommunikationsofferte und erhöhen gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit einer Anschlusskommunikation.

### **3.1.4 Autopoiesis und strukturelle Kopplung**

Die Biologen Humberto R. Maturana und Francisco Varela (1980; 1991) haben für die Selbstreferenz von organischen Systemen den Begriff ‚Autopoiesis‘ vorgeschlagen, den Luhmann auf psychische, aber vor allem auf soziale Systeme übertrug. Die These lautet dabei, dass selbstreferenzielle Systeme nur in Form des Selbstkontakts operieren können und sie daher keine andere Form für Umweltbeziehungen besitzen. Dies soll jedoch nicht bedeuten, dass jene Art von Operationen, mit denen ein System die permanente Selbstreproduktion abwickelt, nur durch ein einziges System durchgeführt werden können. Es gibt beispielsweise unzählige organische Systeme und auch in der Umwelt von psychischen Systemen gibt es andere psychische Systeme, wobei die operative Reproduktion im jeweiligen Einzelsystem stattfindet. Es ist also nicht möglich, dass der Reproduktionsprozess eines Systems in den anderer Systeme eingreift. Bei der Gesellschaft handelt es sich aber um eine Systemart, welche es außerhalb von ihr nicht noch einmal gibt. Nur die Gesellschaft konstituiert sich mit der Operationsweise von Kommunikation und ist daher zwangsläufig ein geschlossenes System. Andere soziale Systeme, welche allesamt als Subsysteme des Systems ‚Gesellschaft‘ fungieren, müssen jedoch ihre spezifische Operationsweise bestimmen, um ihre Reproduktion zu sichern (Luhmann 1991: 59-61). Das Konzept der Autopoiesis besagt, dass ein System nur selbstproduzierte Informationen verarbeiten kann. Dies erfolgt in Form von systemintern produzierten Selektionen aus einem systemintern produzierten Spektrum an Unterscheidungsmöglichkeiten (Luhmann 2019b: 22).

Die systeminterne und -spezifische Operationsweise und Strukturbildung sorgen jedoch nicht für die bessere Umweltanpassung des jeweiligen Systems, sondern ausschließlich für die Fortführung der Autopoiesis des Systems. So wird es möglich, dass das System die interne Komplexität steigert sowie seinen Umgang mit Irritationen aus der Umwelt verbessert. Auch

Umweltirritationen sorgen nicht für die Anpassung des Systems an seine Umwelt, sondern vielmehr für die Herstellung von systemspezifischen Problemen, die nach Problemlösungen im Sinne einer Selbstanpassung des Systems verlangen (Luhmann 2006: 74-75). Mit dem Begriff der ‚strukturellen Kopplung‘ wird es möglich, Umweltereignisse mit dem Autopoiesis-Konzept in Einklang zu bringen. Die Operationen eines Systems können nicht von der Umwelt aus gesteuert werden, jedoch können sie von dort aus gestört bzw. irritiert werden. Dies geschieht nur im Falle dessen, dass beobachtete Umweltereignisse als systeminterne Information betrachtet werden, welche nur innerhalb der Systemgrenzen als Information gelten können. Im Laufe der Ausdifferenzierung autopoietischer Systeme kommt es zur Entstehung spezifischer struktureller Kopplungen. So wird es möglich, dass bestimmte Umwelteinflüsse, wie beispielsweise diejenige des psychischen Systems auf das soziale System, gesteigert werden können (Luhmann 2019b: 23-24).

Auch bei der ‚strukturellen Kopplung‘ handelt es sich um einen Begriff von Maturana (1985), den er für die biologische Disziplin formulierte. Mit diesem Begriff wird also erklärt, wie es möglich ist, dass sich ein autopoietisches System in einer Umwelt, die die Grundlage der Autopoiesis dieses Systems darstellt, aber gleichzeitig nicht in sie eingreift, reproduzieren kann. Da die strukturelle Kopplung zwar nicht in die Operationen eines Systems eingreifen, jedoch für Irritationen im Systems sorgen kann, können sie hinsichtlich sozialer Systeme auch keine Kommunikationen beitragen. Die Irritation muss derart erfolgen, dass das System dazu befähigt wird, diese in systeminterne Operationen umzuwandeln. Das Medium ‚Sprache‘ fungiert als strukturelle Kopplung von sozialem und psychischem System, bei denen es sich um zwei unterscheidbare und operativ geschlossene Systeme handelt. Die Sprache dient demnach nicht der Bezugnahme auf eine außersprachliche Umwelt und kann auch nicht mit dem Systembegriff gefasst werden. Ihre Funktion liegt einzig und allein in der strukturellen Kopplung von Kommunikation und Bewusstsein (Luhmann 2019a: 43). Dies soll aber nicht bedeuten, dass soziale und psychische Systeme gegenseitige Einflussmöglichkeiten hätten, die in irgendeiner Weise steuerbar wären. Die Funktion der ‚strukturellen Kopplung‘ besteht jedoch darin, diese beiden Systeme miteinander in Beziehung zu setzen. Neben dem sprachlichen Medium ist also auch das Universalmedium ‚Sinn‘ von zentraler Bedeutung, da bei Ausbleiben von ‚Sinn‘ sowohl soziale als auch psychische Systeme nicht operieren könnten. Demnach ist Sinn konstitutiv für die Reproduktionsfähigkeit dieser beiden Systeme. Luhmann hebt auch hervor, dass die Vorstellung zweier autopoietischer Systeme – also des sozialen und des psychischen Systems – dazu führt, die klassische Denkweise einer menschlichen Einheit durch den Begriff der ‚strukturellen Kopplung‘ zu ersetzen (Luhmann 1998: 109).

Außerdem wird es möglich, die üblicherweise kausaltheoretisch erklärten Interdependenzen von sozialen Phänomenen mit dem Begriff der ‚strukturellen Kopplung‘ zu beschreiben. Die ‚strukturelle Kopplung‘ kann nicht in die Autopoiesis bzw. in die Operationen eines Systems eingreifen, sondern kann sich lediglich auf die Wahl der Struktur eines Systems auswirken. Dies bedeutet, dass sie nicht dafür sorgen kann, dass Kommunikation an Kommunikation anschließt, wohl aber für die Themensetzung innerhalb der Kommunikation (Luhmann 2008b: 17-18). Strukturelle Kopplungen besagen, dass sich die daran beteiligten Systeme gegenseitig für ihren eigenen Strukturaufbau voraussetzen. Gleichzeitig limitieren sie sich dadurch im Hinblick auf ihre jeweilige Systemkomplexität (Luhmann 1998: 100-101). Soziale Systeme, vor allem die Funktionssysteme der Gesellschaft (wird weiter unten ausführlicher behandelt), können gegenseitige Irritationen auslösen und daher strukturell miteinander gekoppelt sein. So erfolgt die strukturelle Kopplung der Funktionssysteme Politik und Wirtschaft beispielsweise in Form von Steuern und Abgaben, jene zwischen Recht und Politik in Form der Verfassung. Die Beziehung zwischen Recht und Wirtschaft wird etwa durch Eigentum und Vertrag geregelt, jene zwischen Wissenschaft und Erziehung durch die Universitäten. Die strukturelle Kopplung zwischen Politik und Wirtschaft erfolgt zum Beispiel durch Expertenbefragungen und jene zwischen Erziehung und Wirtschaft in Form von Zeugnissen und Zertifikaten (Luhmann 1998: 781).

Obwohl Irritationen aus der Umwelt die Fortsetzung der Autopoiesis eines Systems anregen können, entscheidet das System selbst, ob dafür Strukturveränderungen vorgenommen werden oder nicht. Dies bedeutet, dass die Irritation nur erfolgt, wenn diese zur Strukturveränderung des Systems beiträgt. Das Vorhandensein beider Möglichkeiten – also Strukturveränderung oder keine Strukturveränderung – sichert die Autopoiesis eines Systems und damit seine Evolutionsfähigkeit. Damit Systeme überhaupt irritationsfähig sind, sind ihre Sinnstrukturen so beschaffen, dass seitens des Systems Erwartungen gebildet werden. Da Systeme stets von der permanenten Wiederholung systemrelevanter Informationen ausgehen, handelt es sich bei Irritationen also um enttäuschte Systemerwartungen (Luhmann 1998: 790-791). Wie an anderer Stelle bereits erwähnt, kann es Luhmann zufolge keine normative Begründung der Gesellschaft geben, da von jeglicher Norm auch abgewichen werden kann. Mit dem Begriff der strukturellen Kopplung lässt sich jedoch zeigen, dass Irritation nicht gleich Irritation ist. Bei strukturellen Kopplungen von Funktionssystemen handelt es sich um systeminterne Kopplungen, da sie innerhalb des sozialen Systems ‚Gesellschaft‘ stattfinden. Dabei wird die strukturelle Kopplung durch eine operative Kopplung ergänzt, was bedeutet, dass Systemkopplungen anhand von Kommunikationen durchgeführt werden. So gilt eine schriftliche Bestätigung einer Krankheit

für den Arbeitgeber genauso als operative Kopplung wie zahlreiche Verhandlungsgespräche zwischen Organisationen, welche sich jeweils an unterschiedlichen Funktionssystemen orientieren. Operative Kopplungen setzen zwar strukturelle Kopplungen voraus, sorgen aber für die Verstärkung von reziproken Irritationen verschiedener Funktionssysteme (Luhmann 1998: 788).

### **3.1.5 Systemtypen**

Luhmanns Faible für dreiteilige Kategorisierungen wird auch hinsichtlich seiner Unterscheidung verschiedener Arten von Kommunikationssystemen deutlich. Es gibt demnach die Systemtypen ‚Interaktion‘, ‚Organisation‘ und ‚Gesellschaft‘. Die ‚Gesellschaft‘ stellt hierbei das umfassende soziale System dar, da Gesellschaft alles ist, was sich im Operationsmodus der Kommunikation ereignet. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass es sich bei allem, was nicht kommunikativ geschieht, nicht um Gesellschaft handeln kann. Der Systemtyp ‚Gesellschaft‘ ist wiederum in verschiedene Funktionssysteme differenziert, welche sich Luhmann zufolge evolutionär herausgebildet haben und das zentrale Merkmal der modernen Gesellschaft darstellen. Die Gesellschaft tritt somit als eine äußerst komplex strukturierte Umwelt von organischen sowie psychischen Systemen auf (Luhmann 2018: 50).

Interaktion definiert sich über die Kommunikation unter dem Gesichtspunkt der Anwesenheit. Die Anwesenheit dient dazu, das in sämtlichen Kommunikationen vorhandene Problem der doppelten Kontingenz zu lösen. Dies soll bedeuten, dass immer auch eine alternative Anschlusskommunikation als die tatsächlich vollzogene möglich wäre. Da Anwesenheit die gegenseitige Wahrnehmbarkeit der Kommunikationspartner ermöglicht, ist jede Interaktion mit den kommunikativ nicht steuerbaren Prozessen des psychischen Systems strukturell gekoppelt (Luhmann 1998: 817). Die Interaktion kann also auf eine spontane und variantenreiche Weise erfolgen. Das heißt, dass etwa eine kurze Konversation an einer Bushaltestelle zwischen zwei Personen, ein Streitgespräch eines Ehepaars am Esstisch, eine Unterhaltung zwischen Angestellten über private Themen etc. als Interaktion im systemtheoretischen Sinne zu verstehen sind. Dabei ist die Zahl derer, die an einer Interaktion teilnehmen, nicht begrenzt. Die Bedingung, dass eine Interaktion auch tatsächlich stattfindet, ist lediglich, dass Kommunikation Anschlusskommunikation erzeugt, und das so lange, bis die Kommunikation endet. Wenn keine Anschlusskommunikation mehr erfolgt, bedeutet dies, dass das spontan entstandene Interaktionssystem nicht mehr existent ist. Die Gesellschaft besteht also nur, wenn tatsächlich gegenwärtig Kommunikation vollzogen wird. Und da es denkunmöglich ist, dass zu

irgendeinem Zeitpunkt keine Kommunikation stattfindet, ereignet sich die Gesellschaft permanent. Die Gesellschaft kann als die Gleichzeitigkeit von Unterschiedlichem definiert werden.

Bei der ‚Organisation‘ handelt es sich um einen Systemtyp, welcher im Zuge der soziokulturellen Evolution entstanden ist und sich aufgrund gesellschaftlicher Bedingungen schnell vervielfacht hat (Luhmann 2006: 380). Organisationen orientieren sich dabei an der Operationsweise bestimmter Funktionssysteme der Gesellschaft. Beispiele wären Banken, Krankenanstalten, Schulen oder politische Parteien (Luhmann 2006: 405). Die Autopoiesis des Systems ‚Organisation‘ basiert auf dem Operationsmodus der ‚Entscheidung‘. Außerdem wird anhand des binären Codes ‚Mitgliedschaft/Nicht-Mitgliedschaft‘ bestimmt, wer zu einer Organisation gehört und wer nicht. Es handelt sich insofern um operativ geschlossene Systeme, als organisationspezifische Entscheidungen an vorangegangene Entscheidungen anschließen müssen. Organisationen stellen Entscheidungskontexte her, die ansonsten nicht existent wären (Luhmann 1998: 830-831). Demzufolge vollzieht sich der Systemtyp ‚Organisation‘ nur während Entscheidungsoperationen. Da Entscheidungen innerhalb dieses Systemtyps nur in kommunikativer Form vonstattengehen, werden sie – in konsequenter systemtheoretischer Manier – nicht als ein psychisches Ereignis betrachtet (Luhmann 2006: 141-142). Die Gesellschaft in Form von Kommunikation vollzieht sich sowohl innerhalb als auch außerhalb von Organisationen. Daher liegt die Besonderheit darin, wie diese System-Umwelt-Differenz zwischen Organisation und Gesellschaft organisiert wird (Luhmann 2006: 383). Organisationen tragen dazu bei, dass sich die Gesellschaft in Funktionssysteme ausdifferenziert. Die unterschiedlichen Funktionssysteme grenzen sich durch eine systemspezifische Autopoiesis sowohl voneinander und daher von ihren jeweiligen Umwelten als auch von der eigenlogischen Autopoiesis des Systemtyps ‚Organisation‘ ab. Obwohl die Angewiesenheit der Gesellschaft auf Organisationen im Laufe der Evolution zugenommen hat, dürfen die Funktionssysteme oder gar die Gesellschaft selbst nicht als ein organisationaler Zusammenhang betrachtet werden (Luhmann 1998: 847). Neben den einzelnen Entscheidungsoperationen von Organisationen können Kommunikationen anderer Systemtypen wie Interaktionen oder einzelner Funktionssysteme stattfinden. Im Vergleich zu den gesellschaftlichen Funktionssystemen sind die Systemtypen ‚Interaktion‘ und ‚Organisation‘ im Hinblick auf die räumliche sowie zeitliche Dimension begrenzter. Den diesbezüglich stabilsten Systemtyp stellt die Gesellschaft mit ihren verschiedenen funktionalen Zuständigkeitsbereichen wie Wirtschaft, Politik, Recht, Wissenschaft, Massenmedien, Religion, Kunst oder Familie dar. Diese Funktionssysteme haben sich ausdifferenziert, um jeweils ein bestimmtes gesellschaftliches Problem zu lösen. So

ist etwa die Wirtschaft für die Befriedigung von Bedürfnissen, die Politik für die Generierung kollektiv bindender Entscheidungen, das Recht für die Konfliktbehandlung und die Wissenschaft für Erkenntnisproduktion zuständig (Hellmann 1996: 26).

Ein Charakteristikum des Systemtyps ‚Gesellschaft‘ besteht darin, dass ihre Strukturauswahl die Voraussetzung für die Selektionsmöglichkeiten von ‚Interaktionen‘ und ‚Organisationen‘ darstellen (Luhmann 2009a: 182). Aber weder bei Organisationen noch bei Interaktionen kann es sich um Teileinheiten des Systemtyps ‚Gesellschaft‘ handeln, da Subsysteme bestimmte Funktionen erfüllen müssen, welche gesamtgesellschaftlich erforderlich sind (Luhmann 2009b: 41). Bei den gesellschaftlichen Funktionssystemen handelt es sich wie bei allen sozialen Systemen um Systeme autopoietischer und selbstreferenzieller Art. Die Operationsweise eines Funktionssystems erfolgt nach dem Schema einer binären Codierung. Dabei bezieht sich ein Funktionssystem bei jeder Operation auf die Unterscheidung zwischen einem positiven und einem negativen Wert. Somit wird gewährleistet, dass jede Anschlusskommunikation auch zum Gegenwert übergehen kann (Luhmann 1998: 748-749). So operiert etwa das Wirtschaftssystem mit dem Code ‚zahlen/nicht zahlen‘, das politische System mit dem Code ‚Macht/keine Macht‘, die Wissenschaft mit dem Code ‚wahr/ nicht wahr‘, das Rechtssystem mit dem Code ‚Recht/nicht Recht‘ und die Massenmedien mit dem Code ‚Information/Nicht-Information‘. Da auch das Gesamtsystem ‚Gesellschaft‘ keine ordnungsbildende Größe im Hinblick auf die Beziehungen zwischen den Funktionssystemen darstellt, erübrigt sich die soziologisch weitverbreitete Gleichgewichtsmetapher. Die Operationsweisen der verschiedenen Funktionssysteme sowie ihre Verhältnisse zueinander können daher nicht von einer zentralen Stelle aus gesteuert werden (Luhmann 1998: 745-746).

Der Vorteil einer binär aufgebauten Struktur besteht darin, dass sie den schnellstmöglichen Komplexitätsaufbau und gleichzeitig die einfachste Ordnungsform eines Systems gewährleisten kann. Somit können neue Subsystemevolutionen angeregt werden, wobei Faktoren wie etwa die Erfindung der Schrift diesen Prozess beschleunigen können. Während Systeme hinsichtlich ihrer Autopoiesis durch die binären Werte bestimmt sind, handelt es sich bei sogenannten ‚Programmen‘ um anpassungsfähige systeminterne Strukturen. Dies sind etwa Theorien im Wissenschaftssystem, Gesetze im Rechtssystem, Investitionspläne im Wirtschaftssystem oder Parteiprogramme im politischen System. Obwohl die Systeme weiterhin autopoietisch und selbstreferenziell operieren, können sie hinsichtlich ihrer Programme Irritationen durch die Systemumwelt erfahren (Luhmann 1998: 564-565). Programme dienen sozusagen als Hilfestellungen für die Entscheidung, welche Seite des

binären Codes schlussendlich ausgewählt werden soll (Tratschin 2016: 71). Im Zuge der soziokulturellen Evolution haben sich Funktionssysteme herausgebildet, um auf die Komplexität und Kontingenzen der modernen Gesellschaft zu reagieren. Dabei fand evolutionstheoretisch eine Entwicklung von einer segmentär differenzierten, über die stratifikatorisch differenzierte zu einer funktional differenzierten, modernen Gegenwartsgesellschaft statt.

Diese Differenzierungsform ist dabei als ein Mechanismus zu betrachten, welcher ein globales Ordnungsprinzip herstellt. Eine so verstandene Weltgesellschaft lässt sich dann in die Weltwirtschaft, Weltpolitik, Weltrecht etc. einteilen (Tratschin 2016: 268). Es wird nicht davon ausgegangen, dass die funktionale die segmentäre und die stratifikatorische Differenzierungsform abgelöst hat. Ganz im Gegenteil ist die Komplexitätssteigerung in der modernen Gesellschaft dafür verantwortlich, dass soziale Fragmentierungen und Ungleichheiten zunehmen können. Beim Primat der Differenzierung unter dem Gesichtspunkt von Funktionen handelt es sich um die Form der modernen Gesellschaft. Und der Begriff der ‚Form‘ bezeichnet dabei einzig und allein die System-Umwelt-Differenz, mit der die moderne Gesellschaft ihre Systemeinheit intern reproduziert (Luhmann 1998: 776). Als eine wichtige Folge der funktionalen Differenzierung sieht Luhmann die Umstellung auf die Beobachtung zweiter Ordnung. Dies bedeutet, dass Funktionssysteme ihre eigenen Operationen als Beobachtungen beobachten. Im System Wirtschaft geschieht dies in Form der Beobachtung des Marktes und der sich dort artikulierenden Preise. Im politischen System orientiert man sich an der Beobachtung der öffentlichen Meinung unter dem Gesichtspunkt des politischen Wahlerfolgs. Das Wissenschaftssystem beobachtet sich anhand von Veröffentlichungen wissenschaftlicher Texte, auf welche mit Rezensionen oder Diskussionen reagiert werden kann. Gesellschaftliche Funktionssysteme verfügen demnach über Selbstbeobachtungsmodi, welche erst die Bedingungen für ihre Realitätskonstruktion darstellen (Luhmann 1998: 766-767).

### **3.2 Systemtheoretischer Ansatz – Protestbewegung als soziales System**

In der systemtheoretischen Literatur gibt es eine Reihe von Vorschlägen, die weitgehend mit dem Begriffsinstrumentarium von Luhmann argumentieren (Ahlemeyer 1989, 1995; Japp 1986a, 1986b; Kühl 2014; Hellmann 1996; Virgl 2011; Tratschin 2016; Nassehi 2020). Luhmann selbst ging davon aus, dass sich soziale Bewegungen mithilfe des binären Codes ‚Protest/Nicht-Protest‘ von anderen Sozialsystemen unterscheiden. Er betrachtet Protestbewegungen also als ein autopoietisches und selbstreferenzielles Funktionssystem

eigener Art, das daher weder dem Systemtyp ‚Interaktion‘ noch dem Systemtyp ‚Organisation‘ zugerechnet werden kann. Interaktionssysteme können aufgrund des Anwesenheitsprinzips dafür dienlich sein, die Bedeutsamkeit und Größe einer Bewegung zu demonstrieren. Um Organisationen handelt es sich deshalb nicht, da Protestbewegungen keine Entscheidungen organisieren sowie keine formalen Mitgliedschaftsregeln aufstellen (Luhmann 1996b: 202-203). Vielmehr würden Protestbewegungen eine interne Differenzierung in Zentrum und Peripherie aufweisen, indem ein aktiver Kern von Protestierenden von einer weniger aktiven Gefolgschaft und diese wiederum von inaktiven Bewegungssympathisanten unterschieden wird (Luhmann 1996b: 213). Luhmann verortet das System ‚Protestbewegungen‘ auf der Ebene von Funktionssystemen. Dies bedeutet zugleich, dass dieses soziale System eine gesamtgesellschaftliche Funktion erfüllen muss, neben Funktionsbereichen wie Wirtschaft, Politik, Recht, Massenmedien, Wissenschaft, Religion etc.

Protestbewegungen dienen als Immunsystem der Gesellschaft, d.h. sie haben in erster Linie die Funktion, von anderen Funktionssystemen nicht berücksichtigte Themen kommunikativ sichtbar zu machen. Funktionalistisch betrachtet lösen Protestbewegungen demzufolge das Problem, dass sie Aufmerksamkeit für gesellschaftlich relevante Agenden generieren müssen, welche von den Funktionssystemen theoriologisch sogar ignoriert werden müssen. Da Funktionssysteme mit ihren je eigenen binären Codes operieren, sind diese hochspezialisiert auf bestimmte Aufgaben. Beispielsweise interessiert sich das Funktionssystem ‚Wirtschaft‘ einzig und allein für die Zahlungsfähigkeit und kann nicht gleichzeitig im System ‚Wissenschaft‘ aktiv werden, für das wiederum der Wahrheitsaspekt im Mittelpunkt steht. Dies bedeutet also, dass einzelne Funktionssysteme keine Probleme bearbeiten können, welche außerhalb ihrer systemspezifischen Logik liegen. Die Aufgabe von ‚Protestbewegungen‘ liegt nun darin, auf jene blinden Flecken anderer Funktionssysteme hinzuweisen. Jedoch bleibt dabei einerseits offen, wie sich eine bestimmte Protestbewegung als Kommunikationssystem von anderen Protestbewegungen unterscheidet und andererseits muss die Frage geklärt werden, inwiefern sie für ihre eigene Systembildung auf die Existenz anderer Funktionssysteme angewiesen sind. Beim Thema der Systemkonstitution herrscht Uneinigkeit innerhalb des systemtheoretischen Ansatzes und die Beziehungsverhältnisse von Protestbewegungen zu anderen Funktionssystemen sind nur bruchstückhaft analysiert (Tratschin 2016: 13). Luhmann macht etwa den Vorschlag, dass sich Protestbewegungen anhand ihrer Themen voneinander unterscheiden (Luhmann 1998: 860). Diese Definition erscheint jedoch etwas unzureichend, da es wohl empirisch nicht wirklich haltbar ist, dass Protestbewegungen stets auf ein bestimmtes

Thema festgelegt werden können. Umgekehrt ist es auch möglich, dass ein spezielles Protestthema von verschiedenen Protestbewegungen aufgegriffen wird.

Tratschin (2016) macht in seiner Arbeit den Vorschlag, die Selbstbeschreibung als das entscheidende Konstitutionsmerkmal von Protestbewegungen zu betrachten. Er beruft sich zwar im Hinblick auf die System-Umwelt-Unterscheidung auf Luhmanns binäre Codierung ‚Protest/Nicht-Protest‘, möchte jedoch die Ausdifferenzierung verschiedener Protestbewegungen auf die unterschiedlichen Selbstbeschreibungslogiken zurückführen. Dabei beschränkt sich die Selbstbeschreibung nicht auf den thematischen Schwerpunkt einer Protestbewegung. Die Selbstbeschreibung ist dabei als eine Kommunikationsofferte zu betrachten, die sich wiederum in die drei verschiedenen Sinndimensionen – nämlich in die sachliche, die soziale sowie die zeitliche Dimension – einteilen lässt. Die Sachdimension fungiert dabei als Sinnangebot auf inhaltlicher bzw. thematischer Ebene einer bestimmten Protestbewegung. In der Sozialdimension wird bestimmt, wer zu jener Bewegung gehört, gegen wen sich der Protest richtet und außerdem wird die Protestkommunikation an ein Publikum adressiert. In der zeitlichen Dimension wird der geschichtliche Aspekt einer Protestbewegung konstituiert, d.h. dabei werden der in der Vergangenheit liegende Entstehungszusammenhang sowie der in der Zukunft angestrebte Endzustand artikuliert. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich eine bestimmte Protestbewegung von anderen dadurch unterscheidet, indem sie den binären Code ‚Protest/Nicht-Protest‘ anwendet und gleichzeitig eine Selbstbeschreibung in der sachlichen, in der sozialen sowie in der zeitlichen Dimension formuliert. Ahlemeyer (1989, 1995) betrachtet die ‚Mobilisierungskommunikation‘ als Basisoperation sozialer Bewegungen. Dabei wird Mobilisierung als ein kommunikativer Ablauf betrachtet, der für die spezifische Reproduktionsweise von Protestbewegungen – in Differenz zu ihrer Umwelt – verantwortlich ist. Das Besondere dabei ist, dass eine mitgeteilte Sinnofferte seitens des Senders zu einer bestimmten Handlung, nämlich der Protesthandlung seitens des Empfängers, führt (Ahlemeyer 1995: 88-89). Im Unterschied zur gängigen Verwendung des Begriffs wird die Mobilisierung nicht als ein Umweltverhältnis (wie etwa beim Ressourcenmobilisierungs-Ansatz), sondern vielmehr als eine selbstreferenzielle Operationsweise betrachtet, mit welcher sich eine soziale Bewegung in Abgrenzung zu einer von ihr unterschiedenen Umwelt reproduziert. Aufgrund dieser systemspezifischen Mobilisierungsoperation wird es möglich, das soziale System ‚Protestbewegung‘ von Systemen wie Parteien, Gewerkschaften oder Vereinen zu unterscheiden (Ahlemeyer 1995: 114-116).

Luhmann zufolge besteht die Systemeinheit von Protestbewegungen also aus ihrer Form, nämlich aus dem Protest. Mithilfe dieser Form kann sich die Gesellschaft selbst beobachten. Da auch dieses System keinen Zugriff auf seine Umwelt hat, handelt es sich auch bei der Protestkommunikation um eine systemeigene Realitätskonstruktion (Luhmann 1996b: 214). Protestbewegungen können die ihrerseits identifizierten gesellschaftsrelevanten Probleme daher nicht selbst lösen, jedoch öffentliche Aufmerksamkeit für diese Themen schaffen und andere Funktionsbereiche irritieren (Tratschin 2016: 247). Obwohl Protestkommunikation – so wie jegliche Kommunikation – innergesellschaftlich stattfindet, muss dies von einer künstlichen Beobachterposition aus erfolgen, welche außerhalb der Gesellschaft liegt. Da die Form von ‚Protest‘ der binären Codierung anderer Funktionssysteme entspricht, hat auch sie zwei Seiten. Dabei befinden sich nach Luhmanns Definition die Protestierenden auf der einen und jene, gegen die protestiert wird, auf der anderen Seite der System-Umwelt-Unterscheidung. Da die Protestbewegung nur die eine Seite der Form darstellt, stellt sich die Frage, wie die andere Seite dazu veranlasst werden kann, dieser Konstellation zuzustimmen (Luhmann 1996b: 204-205). Die Form des Protests unterscheidet sich dahingehend von der Form des politischen Systems, dass im Fall des letzteren sowohl die Opposition als auch die Regierung notwendige Systembestandteile darstellen. Während die Opposition im politischen System stets bereit sein muss, in den Regierungsmodus zu wechseln, ist dies bei Protestbewegungen nicht der Fall. Protestbewegungen differenzieren sich Luhmann zufolge anhand verschiedener Themen aus. Das Verhältnis zwischen Protestthemen und der Form ‚Protest‘ entspricht dabei jenem zwischen Programmen und dem binären Code von Funktionssystemen (Luhmann 1996b: 206-207).

Hinsichtlich der Frage, wie sich soziale Bewegungen als selbstreferenzielle und autopoietische Systeme ausdifferenzieren, können in der bisherigen systemtheoretischen Forschung zwei verschiedene Herangehensweisen unterschieden werden. Bei der ersten Variante handelt es sich um die Identifizierung eines systemspezifisches Letztelements, das für die Grenzziehung zwischen System und Umwelt verantwortlich ist. Demnach sorgt etwa die Elementaroperation Kommunikation für die Unterscheidung von Gesellschaft und ihrer Umwelt. Entscheidungen sind eine spezifische Basisoperation von Organisationen (Hellmann 1996: 28). Vorschläge für die Systemkonstitution von Protestbewegungen auf Basis eines Letztelements sind die bereits erwähnte ‚Mobilisierungskommunikation‘ von Ahlemeyer sowie die ‚Angstkommunikation‘ (Japp 1986b), wobei beide Konzepte bisher nicht zu überzeugen vermochten. Außerdem kann weder die Mobilisierungs- noch die Angstkommunikation auf soziale Bewegungen beschränkt werden.

Bei der zweiten Spielart erfolgt die Systemkonstitution aufgrund einer binären Leitdifferenz. Bei diesem Prinzip handelt es sich um eine Unterscheidungsform mithilfe von Codes und Programmen, welche sich vor allem in der Operationsweise gesellschaftlicher Funktionssysteme zeigen (Tratschin 2016: 65-66). Die System-Umwelt-Unterscheidung mithilfe einer Leitdifferenz wird ursprünglich von Luhmann selbst vorgeschlagen, der dafür den binären Code ‚Protest/Nicht-Protest‘ heranzieht. Tratschin entwickelt Luhmanns Idee weiter, indem er zusätzlich die Selbstbeschreibung als das grundlegende Unterscheidungsmerkmal sozialer Bewegungen im Verhältnis zu anderen Sozialsystemen bezeichnet. Dies bedeutet, dass sie zur Systemerhaltung auf die permanente Selbstbeschreibung angewiesen ist.

Virgl (2011) betrachtet soziale Bewegungen als ein Subsystem an der Peripherie des politischen Funktionssystems. Außerdem unternimmt Kühl (2014) den Versuch, den Systemtyp ‚Organisation‘ aufzubrechen und somit soziale Bewegungen, Gruppen sowie Familien neben Organisationen als mitgliedschaftsbasierte Systeme zwischen Interaktionen und der Gesellschaft zu verorten. Nassehi (2020) betrachtet Protestbewegungen als eine Opposition außerhalb politischer Institutionen. Dabei können sie sowohl als Antreiber als auch Gefährder von Demokratie betrachtet werden, da die Demokratie stets auch die demokratischen Möglichkeiten von Antidemokraten einschließt. Der Protest kann die institutionelle Konfliktbearbeitung im politischen System nicht ersetzen, sondern nur irritieren (Nassehi 2020: 150-152). Jedoch wird auch in Nassehis Arbeit der Systemstatus von Protestkommunikation nicht deutlich genug herausgearbeitet.

Den Grund für die fehlende Anschlussfähigkeit sämtlicher Arbeiten des systemtheoretischen Ansatzes sehe ich darin, dass zwar kluge und nachvollziehbare Überlegungen hinsichtlich der Frage der Systemkonstitution formuliert wurden, jedoch der Bewegungsbegriff dabei zu sehr im Fokus stand. Anhand der von Luhmann selbst eingeführten binären Codierung ‚Protest/Nicht-Protest‘ möchte ich im Folgenden zeigen, dass der Protest bzw. die Widerspruchskommunikation für die Reproduktion eines gesellschaftlichen Funktionssystems verantwortlich ist, nämlich des Protestsystems. Wie alle Funktionssysteme kann auch das Protestsystem mit Systemen jeden Systemtyps strukturell gekoppelt sein. Es wird außerdem davon ausgegangen, dass es sich bei den einzelnen sozialen Bewegungen – ähnlich wie etwa Personen, Gruppen oder Unternehmen – lediglich um Zuschreibungspunkte der Kommunikation handelt. Eine Protestbewegung ist demnach kein soziales Phänomen mit Systemcharakter.

## 4. Das Protestsystem und seine strukturellen Kopplungen

Im abschließenden Kapitel soll es darum gehen, mithilfe des Begriffs der ‚strukturellen Kopplung‘ ein alternatives Konzept gegenüber anderen systemtheoretischen Ansätzen der Protest- und Bewegungsforschung anzubieten. Der entscheidende Perspektivenwechsel besteht darin, dass die bisherige Vorgehensweise, nämlich einzelne Protestbewegungen bzw. soziale Bewegungen als autopoietische, selbstreferenzielle Systeme zu betrachten, verworfen wird. Dieser Theorieentscheidung folgend, stellt sich logischerweise die Frage, welches charakteristische Merkmal die Autopoiesis des Funktionssystem ‚Protest‘ im Vergleich zu anderen aufweist. Hinsichtlich der gesamtgesellschaftlichen Funktion von Protest lautet die These weiterhin, dass sie auf Probleme hinweist, welche von den anderen Funktionssystemen nicht gelöst werden. Die zunehmende Komplexitätssteigerung der modernen Gesellschaft führt dazu, dass die dadurch entstehenden unterschiedlichen Perspektiven in Widersprüche geraten können. Der Grund dafür ist, dass es stets verschiedene Anschlussmöglichkeiten auf ein und dasselbe Problem gibt (Nassehi 2015: 151)

Luhmann definierte soziale Bewegungen als Systeme, welche auf die Form des Protests zurückgreifen. Dabei nehmen sie eine Perspektive ein, mit der sich die Gesellschaft selbst beobachten und Kritik hinsichtlich der Folgen funktionaler Differenzierung formulieren kann. Dabei handelt es sich um Kritik auf einer moralischen Grundlage, die keinerlei Alternativen zu den vorhandenen Funktionssystemen anbieten kann (Luhmann 1996c: 103-104). Da die moderne Gesellschaft nun mal funktional differenziert ist, kann die Konstruktion von Alternativen aber nur über funktionale Äquivalente für bereits gegebene Funktionen erfolgen (Luhmann 1996a: 75-76). Die Form des Protests wird – bezugnehmend auf das theoretische Konstrukt des ‚sozialen Sinn-Verstehens‘ – in erster Linie als eine Ablehnung auf ein mitgeteiltes Sinnangebot interpretiert. Das Sinnangebot unterliegt dabei einem weiten Begriffsverständnis. So können politische Programme, Gesetzestexte, unternehmerische Entscheidungen, polizeiliche oder militärische Praktiken sowie sexistische und rassistische Äußerungen als Kommunikationsofferten betrachtet werden, auf welche jeweils mit einer Negation reagiert werden kann. Luhmann verwendet dabei auch den Begriff des ‚Konflikts‘, bei dem es sich um einen empirischen, kommunikativ geäußerten Widerspruch handelt (Luhmann 1991: 530). Dies bedeutet, dass weder gesellschaftliche Klassen- noch Funktionsdifferenzen als solche schon als Konflikt zu betrachten sind (Luhmann 2008a: 221). Beim sozialen Sinn-Verstehen, das sich erst im Zuge einer Anschlusskommunikation manifestiert, kann es sich also auch um die inhaltliche Ablehnung einer Sinnofferte handeln.

Die binäre Struktur der Kommunikation lässt stets offen, ob sie zustimmend oder ablehnend fortgeführt wird (Thye 2013: 50-51). Die Möglichkeit der Negation ist also in jeglicher Kommunikation gegeben. Das Risiko von Dissens (und demzufolge auch von Protest) stellt die Grundbedingung von kommunikativen Operationen dar (Nassehi 2020: 14-15).

Selbstverständlich kann nicht jede Verneinung einer Sinnofferte in der Kommunikation als Protest definiert werden. Die Frage ist also, wie sich die Protestkommunikation von anderen Formen der Ablehnung eines Sinnangebots unterscheidet. Hierbei kann eine Parallele zur Machtkommunikation gezogen werden. Bei der Macht handelt es sich um die positive Seite des binären Codes des politischen Systems und gleichzeitig um sein symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium. Machtkommunikation kann jedoch auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen wie etwa Unternehmen, Vereinen oder Familien beobachtet werden. Der entscheidende Unterschied liegt darin, dass sich die Kommunikation des politischen Systems permanent auf Basis der Macht vollzieht. Übertragen auf die Protestkommunikation bedeutet dies, dass auch hier die Systemkonstitution aufgrund dauerhafter Anschlussfähigkeit dieser Operationsweise erfolgt (Tratschin 2016: 39-40). Das Funktionssystem ‚Protest‘ zeichnet sich also dadurch aus, dass es sich über den binären Code ‚Protest/Nicht-Protest‘ von seiner Umwelt unterscheidet. Daher ist die Protestkommunikation als systemkonstitutive Operationsweise zu betrachten. An dieser Stelle muss auch Luhmanns These abgelehnt werden, wonach Themen für die Ausdifferenzierung verschiedener sozialer Bewegungen verantwortlich sind. Es wird hier vielmehr von der Annahme ausgegangen, dass das Protestpotenzial in der grundlegenden Kommunikationsstruktur selbst angelegt ist. Das Protestthema ergibt sich demnach aus der kommunizierten Ablehnung einer Sinnofferte. Der Protest ist somit als Reaktion auf ein tatsächlich existentes Kommunikationsangebot anzusehen. Bei diesem kann es sich um jegliche Form von Kommunikation handeln, welche als Sinnangebot verstanden werden kann. Ein Protest kann sich in vielfältiger Weise äußern: gegen aktuelle politische Maßnahmenbeschlüsse in Form einer Demonstration, gegen unternehmerische Personalentscheidungen in Form eines Streiks oder gegen die Vergabe von Sportveranstaltungen in Form eines sichtbaren, symbolischen Statements wie dem Tragen einer Armbinde.

Außerdem muss auch das Protestsystem – wie alle anderen Funktionssysteme auch – über ein symbolisch generalisiertes Medium sowie systemeigene Programme verfügen. Zur Erinnerung: beim symbolisch generalisierten Kommunikationsmedium handelt es sich um eine kommunikative Einrichtung, die für den erfolgreichen Anschluss prinzipiell

unwahrscheinlicher Kommunikation verantwortlich ist. Das Medium ‚Wahrheit‘ sorgt für die Anschlussfähigkeit wissenschaftlicher Kommunikation. Im Wirtschaftssystem ist das Medium ‚Geld‘ Voraussetzung dafür, dass Zahlungen auf Zahlungen folgen. Das Medium ‚Macht‘ entscheidet über die Regierungsfähigkeit bzw. die Oppositionsrolle im politischen System. Die ‚Liebe‘ als Medium sorgt dafür, dass Systeme wie Familien oder Intimbeziehungen aufrechterhalten werden können. Aber was könnte nun das symbolisch generalisierte Kommunikationsmedium des Funktionssystems ‚Protest‘ sein? Mein Vorschlag ist es, dafür auf den Begriff der ‚Moral‘ zurückzugreifen. Auch Hellmann (1996) verfolgte dieses Konzept, jedoch ging er davon aus, dass es sich bei der Moral um das symbolisch generalisierte Kommunikationsmedium des Systems ‚soziale Bewegungen‘ handelt. In der vorliegenden Arbeit wird jedoch die Annahme, dass soziale Bewegungen Systeme sind, nicht mehr vertreten. Die Moral fungiert daher als symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium des gesellschaftlichen Funktionssystems ‚Protest‘.

Luhmann selbst hat sich ebenfalls mit dem Moralbegriff beschäftigt. Er betrachtet die Moral jedoch als eine Kommunikationsart, die sich nicht zu einem gesellschaftlichen Funktionssystem ausdifferenziert. Dies bedeutet zugleich, dass die Moralkommunikation nicht nur in einem bestimmten, sondern in verschiedenen Funktionssystemen stattfinden kann, etwa im System ‚Recht‘. So führt die Ausdifferenzierung eines Normbezug zwar nicht zur Herausbildung eines Moralsystems, jedoch zu jener eines Rechtssystems. (Luhmann 2008a: 336). Als weitere Beispiele nennt Luhmann die moralische Kommunikation im Hinblick auf Dopingpraktiken im Sport, Plagiate in der Wissenschaft und Korruption in der Politik. Somit wird deutlich, dass Funktionssysteme in gewisser Hinsicht auf moralische Kommunikation angewiesen sind (Luhmann 2008a: 172). Die Besonderheit der moralischen Kommunikation liegt darin, dass sie Achtung bzw. Missachtung deutlich macht. Es handelt sich stets um das Verhältnis zweier Differenzen, nämlich Ego und Alter sowie Achtung und Missachtung (Luhmann 2008a: 273). Luhmann betrachtet die Moral als ein universales Medium, welches durch den Code Achtung/Missachtung gekennzeichnet ist. Die symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien, die sich im Zuge der soziokulturellen Evolution herausgebildet haben und eigenen binären Codes folgen, sorgten dafür, dass das Medium ‚Moral‘ nicht mehr alleinständig für die gesamtgesellschaftliche Integration war (Luhmann 1998: 402-403). Luhmann zufolge sind symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien der jeweiligen gesellschaftlichen Funktionssysteme als funktionale Äquivalente des Mediums ‚Moral‘ zu betrachten (Luhmann 2008a: 123-135).

Im Unterschied zu Luhmann wird aber im Folgenden davon ausgegangen, dass es sich bei der Moral um ein spezifisches, symbolisch generalisiertes Medium des Funktionssystems ‚Protest‘ handelt. Das Medium ‚Moral‘ ist demnach ausschlaggebend dafür, dass die Wahrscheinlichkeit des Anschlusses von Protestkommunikation erhöht wird. Werte wie Frieden, Freiheit oder Gerechtigkeit dienen dazu, dass die Anschlussfähigkeit der Basisoperation des Funktionssystems ‚Protest‘ gewährleistet werden kann. Bei den sogenannten Programmen von Funktionssystemen handelt es sich um die Bereitstellung von Kriterien, mithilfe derer die Auswahl getroffen wird, mit welcher Seite des binären Codes die Kommunikation fortgesetzt wird. Als Programme des Funktionssystems ‚Protest‘ fungieren die unterschiedlichen Protestformate wie Demonstrationen, Streiks, die Sichtbarmachung von Symbolen, Sitzblockaden oder Petitionen. Anhand der Programme kann die Entscheidung erfolgen, ob eine positive Anschlusskommunikation auf dieses ‚Angebot‘ stattfindet oder eben nicht.

Die Protestkommunikation richtet sich häufig gegen bestimmte Personen, Unternehmen sowie religiöse und politische Institutionen aufgrund falscher Entscheidungen, fehlender Verantwortungsbereitschaft, Machtmissbrauch und anderen Fehlverhalten. Das Ziel dabei ist, dass der Protest seitens der Entscheidungsträger auch als solcher verstanden wird und die geforderte Veränderung von diesen herbeigeführt wird. Proteste können demnach insofern als Widerspruchskommunikationen betrachtet werden, als sie auf als Entscheidungen wahrgenommene Sinnofferten seitens der Verantwortungsträger mit einem dauerhaften ‚Nein‘ antworten bzw. anschießen. Dabei wird eine Unterscheidung von Entscheidern und Betroffenen hergestellt, wobei sich die Widerspruchskommunikation genau an dieser Differenz orientiert (Tratschin 2016: 58). Außerdem kann die Wahrnehmung von Protestkommunikation dazu führen, dass Teile dieses Publikums für die Teilnahme an Demonstrationen, Streiks etc. mobilisiert werden können. Hier wird nicht davon ausgegangen, dass es sich bei der Mobilisierung um die Operationsweise des Protestsystems handelt. Dennoch kann der Mobilisierungsbegriff etwa im Zusammenhang mit Bewegungsorganisationen verwendet werden, da der vordergründige Zweck solcher Einrichtungen darin besteht, so viele Menschen wie nur möglich zur persönlichen Teilnahme anzuregen. Hier wird eine Parallele zur Operationsweise des Funktionssystems ‚Massenmedien‘ deutlich, dessen Kommunikation ebenfalls an ein disperses Publikum gerichtet ist. Die Massenmedien operieren mit dem binären Code ‚Information/Nicht-Information‘, d.h. sie müssen zur Systemerhaltung permanent neue Informationen kommunikativ produzieren. Auch die Protestkommunikation muss dauerhaft wahrnehmbar sein, um weiterhin die Wahrscheinlichkeit von Anschlusskommunikationen aufrechtzuerhalten. Im Zeitalter der digitalen Verbreitungsmedien spielt die Wahrnehmung

seitens der klassischen Massenmedien wie Zeitung oder Rundfunk eine immer geringere Rolle. Soziale Medien wie Facebook, YouTube, Twitter, Instagram etc. ermöglichen einen direkten Distributionsweg zwischen Sender und Empfänger der Protestkommunikation.

Das Protestsystem wird dem Systemtyp ‚Gesellschaft‘ zugeordnet, als ein Funktionssystem neben anderen wie Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Massenmedien, Recht, Familie etc. Bei Bewegungsorganisationen oder Protestparteien handelt es sich jedoch um soziale Systeme eines anderen Systemtyps, nämlich dem der ‚Organisation‘. Außerdem kann Protest auch in zahlreichen Interaktionssystemen vorkommen. Dies wirft nun Probleme in Bezug auf die Kompatibilität dieser unterschiedlichen Systemtypen auf, die in weiterer Folge gelöst werden müssen. Mit dem bereits erläuterten Begriff der ‚strukturellen Kopplung‘ wird es möglich, die Beziehungen zwischen unterschiedlichen sozialen Systemen theoretisch zu fassen. Infolgedessen kann der in der Protest- und Bewegungsforschung dominierende Untersuchungsgegenstand sozialer Bewegungen als das Resultat unterschiedlicher struktureller Kopplungen zwischen dem gesellschaftlichen Funktionssystem ‚Protest‘ und anderen sozialen Systemen interpretiert werden. Nicht zuletzt soll mit der Neukonzeption des systemtheoretischen Ansatzes ein verbesserter Zugang empirischer Forschungsbemühungen ermöglicht werden.

#### **4.1 Protest und Interaktion**

„Interaktionssysteme bilden sich, wenn die Anwesenheit von Menschen benutzt wird, um das Problem der doppelten Kontingenz durch Kommunikation zu lösen.“ (Luhmann 1998: 814) Gleichzeitig handelt es sich bei der Gesellschaft und ihren Funktionssystemen um die Umwelt von Interaktionssystemen. Die Gesellschaft kann auch nicht nach dem Muster von Interaktion begriffen werden, da sie zu komplex ist, um durch Verständigung unter erreichbaren Kommunikationspartner rational begriffen zu werden (Luhmann 1998: 826). Kommunikationstheoretisch wird in dieser Arbeit also davon ausgegangen, dass es sich beim Protest zunächst um die Ablehnung einer kommunikativ geäußerten Sinnofferte handelt. Für Nassehi liegt die Ursache von Protest in den begrenzten Möglichkeiten, Konflikte zu institutionalisieren (Nassehi 2020: 37) „Aber dass etwas als Protest angeschlossen wird, ist davon abhängig, die klassischen Routinen institutionalisierter Nein-Stellungnahmen zu verlassen.“ (Nassehi 2020: 26). Um den Protest von der in jeder Kommunikation vorhandenen Möglichkeit einer Nein-Stellungnahme zu unterscheiden, muss dieser Dissens in weiterer Folge

auf Dauer anschlussfähig gemacht werden. Bei jeglicher Protestkommunikation handelt es sich um den Versuch, die Zustimmungsfähigkeit für kommunizierte Ablehnung aufrechtzuerhalten. Es stellt sich demzufolge die Frage, inwiefern Protestkommunikation hinsichtlich ihres Anschluss- und daher Evolutionsvermögens auf die Operationen des Systemtyps ‚Interaktion‘ zurückgreift bzw. angewiesen ist. Interaktionen sind alle Kommunikationen, die auf dem Prinzip der Anwesenheit beruhen. Dies bedeutet, dass der Interaktionsbegriff nicht nur auf das naheliegendste Beispiel eines Gesprächs zweier Personen angewandt werden kann, sondern genauso auf andere interaktive Kommunikationsformen wie Therapiesitzungen, Gruppendiskussionen oder den Schulunterricht. Da jedoch weder die verbale Kommunikation noch die Anzahl der Kommunikationsteilnehmer ein Unterscheidungsmerkmal von Interaktionssystemen darstellt (Tratschin 2016: 179), wird für die weitere Argumentation eine erweiterte Anwendungsweise des Interaktionsbegriffs vorgeschlagen. So wird es beispielsweise möglich, die Kommunikation zwischen Musikern und Konzertbesuchern als Interaktion zu betrachten, etwa wenn seitens des Publikums der Forderung nachgekommen wird, bei einer bestimmten Liedstelle mitzusingen. Auch nonverbale Kommunikationsformen wie Klatschen oder Pfeifen sowie das Hochhalten von Plakaten können als Kommunikationen des Systemtyps ‚Interaktion‘ aufgefasst werden, sofern eine kommunikativ geäußerte Reaktion auf die jeweilige Kommunikationsofferte beobachtbar ist. Hinsichtlich der Frage, wie die strukturelle Kopplung vom gesellschaftlichen Funktionssystem ‚Protest‘ und dem Systemtyp ‚Interaktion‘ erfolgt, kann daher von unterschiedlichen Ausdrucksformen ausgegangen werden.

In einer Diskussion zwischen zwei oder mehreren Personen können die Systeme ‚Protest‘ und ‚Interaktion‘ insofern strukturell miteinander gekoppelt sein, als etwa eine Debatte über die Vor- und Nachteile von bestimmten Impfstoffen, Maßnahmen gegen den Klimawandel, die Gleichberechtigung von Mann und Frau oder die Lieferung von Waffen in Kriegsgebiete geführt wird. Bei solchen Diskussionen stehen sich zwei antagonistische (also sich zunächst gegenseitig ablehnende) Positionen gegenüber, bei der beide Gesprächspartner mithilfe des Mediums ‚Moral‘ versuchen, argumentativ die jeweils andere Seite von der Richtigkeit ihrer Aussagen zu überzeugen, was im besten Fall auch gelingt. Nun muss die Position, welche sich durchgesetzt hat, weitere positive Anschlusskommunikationen erzeugen, welche wiederum für weitere Zustimmungen sorgen muss usw. Auch bei anderen, künstlich herbeigeführten Gesprächssituationen wie Podiumsdiskussionen, Seminarveranstaltungen oder verschiedene Talkformate handelt es sich um Interaktionssysteme, die mit dem Protestsystem gekoppelt sein können. Die raumzeitliche Begrenztheit von Interaktionssystemen ist jedoch maßgeblich dafür verantwortlich, dass das Verbreitungspotenzial von Protestkommunikation erheblich

beeinträchtigt ist. Diese Hürde wird vor allem durch den Einsatz von Verbreitungsmedien überwunden. Protestkommunikation kann auf diese Weise schriftlich, via Rundfunk oder über das Internet an einen deutlich größeren Empfängerkreis übermittelt werden. So wird die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass die verbreitete Protestkommunikation von zahlreichen Interaktionssystemen aufgegriffen werden kann. Somit können Verbreitungsmedien für die strukturelle Kopplung von Protest- und Interaktionssystem sorgen.

Die erweiterte Anwendungsweise des Interaktionsbegriff ermöglicht es außerdem, verschiedene Erscheinungsformen bzw. Programme von Protest wie Demonstrationen, Mahnwachen oder Hausbesetzungen unter dem Gesichtspunkt der Kommunikation unter Anwesenden zu betrachten. So können etwa Redebeiträge bei Straßendemonstrationen mit anschließender Reaktion seitens der Zuhörerschaft als ein Interaktionssystem begriffen werden, welches mit dem Protestsystem strukturell gekoppelt ist. Allein die Fortbewegung des Demonstrationzugs kann von den Anwesenden – sowohl von den Protestteilnehmern selbst als auch von externen Beobachtern – als Protestkommunikation verstanden werden (Tratschin 2016: 181). Protestformate wie Demonstrationen oder Hausbesetzungen sind auch Paradebeispiele dafür, wie die pure physische Anwesenheit oder der Fußmarsch von Teilnehmern als Ausdrucksweise von Protestkommunikation betrachtet werden kann. Diese wahrnehmbare Form der Protestartikulation ist die Bedingung dafür, dass sie durch die klassischen Massenmedien wie Zeitungen oder Rundfunkanstalten registriert und dadurch einer weiteren Verbreitung zugeführt werden können. Das Internet und vor allem die sozialen Medien, die für die Verringerung des Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Protestkommunikation und massenmedialem System gesorgt haben, ermöglichen die direkte Distribution von Protestinhalten. Obwohl die Systemkonstitution von Protest und Interaktion aufgrund unterschiedlicher Basisoperationen erfolgt, wird anhand dieser Beispiele deutlich, wie sehr sich diese beiden autopoietischen Systeme einander bedingen.

## **4.2 Protest und Organisation**

Es gibt theoretische Ansätze in der Protest- und Bewegungsforschung, welche den Bewegungsorganisationen eine zentrale Rolle einräumen. Vor allem beim Ressourcenmobilisierungsansatz wird eine Bewegungsorganisation als die Steuerungsinstanz sowie als der entscheidende Akteur der jeweiligen sozialen Bewegung betrachtet. Für den systemtheoretischen Zugang gilt, „dass kein einziges Funktionssystem seine eigene Einheit als

Organisation gewinnen kann. Oder anders gesagt: keine Organisation im Bereich eines Funktionssystems kann alle Operationen des Funktionssystems an sich ziehen und als eigene durchführen.“ (Luhmann 1998: 841) In der systemtheoretischen Herangehensweise ist das entscheidende Merkmal des Systemtyps ‚Organisation‘ das Operieren auf der Basis von Entscheidungen sowie dessen binärem Code ‚Mitgliedschaft/Nicht-Mitgliedschaft‘. Im Hinblick auf soziale Bewegungen müsste dies bedeuten, dass die Mitgliedschaft bzw. die Nicht-Mitgliedschaft darüber entscheidet, ob überhaupt Protestkommunikation stattfindet oder nicht. Ein Nicht-Mitglied einer Protestbewegung könnte demnach nicht protestieren, auch wenn der Protest inhaltlich unterstützt wird. Theorielogische Probleme würden also hinsichtlich dessen entstehen, wie die Mitgliedschaft bei einer Protestbewegung überhaupt definiert werden kann. Im Unterschied zu wirtschaftlichen, politischen oder religiösen Organisationen, bei denen die Mitgliedschaft meist vertraglich (über die strukturelle Kopplung mit dem Funktionssystem Recht) geregelt ist, kann dies bei Protestbewegungen nicht beobachtet werden. Würde dieser eng gefasste Mitgliedschaftsbegriff erweitert werden, könnten auch Bewegungsteilnehmer und sogar Sympathisanten als systemzugehörig betrachtet werden (Kühl 2014). Somit wäre bloß die Problematik der Inklusion von Protestierenden in das binäre Schema ‚Mitgliedschaft/Nicht-Mitgliedschaft‘ gelöst, aber nicht jenes hinsichtlich der Operationsweise von Organisation auf Basis von Entscheidungen. Wer Mitglied ist und wer nicht kann nicht vonseiten einer Protestbewegung entschieden werden. Anders verhält es sich bei Bewegungsorganisationen oder den infolgedessen entstehenden Protestparteien, welche eine organisationale Struktur aufweisen, deren Operationsweise also wiederum auf Entscheidungen beruht. Diese Organisationen sind jedoch nicht als Subsysteme des Funktionssystems ‚Protest‘ zu betrachten. In der vorliegenden Neukonzeption wird davon ausgegangen, dass es sich bei bewegungsbezogenen Organisationen sowie Protestparteien um soziale Systeme handelt, welche sich differenzierungstheoretisch in der Umwelt des Funktionssystems ‚Protest‘ befinden, also weder mit ihr identisch noch ein Teil von ihr sind. Jedoch können sie ihre Operationen am Funktionssystem ‚Protest‘ orientieren, ähnlich wie sich etablierte politische Parteien hauptsächlich auf die Codierung des politischen Systems, Universitäten auf jene des Wissenschaftssystems, Rundfunkanstalten an jene des massenmedialen Systems oder Handelskonzerne auf jene des Wirtschaftssystems ausrichten.

Im Unterschied zu anderen Nein-Stellungnahmen geht die Protestkommunikation oftmals mehr oder minder organisiert vonstatten. Proteste können dabei verschiedene Formen wie Straßendemonstrationen, Hausbesetzungen, Streiks oder Petitionen annehmen. All diese Protestformate müssen jedoch organisiert werden, um die größtmögliche Anschlussfähigkeit

von Protestkommunikation gewährleisten zu können. Bewegungsorganisationen können beispielsweise dazu dienen, die Wahrscheinlichkeit der Mobilisierung von Demonstrations- oder Streikteilnehmern zu erhöhen. Außerdem sorgen sie dafür, dass die Protestkommunikation reproduktionsfähig bleibt und daher für einen längeren Zeitraum aufrechterhalten werden kann. Die Koordination verschiedener Aufgabenbereiche wie etwa die Öffentlichkeitsarbeit, die Rekrutierung von neuen Mitgliedern oder der Einsatz finanzieller Ressourcen wird durch die organisationsförmige Struktur erleichtert. Die Ausdifferenzierung einer Bewegungsorganisation in die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche kann als Komplexitätssteigerung dieses Systems betrachtet werden. Die Entscheidungsoperationen innerhalb des Organisationssystems selbst können nicht als Protestkommunikation beschrieben werden. Sie sorgen jedoch für die Stabilisierung und die dadurch gewährleistete Verbesserung der Reproduktionsfähigkeit von Protestkommunikation. Da der binäre Code ‚Mitgliedschaft/Nicht-Mitgliedschaft‘ über die Zugehörigkeit zu einer Bewegungsorganisation entscheidet und Entscheidungen als Basisoperationen für die Systemkonstitution sorgen, entsteht auch eine gewisse Erwartungshaltung gegenüber den Mitgliedern. Diese Leistungserwartungen werden mit der möglichen Sanktionierung in Form des Ausschlusses aus der Organisation aufrechterhalten (Tratschin 2016: 197-199). Bei Organisationen handelt es sich, so wie bei Personen, um kommunikative Zurechnungspunkte. Sie kann demnach sowohl Sender als auch Empfänger einer Kommunikation sein. Auf diese Weise wird es etwa möglich, dass die Presseabteilung einer Bewegungsorganisation als ‚Sprachrohr‘ von Protestkommunikation fungiert. Umgekehrt können andere gesellschaftliche Einrichtungen wie politische Parteien, Interessengruppen oder Rundfunkanstalten ihre Kommunikation direkt an die Bewegungsorganisation als Adressat richten. Wie voraussetzungsreich das Funktionssystem ‚Protest‘ für die Systemerhaltung einer Bewegungsorganisation ist, zeigt sich daran, dass sich die Formulierung von Organisationszielen an der Protestkommunikation orientieren muss (Tratschin 2016: 201).

So können Bewegungsorganisationen anhand ihrer Zwecke wie Klimaschutz, Gleichbehandlung der Geschlechter oder Beendigung kriegerischer Auseinandersetzungen voneinander unterschieden werden. Neben den Bewegungsorganisationen gibt es auch Organisationen, welche sich vordergründig an der Operationsweise anderer Funktionssysteme orientieren, aber dennoch auf die Existenz des Protestsystems angewiesen sind. Das sind zum einen Protestparteien, die sich primär der Eigenlogik des politischen Systems mit dem binären Code ‚Macht/keine Macht‘ zuordnen lassen. Jedoch liegt das charakteristische Merkmal solcher Parteien darin, dass sie ihre Kommunikation stets unter dem Gesichtspunkt der grundlegenden

Ablehnung von alternativen politischen Lösungsangeboten durchführen. Im Unterschied zur Bewegungsorganisation dient die Protestpartei nicht primär dazu, die Reproduktionsfähigkeit von Protestkommunikation aufrechtzuerhalten. Sie ‚benutzt‘ die Protestkommunikation, um die dauerhafte Anschlusskommunikation im politischen System zu gewährleisten. Die Selektion des positiven Codes des politischen Systems (Macht) erfolgt in demokratischen Systemen stets über die Wahlentscheidung. Ein weiteres Beispiel für Organisationen, welche sich an der Protestkommunikation orientieren, sind Redaktionen sogenannter ‚alternativer Medien‘. Die Operationen dieser Organisationssysteme orientieren sich in erster Linie am binären Code des Funktionssystem ‚Massenmedien‘, nämlich ‚Information/Nicht-Information‘. Auch hier dient die Protestkommunikation hauptsächlich dazu, die Anschlussfähigkeit im massenmedialen System zu gewährleisten. Die Positivselektion (Information) wird dadurch erreicht, dass stets etwas Abweichendes zum sogenannten ‚Mainstream‘ massenmedialer Kommunikationsangebote artikuliert wird. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es sich bei Bewegungsorganisationen, Protestparteien sowie alternativen Medienredaktionen um selbstreferenzielle, autopoietische und geschlossene Systeme des Typs ‚Organisation‘ handelt, welche jedoch auf jeweils andere Weise mit dem gesellschaftlichen Funktionssystem ‚Protest‘ strukturell gekoppelt sind.

#### **4.3 Protest und andere Funktionssysteme**

Das Protestsystem ist nicht nur mit den Systemtypen ‚Interaktion‘ und ‚Organisation‘ strukturell gekoppelt, sondern auch mit anderen Funktionssystemen, womit eine gesellschaftstheoretische Einbettung ermöglicht werden soll. Jedes Funktionssystem stellt laut Luhmann eine spezifische Lösung für ein gesamtgesellschaftliches Problem bereit. Die Funktion des Protestsystems besteht darin, auf Probleme hinzuweisen, welche von den anderen Funktionssystemen ignoriert werden. Im Folgenden werden die Beziehungen in Form der strukturellen Kopplung zwischen dem Protestsystem und ausgewählten Funktionssystemen, welche als systemkonstitutiv erachtet werden, veranschaulicht. Dabei handelt es sich um die Funktionsbereiche Politik, Wirtschaft, Massenmedien sowie Wissenschaft. Die hier vertretene Grundthese, dass jegliche Protestkommunikation ihren Ausgangspunkt in der Ablehnung einer Sinnofferte in der Kommunikation hat, lässt folgenden Schluss zu: Proteste können sich demnach gegen Kommunikationen verschiedener Funktionssysteme richten.

Im Hinblick auf das politische System wird dies insofern deutlich, als verschiedene Protestformate wie Demonstrationen, Sitzblockaden oder Petitionen in zahlreichen Fällen als Reaktion auf politische Kommunikation beobachtet werden können. Die politische Kommunikation selbst kann dabei wiederum verschiedene Formen annehmen. So ist es möglich, auf Parteiprogramme, Gesetzesbeschlüsse, Aussagen von Amtsträgern, militärische Beschlüsse, völkerrechtliche Verträge etc. mit einer kommunikativ geäußerten Ablehnung zu reagieren. Staatliche Institutionen, politische Parteien oder einzelne Politiker können dabei als Protestadressaten fungieren. Die Systemkonstitution kann nur aufgrund der dauerhaften Anschlussfähigkeit dieser Nein-Stellungnahme aufrechterhalten werden. Für die Erhöhung der Wahrscheinlichkeit positiver Kommunikationsanschlüsse dieser Ablehnung werden Verbreitungsmedien eingesetzt. Bewegungsorganisationen sorgen für die Stabilisierung sowie die öffentliche Wahrnehmung des Protests, indem Menschen für Demonstrationen, Sitzblockaden oder andere Aktionen mobilisiert werden. Das politische System kann nun durch die Protestkommunikation so weit irritiert werden, dass es wiederum in Form politischer Kommunikation reagiert. Dies verdeutlicht sich beispielsweise in der Anpassung künftiger Gesetzesvorhaben, in der Abänderung von Teilen des Parteiprogramms, in Form von Redebeiträgen politischer Amtsträger bei Demonstrationen oder gar in der Gründung einer neuen politischen Partei. Das politische System muss die Protestkommunikation demnach in seine systemspezifische Operationsweise transformieren, welche nach dem binären Schema ‚Macht/keine Macht‘ strukturiert ist. Protestinhalte müssen also in eine kommunikative Form gebracht werden, welche im politischen System für positive Anschlusskommunikationen sorgt. In demokratischen Systemen erfolgt dies in Form von politischen Wahlen. Umgekehrt ist die Reproduktionsfähigkeit des Funktionssystems ‚Protest‘ von der internen Struktur des politischen Systems abhängig. Repressivere Politiksysteme wie Monarchien, Diktaturen oder kommunistische Staatsmodelle verdeutlichen die verringerte Anschlussfähigkeit von Protestkommunikation.

Ein Paradebeispiel für die strukturelle Kopplung von Protest und dem Funktionssystem ‚Wirtschaft‘ ist der betriebliche Streik. Dabei drückt sich die Nein-Stellungnahme in Form der Arbeitsverweigerung von Teilen des Unternehmenspersonals aus. Diese kommunikativ geäußerte Ablehnung kann aufgrund verschiedener wirtschaftlicher Kommunikationsformen ausgelöst werden. Beispiele wären Rationalisierungspläne, die tarifliche Anpassung von Dienstverträgen oder Veränderungen in der Eigentümerstruktur. Organisationen wie etwa Gewerkschaften oder Subsysteme eines Unternehmens wie der Betriebsrat sorgen für die Mobilisierung der Protestteilnehmer. Protestformen, die nicht nur die Belegschaft eines

bestimmten Unternehmens oder eines Wirtschaftsbereichs betreffen, sind wiederum Demonstrationen oder Petitionen, aber auch Konsumboykotte. Bei letzteren handelt es sich um eine kommunikative Nein-Stellungnahme, die sich in Form von Kauf- bzw. Konsumverzicht zeigt. Ursachen für die Ablehnung sind beispielsweise wirtschaftliche Kommunikationen in Form von Unternehmenszielen, Preiserhöhungen oder die Erweiterung von Geschäftsfeldern. Analog zum politischen System kann die Protestkommunikation in die Eigenlogik des Wirtschaftssystems, welches nach dem Prinzip ‚Zahlung/keine Zahlung‘ erfolgt, umgewandelt werden. So können Wirtschaftsunternehmen etwa mit der Entwicklung von umweltfreundlichen Nachhaltigkeitsstrategien, Lohnerhöhungen oder standortsichernden Maßnahmen auf die jeweilige Protestkommunikation reagieren, um im Funktionssystem ‚Wirtschaft‘ anschlussfähig zu bleiben. Dies drückt sich einzig und allein in der Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit aus. Die Aufrechterhaltung der Autopoiesis des Protestsystems ist hingegen insofern auf die Operationsweise des Wirtschaftssystems angewiesen, als beispielsweise Bewegungsorganisationen finanzielle Ressourcen benötigen, um für die Reproduktion ihrer Struktur zu sorgen. Die Anschaffung von Plakaten, Transparenten sowie digitalen Endgeräten, mit denen die Protestkommunikation artikuliert wird, erfordert das symbolisch generalisierte Kommunikationsmedium des Wirtschaftssystems, nämlich ‚Geld‘.

Protestkommunikationen, die als Ablehnung von Kommunikationsformen des Funktionssystems ‚Massenmedien‘ betrachtet werden können, finden beispielsweise in Form der bereits erwähnten Etablierung sogenannter ‚alternativer‘ Medienkanäle statt. Ihr Geschäftsmodell besteht darin, permanent alternative Sichtweisen auf massenmedial verbreitete Nachrichteninhalte, welche aus ihrer Perspektive als zu homogen angesehen werden, anzubieten. Im Funktionssystem ‚Massenmedien‘, welches nach dem binären Code ‚Information/Nicht-Information‘ strukturiert ist, kann die operative Anschlussfähigkeit nur aufrechterhalten werden, wenn die massenmediale Kommunikation in Form von Nachrichten, Hintergrundberichten, Reportagen, Talkformaten etc. Informations- bzw. Neuigkeitswert besitzt. Das Ziel alternativer Medienkanäle ist es demzufolge, ihre vom massenmedialen ‚Mainstream‘ abweichende Perspektive als Information zu präsentieren. Die strukturelle Kopplung der Funktionssysteme ‚Protest‘ und ‚Massenmedien‘ findet aber noch auf andere Weise statt. Einerseits ist das System ‚Massenmedien‘ auf Ereignisse und Themen angewiesen, welche sie in weiterer Folge in systemspezifische Kommunikationen transformieren müssen. Dabei spielen aufmerksamkeitsregende Kommunikationsformen wie Demonstrationen, Streiks oder die massenhafte Verbreitung von Protestthemen in sozialen Netzwerken eine

wichtige Rolle. Protestkommunikation kann also als Themenlieferant für massenmediale Kommunikationsformen dienen. Andererseits ist das Protestsystem bis zu einem gewissen Grad auf die massenmediale Aufmerksamkeit angewiesen, um die Anschlussfähigkeit seiner Operationen zu erhöhen. Massenmediale Kommunikation bedient sich dabei unterschiedlicher Formen von Verbreitungsmedien, um ihre eigene Autopoiesis aufrechtzuerhalten. So können massenmediale Kommunikationsformen wie Zeitungsartikel, Nachrichtensendungen, Podcasts oder Postings in sozialen Netzwerken voneinander unterschieden werden. Mit dem Aufkommen des leicht zugänglichen Verbreitungsmediums ‚Internet‘ veränderte sich das interdependente Verhältnis dieser beiden Funktionssysteme. Die Abhängigkeit der Protestkommunikation von der Wahrnehmung klassischer Massenmedien wie Zeitung, Radio und Fernsehen ist deutlich geringer geworden, da das Internet eine direkte Verbreitungsmöglichkeit bietet. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob und inwiefern Protestkommunikation weiterhin in positive Kommunikationsanschlüsse des Funktionssystems ‚Massenmedien‘, nämlich in Information, transformiert werden kann. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass die strukturelle Kopplung von Protest und klassischen Massenmedien zumindest in näherer Zukunft noch weiterbestehen wird.

Auch die strukturelle Kopplung der Funktionssysteme ‚Protest‘ und ‚Wissenschaft‘ zeichnet sich durch verschiedene Ausdrucksformen aus. Die Protestkommunikation kann sich erstens gegen wissenschaftliche Kommunikationsformen wie Theorien, Methoden oder Forschungsprogramme und -praktiken richten. Wissenschaftler, Fakultäten oder bestimmte Forschungszweige können dabei als Zurechnungspunkte der Protestkommunikation fungieren. Zweitens können Protestkommunikationen, die als Nein-Stellungnahmen nichtwissenschaftlicher Kommunikationsofferten auftreten, auf wissenschaftliche Kommunikationsangebote in Form von Forschungsergebnissen und theoretischen Erklärungen zurückgreifen. Die Untermauerung der Protestkommunikation mit wissenschaftlichen Argumenten kann dazu dienen, ihre Reproduktionsfähigkeit zu erhöhen. Dabei kann es sich je nach Protestinhalt um naturwissenschaftliche, sozialwissenschaftliche oder auch philosophische Konzepte handeln. Drittens können Protestkommunikationen dafür sorgen, dass bestimmten Wissenschaftsbereichen oder Forschungszusammenhängen eine Aufmerksamkeit zuteilwird, welche ansonsten nicht bestehen würde. Dabei besteht jedoch die Gefahr, dass wissenschaftliche Erklärungen im Laufe der Zeit unter Ideologieverdacht geraten können (Tratschin 2016: 241).

## 5. Fazit und Ausblick

Das vordergründige Ziel dieser Arbeit war es, ein alternatives Konzept für die Analyse des sozialen Phänomens des Protests anzubieten. Die Protest- und Bewegungsforschung, die sich ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einem festen Bestandteil der soziologischen Disziplin entwickelt hat, legt ihren Fokus zu sehr auf den Bewegungsbegriff. So haben sich im Laufe der letzten Jahrzehnte theoretische Ansätze herausgebildet, die trotz ihrer unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen eines gemeinsam haben: Beim Gegenstand ihrer Analysen handelt es sich stets um soziale Bewegungen bzw. Protestbewegungen. Aufgrund unterschiedlicher theoretischer Herangehensweisen, die wiederum jeweils auf verschiedene sozial- und erkenntnistheoretische Grundannahmen zurückzuführen sind, ist auch keine einheitliche Definition des Bewegungsbegriffs möglich. Außerdem werden die Begriffe ‚soziale Bewegungen‘ und ‚Protestbewegungen‘ meist synonym verwendet. Der Begriff ‚soziale Bewegungen‘ bietet jedoch einen erweiterten Interpretationsrahmen, der sowohl Protestbewegungen als auch andere Phänomene wie etwa religiöse Gemeinschaften sowie musikalische oder modische Stilrichtungen miteinschließen kann. Dennoch hat sich in der Protest- und Bewegungsforschung die bedeutungsgleiche Verwendung dieser Begriffe durchgesetzt. Daher handelt es sich beim Untersuchungsgegenstand sämtlicher theoretischer Ansätze um Protestbewegungen. Im Zuge der Systematisierung dieses Wissenschaftsbereichs haben sich fünf theoretische Zugänge herausgebildet, die eine dominierende Rolle in der Forschungsliteratur einnehmen.

Der ‚Structural Strains‘-Ansatz sieht die Mobilisierung von sozialen Bewegungen in gesamtgesellschaftlichen Strukturspannungen begründet. Als eine Herangehensweise, die auf die marxistische Theorie zurückzuführen ist, behauptet dieser Ansatz einen starken Zusammenhang zwischen der Sozialstruktur und dem Mobilisierungspotenzial von Protestbewegungen. Jedoch erweist sich dieses Konzept als unzureichend, wenn heterogene Akteurskonstellationen innerhalb einer sozialen Bewegung ausfindig gemacht werden können und daher die Sozialstruktur an Erklärungskraft einbüßt. Zudem wird aufgrund der Fokussierung auf die Makroebene die Anwendung dieses Ansatzes auf empirische Forschungsergebnisse erschwert.

Der ‚Collective Identity‘-Ansatz interessiert sich für die Konstruktion einer einheitlichen und von den Protestteilnehmern geteilten Identität. Aus dieser Perspektive kann eine Protestbewegung nur aufrechterhalten werden, wenn gemeinsame Interessen und Ziele formuliert werden und eine klare Abgrenzung von der sozialen Umwelt der Bewegung erfolgt.

Dieser Ansatz eignet sich im Vergleich zum ‚Structural Strains‘-Ansatz besser für empirische Forschungsvorhaben, da bewegungsinterne Konstruktionsleistungen nachvollzogen werden können. Jedoch weist er einerseits Schwächen hinsichtlich der Erfassung externer Faktoren auf, wie beispielsweise die Entstehungsbedingungen von sozialen Bewegungen. Andererseits kann nicht eindeutig bestimmt werden, ob es sich bei der kollektiven Identität um eine notwendige Voraussetzung oder vielmehr um das Ziel von Protestbewegungen handelt.

Auch für den ‚Framing‘-Ansatz stehen die Konstruktionsleistungen von sozialen Bewegungen im Mittelpunkt seines Interesses. Die Etablierung eines sogenannten ‚Deutungsrahmens‘ sorgt erstens dafür, dass eine vonseiten der Protestbewegung formulierte Problemkonstruktion sowie Problemlösung den Protestaufwand rechtfertigt und zweitens für die Steigerung des Mobilisierungspotenzials von Betroffenen. Im Gegensatz zum ‚Collective Identity‘-Ansatz wird beim ‚Framing‘-Ansatz der Außenbezug von sozialen Bewegungen stärker betont, da davon ausgegangen wird, dass der jeweilige Deutungsrahmen von anderen gesellschaftlichen Teilbereichen wie etwa der Politik oder den Massenmedien absorbiert werden muss, damit eine soziale Bewegung weiterbestehen kann. Jedoch werden auch bei diesem theoretischen Zugang die Entstehungsursachen des Protestphänomens außer Acht gelassen.

Der ‚Resource Mobilization‘-Ansatz betont den rationalen Aspekt sozialer Bewegungen. Dabei wird einer Bewegungsorganisation die Funktion als zentrale Koordinierungsstelle einer Protestbewegung zugeschrieben. Sie ist für die immaterielle wie materielle Ressourcenbeschaffung in Form von Personal, finanziellen Mitteln oder Wissen zuständig, welche ihrerseits über Erfolg oder Misserfolg hinsichtlich der Protestmobilisierung entscheiden. Obwohl sich dieser Ansatz für empirische Untersuchungen eignet, da es sich bei Organisationen um abgegrenzte und daher gut beobachtbare Analyseeinheiten handelt, liegt der Fokus stark auf bewegungsinternen Prozessen und Entscheidungen. Faktoren der bewegungsexternen Umwelt werden dabei wenig bis gar nicht berücksichtigt.

Als kritische Reaktion auf dieses Defizit hat sich der ‚Political Opportunity Structures‘-Ansatz herausgebildet, der vor allem die politische Umwelt von sozialen Bewegungen in den Blick nimmt. Auf diese Weise können zwar verengte Sichtweisen anderer Ansätze kompensiert werden, jedoch fehlt eine klare Definition des Begriffs der ‚politischen Gelegenheitsstruktur‘. Dadurch können unzählige externe Umweltfaktoren als mögliche Entstehungsbedingungen sozialer Bewegungen in Frage kommen. Obwohl sich dieser Ansatz besonders für ländervergleichende Studien eignet, führt der analytische Fokus auf die politischen Voraussetzungen der Protestmobilisierung zum voreiligen Ausschluss nicht-politischer

Erklärungsfaktoren. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich der ‚Structural Strains‘- und der ‚Political Opportunity Structures‘-Ansatz den Umweltfaktoren sozialer Bewegungen widmen, wohingegen der ‚Collective Identity‘-, der ‚Framing‘-Ansatz sowie der ‚Resource Mobilization‘-Ansatz die bewegungsinternen Strukturen und Abläufe in den Mittelpunkt ihrer Untersuchungen stellen.

Eine theoretische Herangehensweise, die immer wieder aufgegriffen wurde, jedoch in der Protest- und Bewegungsforschung bisher noch eine untergeordnete Rolle spielt, ist der systemtheoretische Ansatz. Sämtliche Arbeiten dieses Ansatzes sind auf die Systemtheorie von Niklas Luhmann zurückzuführen, der eine vollkommen andere und bis dahin neue soziologische Perspektive einnahm. Für die Beschreibung der Gesellschaft verzichtet er sowohl auf normative Begriffe als auch auf die in der soziologischen Disziplin gängige Subjekt-Objekt-Unterscheidung. In Anlehnung an Parsons verwendet Luhmann den Systembegriff, um soziale Phänomene theoretisch fassen zu können. Dieser Ansatz unterscheidet sich insofern radikal von anderen soziologischen Theoriebemühungen, als er erstens nur deskriptive Aussagen tätigen kann und daher auf monokausale Erklärungen verzichtet, zweitens die Kommunikation als Elementareinheit des sozialen Systembildungsprozesses erachtet und daher die Rolle von Menschen bzw. Personen zu einer kommunikativen Zuschreibungsadresse degradiert und drittens die Selbstreferentialität von Systemen hervorhebt und daher die Steuerbarkeit einzelner sozialer Systeme von vornherein ausschließt.

Luhmanns Vorgehensweise wurde nicht von Kritik verschont. Seine Theorie weise tautologische und paradoxe Formulierungen auf und habe lediglich die Fähigkeit, gesellschaftliche Phänomene zu beschreiben, ohne die Entstehungsursachen benennen zu können. Außerdem werde der Mensch bzw. das Individuum als Analyseeinheit außer Acht gelassen, es fehle eine normative Ausrichtung sowie die Möglichkeit, Prognosen zu erstellen bzw. zukunftsweisende Vorschläge zu unterbreiten. All diese Kritikpunkte hat Luhmann jedoch nie geleugnet, sondern vielmehr betont, dass die kritisierten Merkmale eigentlich charakteristisch für die soziologische Theoriebildung sind. Bereits die Gesellschaftsbeschreibung in Form einer Theorie findet innerhalb der Gesellschaft statt. Die Gesellschaft kann prinzipiell nicht von einem externen Beobachterpunkt aus beschrieben werden. Zudem weist die Gesellschaft eine zu große Komplexität auf, als dass bestimmte soziale Phänomene auf monokausale Weise erklärt werden könnten. Luhmann sieht die Aufgabe der Soziologie auch nicht darin, normative Aussagen zu formulieren oder präzise Zukunftsprognosen zu erstellen. Vielmehr ist sie dafür zuständig, genaue Beschreibungen der

Gesellschaft zu formulieren, um die spezifischen Operationen und Umweltbezüge sozialer Systeme in ihrer Komplexität und ihrem Variantenreichtum besser nachvollziehen zu können.

Im Vergleich zu den anderen theoretischen Ansätzen in der Protest- und Bewegungsforschung geht der systemtheoretische Zugang davon aus, dass weder externe Faktoren wie gesamtgesellschaftliche Strukturen ursächlich auf die Entstehung sozialer Bewegungen zurückzuführen sind noch bewegungsinterne Prozesse einen direkten, intentionalen Einfluss auf bewegungsexterne Bereiche ausüben können. Der systemtheoretische Ansatz legt seinen analytischen Fokus auf das je spezifische Umweltverhältnis jedes sozialen Systems sowie auf seine selbstreferenziellen und autopoietischen Operationen. Die Frage lautet demzufolge, mithilfe welcher Kommunikation sich ein soziales System gegenüber seinen unterschiedlichen Umwelten erhalten kann. Luhmann übertrug dieses Konzept – wenn auch nur am Rande seines Schaffens – auf die Analyse von sozialen Bewegungen. Er versuchte, das soziale Phänomen ‚Protestbewegungen‘ mit dem Systembegriff zu fassen. Protestbewegungen betrachtet er als gesellschaftliche Funktionssysteme eigener Art, wobei die systemeigene Operationsweise die Protestkommunikation ist. Jedoch vermochte seine These, dass sich einzelne Protestbewegungen aufgrund ihrer Themenwahl voneinander unterscheiden, nicht wirklich zu überzeugen. So wurden in der Folge einige Versuche unternommen, Luhmanns Konzept weiterzuentwickeln und zu verbessern, indem etwa mit der ‚Angstkommunikation‘, der ‚Mobilisierungskommunikation‘ oder der ‚Selbstbeschreibung‘ alternative systemkonstitutive Operationsweisen sozialer Bewegungen formuliert wurden. Außerdem gab es Vorschläge, soziale Bewegungen an der Peripherie des gesellschaftlichen Funktionssystems ‚Politik‘ zu verorten oder sie gar als einen Systemtyp eigener Art zu betrachten. Es muss jedoch konstatiert werden, dass keines der systemtheoretischen Konzepte eine dauerhafte Anschlussfähigkeit innerhalb der Protest- und Bewegungsforschung herstellen konnte.

Aufgrund dieser Tatsache wurde in der vorliegenden Arbeit der Versuch unternommen, die übliche Betrachtungsweise des systemtheoretischen Ansatzes zu verwerfen, nämlich jene, soziale Bewegungen als Systeme zu beschreiben. Entgegen dieser Interpretation wird hier für einen Zugang plädiert, soziale Bewegungen lediglich als kommunikative Zuschreibungspunkte zu betrachten. Wofür braucht es aber noch die Systemtheorie, wenn es sich bei sozialen Bewegungen nicht um Systeme handelt? Die Antwort lautet, dass das kommunikativ benennbare Phänomen ‚soziale Bewegung‘ bzw. ‚Protestbewegung‘ das Resultat verschiedener Systemoperationen und ihrer strukturellen Kopplungen darstellt. Das Argument lautet folgendermaßen: Ähnlich wie der einzelne Mensch bzw. die Person als das Ergebnis

struktureller Kopplungen zwischen psychischen, sozialen und organischen Systemen und als Zuschreibungspunkt der Kommunikation zu betrachten ist, verhält es sich mit sozialen Bewegungen. Sowohl Personen als auch soziale Bewegungen selbst weisen keinen Systemcharakter auf. In dieser Arbeit wird davon ausgegangen, dass die Kommunikationsform ‚Protest‘ und nicht die ‚Protestbewegung‘ als gesellschaftliches Funktionssystem existiert.

Analog zu den anderen Funktionsbereichen der Gesellschaft wie Politik, Recht, Wirtschaft, Bildung, Massenmedien oder Familien handelt es sich beim Protest um ein binär codiertes System. Die Anschlusskommunikationen dieses Funktionssystems erfolgen mit dem Code ‚Protest/Nicht-Protest‘. Genauso wie andere Kommunikationsformen wird auch die Anschlussfähigkeit der Protestkommunikation durch das sprachliche Medium sowie durch Verbreitungsmedien wie die Schrift, den Rundfunk oder das Internet gewährleistet. Symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien sind dafür verantwortlich, dass der jeweils positive Wert eines Funktionssystems ausgewählt und daran angeschlossen wird. So sorgt etwa das Medium ‚Geld‘ im wirtschaftlichen Funktionssystem dafür, dass permanent Zahlungen auf Zahlungen folgen. Das politische Funktionssystem greift stets auf das Medium ‚Macht‘ zurück, um kollektiv bindende Entscheidungen treffen zu können. Das Funktionssystem ‚Familie‘ operiert mit dem Medium ‚Liebe‘, um seine Struktur aufrechtzuerhalten. Und die Kommunikation des wissenschaftlichen Funktionssystems ist auf das Medium ‚Wahrheit‘ angewiesen, um weiterhin anschlussfähig zu bleiben. Analog zu diesen Beispielen wird in dieser Arbeit die These vertreten, dass auch das gesellschaftliche Funktionssystem ‚Protest‘ über ein symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium verfügt, nämlich in Form der ‚Moral‘.

Kommunikationstheoretisch ist der Protest zunächst als die Ablehnung einer Kommunikationsofferte zu verstehen. Da jedoch nicht jede kommunikativ geäußerte Nein-Stellungnahme als Protest interpretiert werden kann, bedarf es einer Konkretisierung der Operationsweise des Funktionssystems ‚Protest‘ anhand dieses Erfolgsmediums. Luhmann selbst betrachtet die Moral weder als ein Funktionssystem noch als ein symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium. Bei der Moral handelt es sich Luhmann zufolge vielmehr um ein universales Medium, das in verschiedenen Funktionssystemen angewandt werden kann. Im Unterschied zu dieser Interpretation wird hier davon ausgegangen, dass die Moral als symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium dafür verantwortlich ist, dass positive Kommunikationsanschlüsse im gesellschaftlichen Funktionssystem ‚Protest‘ gewährleistet werden können. Moralische Werte wie Frieden, Freiheit oder Gerechtigkeit

erhöhen demnach die Wahrscheinlichkeit, dass Protestkommunikationen auch weiterhin anschlussfähig bleiben können.

Wie alle anderen gesellschaftlichen Funktionssysteme weist auch das Protestsystem strukturelle Kopplungen mit anderen sozialen Systemen auf. Somit steht es mit Interaktionssystemen, Organisationen sowie anderen gesellschaftlichen Funktionssystemen in Beziehung. Ähnlich wie das politische System bei Koalitionsgesprächen, das wirtschaftliche System bei Kassiervorgängen oder das wissenschaftliche System bei Seminarveranstaltungen auf Interaktionssysteme – das auf dem Prinzip der Anwesenheit zweier oder mehrerer Kommunikationspartner basiert – zurückgreift, verhält es sich mit dem Funktionssystem ‚Protest‘. Eine kontroverse Diskussion unter anwesenden Gesprächspartnern über Themen wie Abtreibung, Impfpflicht, Demokratisierung oder Kriegseinsätze, bei der die Kommunikationsanschlüsse der jeweiligen Position mit dem Medium der Moral aufrechterhalten werden, ist ein Beispiel für die strukturelle Kopplung des Funktionssystems ‚Protest‘ und einem Interaktionssystem. Mit einem erweiterten Begriffsverständnis wird es möglich, sogar Protestformate wie Straßendemonstrationen oder Hausbesetzungen als Interaktionssysteme zu begreifen. Die pure physische Anwesenheit der Teilnehmer dient dabei als Ausdrucksform von Protest.

Bei Organisationen handelt es sich keineswegs um Subsysteme gesellschaftlicher Funktionssysteme, sondern um autopoietische Systeme eigener Art, die zwar mit verschiedenen Systemen strukturell gekoppelt sein können, sich jedoch jeweils an der Operationsweise eines Funktionssystems orientieren. So liegt das vordergründige Interesse von Handelskonzernen in der Erhaltung ihrer Zahlungsfähigkeit, jenes von politischen Parteien in der Machtgenerierung bzw. -erhaltung, jenes von Anwaltskanzleien in der korrekten Auslegung des Rechts und jenes von Forschungsinstituten in der Formulierung von wahrheitsgemäßen Aussagen. All diese Organisationen können selbstverständlich auch mit anderen Funktionssystemen strukturell gekoppelt sein. Auch politische Parteien, Anwaltskanzleien und Forschungseinrichtungen müssen genauso wie Handelskonzerne ihre finanziellen Ressourcen im Auge behalten. Außerdem müssen die vom politischen System eingeführten und vom Rechtssystem kontrollierten Gesetze von sämtlichen Organisationen eingehalten werden. Beispiele für Organisationen, die mit dem Funktionssystems ‚Protest‘ strukturell gekoppelt sind – also ihre systemeigene Operationsweise an diesem orientieren – sind Bewegungsorganisationen, Protestparteien und alternative Medienkanäle. Diese Organisationen dienen in erster Linie dazu, die Anschlussfähigkeit von Protestkommunikation zu gewährleisten.

Die gesamtgesellschaftliche Funktion des Protestsystems besteht darin, auf Problemlagen hinzuweisen, die von den anderen Funktionssystemen aufgrund ihrer jeweils spezifischen Operationsweise ignoriert werden (müssen). Aufgrund der Selbstreferenzialität sowie der Autopoiesis sozialer Systeme kann der Protest keinen direkten Einfluss auf die Operationsweise anderer Funktionssysteme ausüben. Durch die strukturelle Kopplung wird es jedoch möglich, dass Protestkommunikationen für Irritationen in anderen Funktionssystemen sorgen können. Dies bedeutet, dass das jeweils betroffene System mit seiner spezifischen Operationsweise auf diese Irritation reagiert. Eine breite Zustimmung für die Protestkommunikation, ihre rasche Verbreitung und ihre deutliche Wahrnehmbarkeit etwa in Form von groß angelegten Demonstrationen können dazu führen, dass sie vom politischen System als machtrelevant betrachtet wird. Das politische System, das die Protestkommunikation als Operationen der Systemumwelt nur beobachten kann, reagiert darauf mit seiner systemeigenen Operationsweise, welche nach dem binären Code ‚Macht/keine Macht‘ strukturiert ist. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn politische Parteien Protestthemen für ihren Wahlkampf aufgreifen oder wenn sogenannte neue ‚Protestparteien‘ entstehen. Auch das wirtschaftliche Funktionssystem kann durch Protestkommunikation in Form von betrieblichen Streiks oder Konsumboykotten dahingehend irritiert werden, dass einzelne Wirtschaftsunternehmen, aber auch ganze Wirtschaftsbranchen ihre Strategien abändern, um weiterhin marktfähig zu bleiben. Das massenmediale Funktionssystem wird notwendigerweise von Protestkommunikationen irritiert, und zwar immer dann, wenn sie einen Informationswert besitzt. Die Operationsweise dieses Systems basiert auf dem binären Schema ‚Information/Nicht-Information‘. Außerdem kommt es zur strukturellen Kopplung von Protestsystem und dem System der Massenmedien, indem sich sogenannte ‚alternative Medienkanäle‘ der Protestkommunikation bedienen, um sich gegenüber sogenannter ‚Mainstreammedien‘ (Stichwort: Lügenpresse) abzugrenzen. Zur Irritation des wissenschaftlichen Funktionssystems durch Protestkommunikation kommt es beispielsweise dann, wenn die Soziologie dieses gesellschaftliche Phänomen untersuchen und wahrheitsgemäße Aussagen darüber tätigen möchte. Protestkommunikation kann sich aber auch gegen wissenschaftliche Ergebnisse und deren Interpretation richten. Umgekehrt können Forschungsbefunde auch verwendet werden, um Protestinhalte mit wissenschaftlichen Argumenten zu untermauern. Beide Varianten konnten beispielsweise bei den Corona-Protesten beobachtet werden.

Das hier vorgestellte Konzept unterscheidet sich also dahingehend zu anderen theoretischen Ansätzen, aber auch zum systemtheoretischen Ansatz in der Protest- und Bewegungsforschung, dass es sich beim Untersuchungsgegenstand nicht mehr um die soziale Bewegung bzw. die

Protestbewegung handelt. Es wird davon ausgegangen, dass eine soziale Bewegung das Ergebnis der strukturellen Kopplungen zwischen dem gesellschaftlichen Funktionssystem ‚Protest‘ und Interaktionssystemen, Organisationen sowie anderen gesellschaftlichen Funktionssystemen ist. Die bisherige Forschung hat sich stets darum bemüht, soziale Bewegungen als einheitliche Gebilde zu verstehen und hat daher nach dem gemeinsamen Nenner gefragt.

Auch der systemtheoretische Ansatz war auf der Suche nach der elementaren Kommunikationsform, die eine soziale Bewegung zusammenhält. Die empirische Forschung zeigt jedoch, dass viele Protestbewegungen eine große Heterogenität hinsichtlich ihrer behandelten Themen und an ihr beteiligten Organisationen aufweisen. Die Formierung und Aufrechterhaltung einer sozialen Bewegung kann daher nicht auf *eine* Emotion wie Unzufriedenheit, auf *eine* kollektive Identität, auf *einen* Deutungsrahmen, *eine* bestimmte soziale bzw. politische Struktur oder *eine* zentrale Bewegungsorganisation zurückgeführt werden. Die gesellschaftliche Komplexität erfordert ein präziseres Analyseinstrumentarium. Die hier vorgestellte Adaption des systemtheoretischen Ansatzes soll dazu dienen, die Wechselwirkungen zwischen dem Protestsystem und anderen sozialen Systemen deskriptiv nachvollziehen zu können. Außerdem wird der Zugang für empirische Forschungsvorhaben erleichtert, indem nicht mehr nach Beweisen für die elementare Kommunikationseinheit einer sozialen Bewegung Ausschau gehalten werden muss, sondern soziale Systeme wie Organisationen und Interaktionen als analysefähige Einheiten in den Fokus rücken können. Durch das vermehrte Aufkommen von Protestkommunikation im Verbreitungsmedium ‚Internet‘ kommt ein zusätzliches Forschungsfeld für die Empirie hinzu. Dadurch, dass die Protestkommunikation nicht mehr auf eine bestimmte soziale Bewegung reduziert wird, können bisher wenig beachtete Phänomene wie alternative Medienkanäle oder Protestparteien, die sich für ihre Systemerhaltung der Protestkommunikation bedienen, empirischen Forschungsbemühungen zugänglich gemacht werden. In der künftigen Protest- und Bewegungsforschung wird sich zeigen, ob der hier vorgeschlagene theoretische Ansatz den tatsächlichen sozialen Gegebenheiten gewachsen ist.

## 6. Literaturverzeichnis

- Ahlemeyer, Heinrich W. (1989): Was ist eine soziale Bewegung? Zur Distinktion und Einheit eines sozialen Phänomens. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 18 (3), 175-191.
- Ahlemeyer, Heinrich W. (1995): Soziale Bewegungen als Kommunikationssystem. Einheit, Umweltverhältnis und Funktion eines sozialen Phänomens. Opladen: Leske und Budrich.
- Beyer, Heiko/Schnabel, Annette (2017): Theorien sozialer Bewegungen. Eine Einführung. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Bonacker, Thorsten (2008): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien - Einleitung und Überblick. In: Bonacker, Thorsten (Hg.), Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 9-32.
- Bonacker, Thorsten/Schmitt, Lars (2004): Politischer Protest zwischen latenten Strukturen und manifesten Konflikten. Perspektiven soziologischer Protestforschung am Beispiel der (neuen) Friedensbewegung. In: Ziemann, Benjamin (Hg.), Peace movements in Western Europe, Japan and the USA since 1945. Historiographical reviews and theoretical perspectives. Essen: Klartext Verlag, 193-213.
- Bourdieu, Pierre (2012): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie. Wiesbaden: Springer VS.
- Bourdieu, Pierre (2018): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. 26. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brand, Karl-Werner (1998): Humanistischer Mittelklassen-Radikalismus. Die Erklärungskraft historisch-struktureller Deutungen am Beispiel der 'neuen sozialen Bewegungen'. In: Hellmann, Kai-Uwe (Hg.), Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 33-50.
- Della Porta, Donatella/Diani, Mario (1999): Social Movements. An Introduction. 1. Auflage. Oxford: Blackwell.
- Della Porta, Donatella/Kriesi, Hanspeter (2009): Social Movements in a Globalizing World: an Introduction. In: Della Porta, Donatella (Hg.), Social movements in a globalizing world. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 3-22.

- Elias, Norbert (2017): Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen (Bd. 2). Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation. 33. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2019): Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. 11. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hellmann, Kai-Uwe (1996): Systemtheorie und neue soziale Bewegungen. Identitätsprobleme in der Risikogesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hellmann, Kai-Uwe (1998): Protest und Gewalt - aus der Sicht des Structural Strains-Ansatzes. In: *Forschungsjournal NSB*, 11 (4), 20-28.
- Hellmann, Kai-Uwe (1999): Paradigmen der Bewegungsforschung. Eine Fachdisziplin auf dem Weg zur normalen Wissenschaft. In: Klein, Ansgar (Hg.), *Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 91-113.
- Honneth, Axel (2006): *Verdinglichung. Eine anerkennungstheoretische Studie*. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Horkheimer, Max/Adorno, Th. W. (2003): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Japp, Klaus P. (1986a): Kollektive Akteure als soziale Systeme? In: Unverferth, Hans-Jürgen (Hg.), *System und Selbstproduktion. Zur Erschliessung eines neuen Paradigmas in den Sozialwissenschaften*. Frankfurt am Main/Bern/New York: Lang, 166-191.
- Japp, Klaus P. (1986b): Neue soziale Bewegungen und die Kontinuität der Moderne. In: *Die Moderne - Kontinuitäten und Zäsuren*. Göttingen: Schwartz, 1986.
- Kern, Thomas (2008): *Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen*. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kirchhof, Astrid Mignon (2014): Structural Strains und die Analyse der Umweltbewegung seit den 1960er Jahren: Ein Vergleich externer Mobilitätsbedingungen in Ost- und Westberlin. In: Mittag, Jürgen/Stadtland, Helke (Hg.), *Theoretische Ansätze und Konzepte in der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft*. 1. Auflage. Essen: Klartext Verlag, 127-148.
- Kitschelt, Herbert (1999): Politische Gelegenheitsstrukturen in Theorien sozialer Bewegungen heute. In: Klein, Ansgar (Hg.), *Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 144-166.
- Klandermans, Bert (1997): Identität und Protest. In: *Forschungsjournal NSB*, 10 (3), 41-51.

- Kössler, Till (2014): Gelegenheiten und Gewalt: Der spanische Faschismus als soziale Bewegung. In: Mittag, Jürgen/Stadtland, Helke (Hg.), Theoretische Ansätze und Konzepte in der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft. 1. Auflage. Essen: Klartext Verlag, 109-126.
- Kühl, Stefan (2014): Gruppen, Organisationen, Familien und Bewegungen Zur Soziologie mitgliedschaftsbasierter Systeme zwischen Interaktion und Gesellschaft / Groups, Organizations, Families, and Movements. The Sociology of Membership-Based Systems between Interaction and Society. In: Heintz, Bettina/Tyrell, Hartmann (Hg.), Interaktion - Organisation - Gesellschaft revisited. Anwendungen, Erweiterungen, Alternativen. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg, 65-85.
- Luhmann, Niklas (1991): Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. 3. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1996a): Alternative ohne Alternative. Die Paradoxie der "neuen sozialen Bewegungen". In: Luhmann, Niklas/Hellmann, Kai-Uwe (Hg.), Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 75-78.
- Luhmann, Niklas (1996b): Protestbewegungen. In: Luhmann, Niklas/Hellmann, Kai-Uwe (Hg.), Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 201-215.
- Luhmann, Niklas (1996c): Tautologie und Paradoxie in den Selbstbeschreibungen der modernen Gesellschaft. In: Luhmann, Niklas/Hellmann, Kai-Uwe (Hg.), Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 79-106.
- Luhmann, Niklas (1998): Die Gesellschaft der Gesellschaft. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (2006): Organisation und Entscheidung. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Luhmann, Niklas (2008a): Die Moral der Gesellschaft. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (2008b): Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Luhmann, Niklas (2009a): Soziologische Aufklärung 1. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme. 8. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Luhmann, Niklas (2009b): Soziologische Aufklärung 2. Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft. 6. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Luhmann, Niklas (2009c): Soziologische Aufklärung 3. Soziales System, Gesellschaft, Organisation. 5. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Luhmann, Niklas (2009d): Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Luhmann, Niklas (2018): Systemtheorie der Gesellschaft. 2. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Luhmann, Niklas (2019a): Der Begriff der Gesellschaft. In: *Soziale Systeme*, 24 (1-2), 33-49.
- Luhmann, Niklas (2019b): Warum „Systemtheorie“? In: *Soziale Systeme*, 24 (1-2), 18-29.
- Marx, Karl (2014): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. 2. Auflage. Hamburg: Nikol.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (2012): Manifest der kommunistischen Partei. Köln: Anaconda Verlag.
- Maturana, Humberto R. (1985): Die Organisation des Lebendigen: eine Theorie der lebendigen Organisation. In: Maturana, Humberto R. (Hg.), *Erkennen - die Organisation und Verkörperung von Wirklichkeit. Ausgewählte Arbeiten zur biologischen Epistemologie*. Braunschweig: Vieweg & Sohn, 138-156.
- Maturana, Humberto R./Varela, Francisco J. (1991): Der Baum der Erkenntnis. Die biologischen Wurzeln des menschlichen Erkennens. München: Goldmann.
- Maturana, Humberto R./Varela, Francisco J./Beer, Stafford (1980): Autopoiesis and cognition. The realization of the living. Dordrecht/Boston/London: D. Reidel Publishing Company.
- McAdam, Doug (1994): Taktiken von Protestbewegungen. Das "Framing" der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 393-412.
- Melucci, Alberto (1999): Soziale Bewegungen in komplexen Gesellschaften. Die europäische Perspektive. In: Klein, Ansgar (Hg.), *Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 114-130.
- Mittag, Jürgen/Stadtland, Helke (2014): Soziale Bewegungsforschung im Spannungsfeld von Theorie und Empirie: Einleitende Anmerkungen zu Potenzialen disziplinärer Brückenschläge zwischen Geschichts- und Sozialwissenschaft. In: Mittag,

- Jürgen/Stadtland, Helke (Hg.), Theoretische Ansätze und Konzepte in der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft. 1. Auflage. Essen: Klartext Verlag, 13-60.
- Nassehi, Armin (2015): Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss. 1. Auflage. Hamburg: Murmann Verlag.
- Nassehi, Armin (2020): Das große Nein. Eigendynamik und Tragik des gesellschaftlichen Protests. Hamburg: Kursbuch Kulturstiftung gGmbH.
- Neidhardt, Friedhelm (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.), Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen: Westdeutscher Verlag, 7-41.
- Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter (1993): Auf dem Weg in die „Bewegungsgesellschaft“? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen. In: *Soziale Welt*, 44 (3), 305-326.
- Rucht, Dieter (1994a): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Rucht, Dieter (1994b): Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.), Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen: Westdeutscher Verlag, 337-358.
- Rucht, Dieter (1999): Gesellschaft als Projekt - Projekte in der Gesellschaft. Zur Rolle sozialer Bewegungen. In: Klein, Ansgar (Hg.), Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 15-27.
- Rucht, Dieter (2014): Zum Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen. In: Mittag, Jürgen/Stadtland, Helke (Hg.), Theoretische Ansätze und Konzepte in der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft. 1. Auflage. Essen: Klartext Verlag, 61-88.
- Spencer Brown, G. (1971): Laws of form. London: Allen & Unwin.
- Thye, Iris (2013): Kommunikation und Gesellschaft - systemtheoretisch beobachtet. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Touraine, Alain (1981): The voice and the eye. An analysis of social movements. Cambridge: Cambridge University Press.
- Tratschin, Luca (2016): Protest und Selbstbeschreibung. Selbstbezüglichkeit und Umweltverhältnisse sozialer Bewegungen. Bielefeld: transcript Verlag.

Virgl, Christoph J. (2011): Protest in der Weltgesellschaft. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Welskopp, Thomas (2014): Anti-Saloon League und Ku Klux Klan. Ressourcenmobilisierung durch "charismatische Verbände". In: Mittag, Jürgen/Stadtland, Helke (Hg.), Theoretische Ansätze und Konzepte in der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft. 1. Auflage. Essen: Klartext Verlag, 241-268.